ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina; Voss-Dahm, Dorothea

Working Paper

Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen: Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Working Paper Forschungsförderung, No. 241

Provided in Cooperation with:
The Hans Böckler Foundation

Suggested Citation: Hövermann, Andreas; Kohlrausch, Bettina; Voss-Dahm, Dorothea (2022) : Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen: Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Working Paper Forschungsförderung, No. 241, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/250887

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Hans Böckler Stiftung
Mitbestimmung · Forschung · Stipendien

WORKING PAPER FORSCHUNGSFÖRDERUNG

Nummer 241, Februar 2022

Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen

Befunde einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Andreas Hövermann, Bettina Kohlrausch und Dorothea Voss

Auf einen Blick
Die vorliegende Analyse bietet detaillierte Erkenntnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Zusammenhang zwischen Arbeit, sozialer Lebenslage, Digitalisierungserfahrungen, Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel und anti-demokratischen Einstellungen. Die Ergebnisse zeigen, dass die Integration in den Arbeitsmarkt und gute, sichere Arbeitsbedingungen vor anti-demokratischen Einstellungen schützen. Eine weitere Erkenntnis: Die konkrete politische Gestaltung von Digitalisierung in der Arbeitswelt und der sozial-ökologischen Transformation hat eine hohe Bedeutung für die demokratische Integration der Bürger:innen – und damit für die Stabilität der Demokratie.

FORSCHUNGS-
FÖRDERUNG

© 2022 by Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf
www.boeckler.de

„Wie Arbeit, Transformation und soziale Lebenslagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen“ von Andreas Hövermann, Bettina Kohlrausch und Dorothea Voss ist lizenziert unter

Creative Commons Attribution 4.0 (BY).

Diese Lizenz erlaubt unter Voraussetzung der Namensnennung des Urhebers die Bearbeitung, Vervielfältigung und Verbreitung des Materials in jedem Format oder Medium für beliebige Zwecke, auch kommerziell.
(Lizenztext: https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/de/legalcode)

Die Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz gelten nur für Originalmaterial. Die Wiederverwendung von Material aus anderen Quellen (gekennzeichnet mit Quellenangabe) wie z. B. von Schaubildern, Abbildungen, Fotos und Textauszügen erfordert ggf. weitere Nutzungsgenehmigungen durch den jeweiligen Rechteinhaber.

ISSN 2509-2359

Inhalt

Zusammenfassung 4
1. Einleitung 9
2. Datensatzbeschreibung 12
3. Anti-demokratische Einstellungen 15
3.1 Verbreitung 16
3.1.1 Rechtspopulistische Einstellungen 16
3.1.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit 18
3.1.3 Anti-demokratische Einstellungen 22
3.2 Soziale Lebenslagen 25
3.2.1 Soziodemographische Differenzen 25
3.2.2 Weitere Schicht- und Lebenslagenindikatoren 28
3.2.3 Regionale Indikatoren 30
3.2.4 Soziale Unterstützung 33
3.3 Arbeit und Erwerbstätigkeit 34
3.3.1 Berufsgruppen, Erwerbsbedingungen und Branchen 35
3.3.2 Erwerbsklassen, Arbeitslogiken und Berufsprestige 41
3.3.3 Gewerkschaftsmitgliedschaft 45
3.4 Transformation 49
3.4.1 Digitalisierung 49
3.4.2 Sozial-ökologischer Wandel 59
4. Diskussion und Fazit 70
Literatur 74
Autor und Autorinnen 78

Zusammenfassung

Welche Erfahrungen machen Bürger:innen in oder außerhalb der Arbeitswelt, wie nehmen sie Veränderungen wie die Digitalisierung oder den sozial-ökologischen Wandel wahr, wie unterscheiden sich soziale Lebenslagen und: wie hängen diese Ausprägungen mit rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen zusammen? Auf der Basis einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage präsentieren wir in diesem Papier Datenanalysen zu diesen Themenbereichen. Damit legen wir aufbauend auf einem bereits erschienen HBS-Policy Brief (Hövermann/Kohlrausch/ Voss 2021), in dem wir die Ergebnisse prägnant und eher knapp aufbereitet haben, nun detailliertere Informationen vor.

Zunächst zeigen wir **Verbreitungsmuster anti-demokratischer Einstellungen**. Als anti-demokratisch bezeichnen wir eng verknüpfte rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen, also kritische bis ablehnende Einstellungen gegenüber grundlegenden demokratischen Prinzipien wie der Gleichwertigkeit aller Bevölkerungsgruppen.

Sie sind bis weit in die Mitte der Gesellschaft verbreitet: Unter allen Befragten teilen 14 Prozent ein hohes Ausmaß und 41 Prozent ein mittleres Ausmaß anti-demokratische Einstellungen. Etwas weniger als die Hälfte der Befragten zeigen ein niedriges Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen. Dabei zeigen sich Unterschiede nach Einbindung in Erwerbsarbeit: Der Anteil der Erwerbstätigen, die ein hohes Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen äußern, ist nur halb so groß wie der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen.

Anschließend betrachten wir anti-demokratische Einstellungen aus der Perspektive unterschiedlicher **sozialer Lebenslagen**, indem soziodemographische, schichtbezogene und regionale Unterschiede analysiert werden. So stimmen Jüngere, Personen mit höheren Schulabschlüssen sowie mit höheren Einkommen in geringerem Ausmaß anti-demokratischen Einstellungen zu. Zwischen Männern und Frauen zeigen sich nur geringe Einstellungsunterschiede.

Wer sich subjektiv einer niedrigen Schicht zuordnet, sich gegenüber seiner Elterngeneration als abgestiegen bezeichnet oder von erlebter Abstiegsangst berichtet, äußert häufiger anti-demokratische Einstellungen. Auch Unzufriedenheit und Mängel mit Blick auf Mobilität, Wohn- und Lebenszufriedenheit und Gesundheit hängen mit höheren Zustimmungswerten zu anti-demokratischen Einstellungen zusammen.

Regionale Unterschiede sind ebenfalls messbar: Die fünf ostdeutschen Bundesländer und das Saarland sowie bevölkerungsärmere Wohnorte fallen mit hohen durchschnittlichen Zustimmungswerten auf. Ebenso geben Befragte, die die wirtschaftliche Lage der Region als unterdurch-

schnittlich einschätzen und den regionalen Zusammenhalt als gering bewerten, einen erhöhten Zuspruch zu anti-demokratischen Einstellungen an. Auch die soziale Unterstützung im direkten Umfeld oder der Familie spielt eine Rolle: Ist sie nicht vorhanden, geht das mit einer signifikant häufigeren Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen einher.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf der Auswertung des Zusammenhangs zwischen **Arbeit bzw. Erwerbstätigkeit** und anti-demokratischen Einstellungen: Markante Zustimmungsunterschiede ergeben sich für den Berufsstatus, wie auch weitere Unterschiede nach Vertragsform auffallen. Relevant für eine hohe Zustimmung anti-demokratischer Einstellungen ist die Einschätzung, bei Jobverlust keine neue gleichwertige Stelle zu finden. Mit Blick auf das Berufsprestige zeigt sich ein linearer Zusammenhang mit anti-demokratischen Einstellungen – auch unter Kontrolle weiterer sozio-ökonomischer Variablen: je höher das Berufsprestige der Befragten, desto geringer ist die Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen.

Das Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen unterscheidet sich nicht, wenn Befragte mit und ohne Tarifvertrag verglichen und die unterschiedliche Zusammensetzung der beiden Gruppen berücksichtigt wird. In anderen Worten: wenn Befragte mit und ohne Tarifvertrag mit gleicher Bildung und gleichem Einkommen betrachtet werden, zeigen sich keine Unterschiede im Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen. Unter erwerbstätigen Gewerkschaftsmitgliedern ist der Zuspruch zu anti-demokratischen Einstellungen minimal kleiner als unter erwerbstätigen Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern.

Sobald jedoch die bezüglich der Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen eher nachteilige soziodemographische Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigt wird, zeigen sich signifikante Differenzen insofern, als Gewerkschaftsmitglieder beispielsweise bei gleichem Bildungsstand in geringerem Ausmaß anti-demokratische Einstellungen zustimmen als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Diese Differenzen treten noch deutlicher hervor, wenn nicht nur die Erwerbstätigen betrachtet werden: in der Gesamtbevölkerung Deutschlands über 16 Jahren stimmen Gewerkschafts-mitglieder signifikant seltener anti-demokratischen Einstellungen zu als Nicht-Mitglieder.

Ein Unterschied im Zustimmungsverhalten zu anti-demokratischen Einstellungen lässt sich je nach Ausprägung der konkreten Erwerbsbedingungen aufzeigen: Konkret erlebte Mitbestimmung, Abwechslung in der Tätigkeit und Arbeitsplatzsicherheit spielen eine Rolle, da Befragte, die dies für ihre Arbeit angeben, geringere Zustimmungswerte aufzeigen. Auch eine subjektiv empfundene zu geringe Entlohnung ist mit stärkerer Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen verknüpft. Zudem zei-

gen sich signifikante Differenzen zwischen Befragten, die zuletzt während der Pandemie Einkommenseinbußen hinnehmen mussten im Vergleich zu denen, die keine Einbußen hatten. Befragte ohne Einbußen stimmen seltener anti-demokratischen Einstellungen zu als Befragte mit Einbußen.

Zwei weitere Auswertungsschwerpunkte bezogen sich auf den Zusammenhang zwischen Erfahrungen bzw. Einschätzungen mit **arbeitsbezogener und gesellschaftlicher Transformation**: Die folgenden Ergebnisse zeigen, dass die entscheidende Aufgabe für die Aufrechterhaltung einer demokratischen Gesellschaftsordnung in den kommenden Jahren darin liegt, Transformationsprozesse sozial so zu gestalten, dass Menschen gesellschaftlich integriert bleiben. Arbeit bleibt dabei der Schlüssel, um Menschen auf dem Weg in eine veränderte Welt Perspektiven für die Gestaltung ihres eigenen Lebens zu geben.

Zunächst haben wir auf die Digitalisierung als Transformationsthema fokussiert: Erwerbstätige, die **Digitalisierungserfahrungen in der Arbeit** gemacht haben und dabei überwiegend Nachteile – und hier insbesondere die Überforderung sowie Kontrolle und Überwachung – wahrnehmen, stimmen eher anti-demokratischen Einstellungen zu als Befragte, die Digitalisierungsvorteile betonen – wie größere Freiheiten und Möglichkeiten, sich neuen Herausforderungen zu stellen und bessere Arbeitsergebnisse zu erzielen.

Ebenso zeigen sich signifikante Differenzen zwischen Befragten, die angeben, dass sie mitentscheiden können, wie neue Technologien in ihrer Arbeitsumgebung eingesetzt werden und denen, die dies nicht können. Mitbestimmung bei Digitalisierungsprozessen ist somit mit geringeren anti-demokratischen Einstellungen verknüpft.

In einem weiteren Auswertungsschritt wurden Erwerbstätige hinsichtlich der Bewertung ihrer Digitalisierungserfahrungen in sechs Cluster von „Sehr Positive“ bis „Negative“ bzw. „Keine Digitalisierung am Arbeitsplatz“ eingeteilt. Dabei fällt auf, dass positivere Digitalisierungserfahrungen eng mit höheren Bildungsabschlüssen und höheren Einkommen verknüpft sind. Besonders deutlich wird letzteres, wenn berücksichtigt wird, dass ein Drittel der Befragten, an denen die Digitalisierungsprozesse an der Arbeit bisher vorbeigegangen sind, das deutlich geringste Bildungs- und Einkommensniveau aufweisen.

Diese sechs Gruppen der Digitalisierungseinstellungen unterscheiden sich auch im Ausmaß ihrer anti-demokratischen Einstellungen: Insbesondere die Gruppen der „Kritischen“ und „Negativen“ fallen mit überdurchschnittlicher Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen auf. Hingegen sind die beiden Gruppen mit den positivsten Digitalisierungs-einstellungen auch im geringsten Ausmaß anti-demokratischen Einstellungen zugeneigt. Interessant ist zudem, dass auch in der großen Gruppe

der Erwerbstätigen, die keine Digitalisierung am Arbeitsplatz berichtet hat, überdurchschnittlich häufig anti-demokratische Einstellungen Anklang finden.

Auch die **Klimakrise** und der damit einhergehende **sozial-ökologische Wandel** in Wirtschaft und Gesellschaft war Thema in der Erhebung. Die Auswertungen zeigen hier ein ausgeprägtes Bewusstsein: Jeweils mindestens zwei Drittel aller Befragten sorgen sich über den Klimawandel, fordern mehr politische Aktivität gegen den Klimawandel, die stärkere staatliche Sanktionierung klimaschädlichen Verhaltens und befürworten mehr individuellen Verzicht.

Mit Blick auf den Zusammenhang mit anti-demokratischen Einstellungen zeigt sich folgendes Bild: Befragte, die sich über den Klimawandel sorgen fallen mit geringeren Zustimmungen zu anti-demokratischen Aussagen auf als Befragte, die angeben, dass politisch weniger gegen den Klimawandel getan werden sollte und der wirtschaftliche Wohlstand riskiert wird, wenn jetzt alles wegen des Klimawandels auf den Prüfstand gestellt wird.

Interessant sind zudem die Befunde zur Zuversicht und Überwältigung bezüglich des Klimawandels, da diese konträr zu sonstigen Zusammenhängen von gesellschaftlichen Ängsten und anti-demokratischen Einstellungen liegen: diejenigen, die zuversichtlich sind, den Klimawandel bewältigt zu bekommen, teilen ein höheres Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen als diejenigen, die hier wenig zuversichtlich sind.

Die erwerbstätig Befragten wurden nach ihrer Priorisierung des Klimawandels für die politische Agenda in fünf Gruppen eingeteilt – von „Top Prio“ bis „contra sozial-ökologischer Wandel“. Befragten, die dem sozial-ökologischen Wandel die Top-Priorisierung zuweisen oder eine sehr hohe Priorisierung mit Optimismus und wenig Überwältigung verbinden zeigen ein geringes Ausmaß anti-demokratischer Einstellung, wobei eine hohe Priorisierung der Thematik eher mit vorteilhaften Einkommens- und Bildungssituationen einhergeht. Klar die anti-demokratischsten Einstellungen lassen sich für das Cluster „Contra sozial-ökologischer Wandel“ aufzeigen, in dem rund jede:r Vierte ein hohes Ausmaß äußert. Hier zeigt sich, dass viele Klimawandel-relativierende Einstellungen eng mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpft sind.

Schließlich wurde auch erfragt, ob der Klimawandel den Arbeitsplatz der Befragten bedroht (10 Prozent Zustimmung), ob die eigene Arbeit durch den Klimawandel profitiert (7 Prozent) oder ob der Klimawandel eher keine Auswirkungen auf die Arbeit hat (81 Prozent). Weiter wurde dann je nach Antwort auf obige Frage gefragt, ob dies eher auf die politische Reaktion auf den Klimawandel oder auf Veränderungen des Klimas selbst zurückzuführen ist. Von denen, die angaben, ihre Arbeit profitiere

eher durch den Klimawandel, gaben 29 Prozent an, dass dies auf Veränderungen des Klimas selbst zurückgeht, während 58 Prozent antworteten, es sei in der politischen Reaktion auf den Klimawandel begründet – 7 Prozent sagten, beides treffe gleichermaßen zu. Von denen, die angaben, ihre Arbeit sei durch den Klimawandel bedroht, begründeten 29 Prozent dies durch die Veränderung des Klimas selbst und 63 Prozent durch die politische Reaktion auf den Klimawandel; 5 Prozent sagten, beides treffe gleichermaßen zu.

Auch diese Einschätzung steht in einem Zusammenhang mit anti-demokratischen Einstellungen – auch wenn dieser aufgrund der geringen Fallzahlen hier mit einer gewissen Vorsicht zu betrachten ist. Anti-demokratische Einstellungen werden besonders häufig geteilt, wenn die Arbeit durch den Klimawandel bedroht ist und diese Bedrohung durch die politische Reaktion auf den Klimawandel erklärt wird – zugespitzt formuliert: wenn man sich als politisch verursachte:r Verlierer:in der Wandelprozesse wahrnimmt. Hingegen werden sie besonders selten geteilt, wenn die Arbeit durch den Klimawandel profitiert und dies ebenfalls in der politischen Reaktion auf den Klimawandel begründet wird – erneut zugespitzt formuliert: wenn man sich also als politisch verursachte:r Gewinner:in der Wandelprozesse sieht.

Dieses Ergebnis zeigt insbesondere, wie bedeutend die konkrete politische Gestaltung der sozial-ökologischen Transformation für die demokratische Integration der Bürger:innen und damit für die Stabilität der Demokratie selbst ist.

1. Einleitung

Der Jahreswechsel 2020/2021 war geprägt von der Corona-Pandemie, die zu diesem Zeitpunkt in einer zweiten Welle für hohe Infektions- und Todeszahlen und einen langwierigen Lockdown sorgte, der den Menschen vieles abverlangte. Die ersten Impfungen besonders gefährdeter Bevölkerungsgruppen konnten stattfinden, sodass eine berechtigte Hoffnung auf ein Ende oder zumindest einer weitgehenden Kontrolle der Pandemie in Sicht war.

Bereits zu diesem Zeitpunkt der Pandemie zeigte sich überdeutlich, dass viele Menschen ein erhebliches Misstrauen in demokratische Institutionen haben. Was sich später im Jahr 2021 durch Impfskepsis und -verweigerung zu einem gravierenden Hindernis in der Pandemiebewältigung herausstellen sollte, zeigte sich im Jahr 2020 durch wiederkehrende Proteste gegen die Corona-Beschränkungen der „Querdenker"-Bewegung, die im August 2020 darin gipfelten, dass mehrere Hundert der geschätzten 40.000 Protestierenden in Berlin euphorisiert bis zum Eingang des Reichstages vordrangen und dadurch ein breites Entsetzen in weiten Teilen der Politik und Gesellschaft sorgten. Nicht nur befanden sich unter den Protestierenden zahlreiche Rechtsextreme, es kam auch vermehrt zu antisemitischen Vorfällen und Motiven, die immer wieder als Element der in der Bewegung weit verbreiteten Verschwörungsmythen auftraten.

Auch kommt es auf den Demonstrationen immer wieder zu Verstößen gegen die Corona-Maßnahmen und vermehrt zu Gewalt gegen Polizist:innen und Journalist:innen (BKA 2021), sodass die Bewegung mittlerweile vom Verfassungsschutz beobachtet wird.[1]

Die Corona-Pandemie bringt damit ein beträchtliches Ausmaß an Misstrauen in etablierte, demokratische Parteien und weit verbreite Neigungen zu anti-demokratischen Verschwörungsmythen zu Tage und führt zu großer Unzufriedenheit und Mobilisierungen von größeren Bevölkerungssegmenten (vgl. Lamberty & Rees 2021; Hövermann 2021). Diese wurden durch die Pandemie sicherlich besonders sichtbar, sie sind jedoch nicht erst durch die Pandemie in Deutschland so weit verbreitet.

Empirische Studien, wie die Deutsche-Zustände-Reihe (Heitmeyer 2002, 2011), die Mitte-Studien (zuletzt Zick & Küpper 2021a) oder die Leipziger Autoritarismus-Studien (zuletzt Decker & Brähler 2020) weisen bereits seit Jahrzehnten darauf hin, dass rechtspopulistische Einstellungen, Verschwörungserzählungen sowie Einstellungen der Gruppenbezo-

1 Aufgrund ihrer Heterogenität wird sie beim Verfassungsschutz weder dem Links- noch dem Rechtsextremismus, sondern einer neu geschaffenen Kategorie der „demokratiefeindlichen und sicherheitsgefährdenden Delegitimierungen des Staates" zugeordnet.

genen Menschenfeindlichkeit bis weit in die gesellschaftliche Mitte der Bevölkerung Verbreitung finden. Die rechtspopulistische und autoritär-nationalradikale Partei AfD ist mittlerweile in allen 16 Landtagen, Bürgerschaften und Abgeordnetenhäusern der Republik vertreten und erhielt in einigen ostdeutschen Bundesländern sogar rund ein Viertel der Stimmen. Bei der Bundestagswahl 2021 konnte sie zudem ohne nennenswerte Stimmenverluste mit über 10 Prozent der Stimmen erneut in den Bundestag einziehen.

Mit der vorliegenden empirischen Studie betrachten wir zum einen, wie weit anti-demokratische Einstellungen um den Jahreswechsel 2020/21 verbreitet sind.[2] Als anti-demokratisch bezeichnen wir eng verknüpfte rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen, da diese grundlegenden demokratischen Prinzipien der Gleichheit aller Bevölkerungsgruppen widersprechen.

Zum anderen analysieren wir die Frage, bei wem diese Einstellungen besonders häufig Zuspruch finden. Dies betrachten wir zunächst aus der Perspektive verschiedener sozialer Lebenslagen. Soziodemographische, schichtbezogene und regionale Differenzen werden hier in den Blick genommen, um die Relevanz verschiedener Sozialisations- und Benachteiligungsfaktoren wie der ökonomischen Unsicherheit wie der Abstiegsangst zu erkunden (Hilmer et al. 2017). In vorangegangenen Studien erwies sich beispielsweise immer wieder ein niedriger Bildungsstand, ein geringes Einkommen, eine Sozialisation in Ostdeutschland oder ein hohes Alter als eng mit rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen verknüpft (vgl. Küpper et al. 2021)

Der Hauptschwerpunkt unserer Analysen liegt danach auf der Rolle der Arbeit und des Arbeitskontexts für anti-demokratische Einstellungen. Zeigen sich hier relevante Differenzen zwischen Berufsgruppen, Erwerbsklassen und Erwerbstätigen in verschiedenen Branchen oder zwischen Erwerbstätigen mit spezifischen Erwerbsbedingungen?

Arbeitsbezogene Kontrollverluste und Sorgen um die Gestaltbarkeit der eigenen Erwerbsbiografie erwiesen sich bereits in vorherigen Studien als relevant für die Sympathie für die AfD (Hilmer et al. 2017). Jüngst konnten Kiess und Schmidt (2020) zeigen, dass der Arbeitsplatz ein Ort demokratischer Sozialisation sein kann, da sich positive Beteiligungserfahrungen in der Arbeitswelt als relevanter Schutzfaktor vor anti-demokratischen und rechtsextremen Einstellungen erwiesen. Vor diesem Hintergrund betrachten wir, inwieweit sich auch in den vorliegenden Daten Hinweise darauf finden, dass der Arbeitsplatz ein Ort demokratischer Sozialisation darstellt.

2 Die Analysen basieren auf dem Forschungsprojekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ der Hans-Böckler-Stiftung mit einer Laufzeit von 2021–2024.

Abschließend liegt der Schwerpunkt der Analysen auf den Erfahrungswerten und Einstellungen zu den großen Transformationsthemen. Zum einen betrachten wir, wie die Digitalisierung der Arbeitswelt erlebt wird und wie dies mit anti-demokratischen Einstellungen einhergeht. Zum andern analysieren wir die Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel und zur politischen Priorisierung ebenjenes Wandels. Hier ist unter anderem auch anhand der politischen Positionierung rechtspopulistischer Parteien gegen größere Transformationsprozesse zu erwarten, dass anti-demokratische Einstellungen häufig mit Einstellungen einhergehen, die im Klimawandel ein eher geringes gesellschaftliches Problem sehen, auf das nicht mit erhöhter politischer Priorität reagiert werden müsse. Erste Studien deuteten bereits auf einen solchen Zusammenhang hin (Humpert et al. 2021; Reusswig, Küpper & Rump 2021).

In diesem Arbeitspapier widmen wir uns daher basierend auf bevölkerungsrepräsentativen Befragungsdaten der Frage, welchen Einfluss soziale Lebenslagen, Arbeit und die Verarbeitung von Transformationsprozessen für das Äußern anti-demokratischer Einstellungen hat. Dazu stellen wir zunächst im nächsten Abschnitt die Daten dar, anhand derer die Analysen durchgeführt wurden (Abschnitt 2).

Anschließend betrachten wir in einem ersten Schritt, wie ausgeprägt anti-demokratische Einstellungen in der Gesamtbevölkerung sowie in der Erwerbsbevölkerung Zuspruch finden (Abschnitt 3.1). Im dann folgenden Abschnitt 3.2 prüfen wir, ob sich soziodemographische oder regionale Auffälligkeiten in der Verbreitung auffinden lassen. Anschließend fokussieren wir dann die Arbeit und die Erwerbsbedingungen und analysieren, inwieweit diese mit menschenfeindlichen und rechtspopulistischen Einstellungen einhergehen (Abschnitt 3.3).

Abschließend wird ein besonderer Fokus auf die Verarbeitung von Transformationsprozessen wie der Digitalisierung der Arbeitswelt oder dem sozial-ökologischen Wandel gelegt (3.4). Die zahlreichen, teilweise komplexen Befunde werden dann zunächst noch einmal zusammengefasst und in einem abschließenden Abschnitt (4.) diskutiert.

2. Datensatzbeschreibung

Die zugrundeliegenden Daten wurden vom Meinungsforschungsinstitut IPSOS in der Zeit vom 4. November 2020 bis 7. Januar 2021 erhoben.[3] Die Erhebung erfolgte in Form von Telefonumfragen (CATI) im Dual-Frame-Modus, sodass sowohl Festnetz- als auch Mobilfunknummern zufällig angewählt wurden. Die repräsentativ abgebildete Grundgesamtheit für die Befragung stellte die deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren dar, die über mindestens einen Festnetz- oder einen Mobilfunkanschluss verfügte.

Ziel der Stichprobenziehung war es zudem Befragte aus allen 96 Raumordnungsregionen (ROR) Deutschlands zu berücksichtigen, um in einer späteren Projektphase Kontextdaten der Regionen zuspielen zu können. Die Interviews innerhalb der Raumordnungsregionen (ROR) wurden proportional zu deren Einwohneranzahl durchgeführt. Regionen, in denen weniger als 30 Interviews entstanden, wurden geboostet, sodass in jeder der RORs mindestens 30 Interviews geführt wurden.

Zudem sollten Erwerbstätige überproportional erhoben werden, da ein Großteil des Fragebogens Arbeitsbedingungen und arbeitsrelevante Einstellungen betraf, der der nicht-arbeitenden Bevölkerung nicht vorgelegt wurde. Angepeilt wurde eine Nettostichprobe von 4.000 Befragten; realisiert werden konnte eine Stichprobe von 4.116 Interviews.

Die Stichprobenziehung erfolgte unter systematischen und kontrollierten Bedingungen in einem mehrstufigen, geschichteten Zufallsauswahlverfahren nach dem Random-Digit-Dialing-Verfahren.[4] Um nach Abschluss der Untersuchung sowohl Aussagen für die gesamte deutsche Bevölkerung als auch jede der 96 Raumordnungsregionen treffen zu können, erfolgte zunächst eine proportionale Ziehung der Raumordnungsregionen, gefolgt von einer Aufstockung der unterrepräsentierten Regionen

3 Zwölf Fälle wurden etwas später zwischen dem 15. und 18. Januar 2021 nacherhoben, um die Abdeckung der Raumordnungsregionen zu gewährleisten.

4 Dabei bildete die Telefonstichprobendatei der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V. (ADM) den Auswahlrahmen, die veröffentlichte und nicht-veröffentlichte Rufnummern enthält. Dazu wurden von der Bundesnetzagentur veröffentlichten Daten zu so genannten Blöcken zusammengefasst, innerhalb derer die letzten beiden Ziffern zufällig generiert werden. Auf diese Weise gewährleistete der ADM-Rahmen, dass sowohl Haushalte mit als auch ohne Eintrag in ein öffentliches Telefonverzeichnis in der Stichprobenziehung berücksichtigt wurden. Darüber hinaus ist im ADM-System jeder Festnetznummer eine Gemeindekennziffer (GKZ) zugeordnet, die eine regionale Schichtung ermöglicht. Der Wohnort der Befragungsperson wurde dann im Interview verifiziert. Da Mobilnummern keine regionale Kennung haben, wurden die Telefonnummern ohne Verortung aus dem ADM-Auswahlrahmen zufällig gezogen und erst im Interview den entsprechenden Regionalzellen zugeordnet. Die Festlegung der Regionalregionen erfolgte über eine Kombination aus Gemeindekennziffern und Postleitzahlen.

und schließlich einer disproportionalen Abbildung der Erwerbstätigkeit von 70 Prozent.

Insgesamt eingesetzt wurden 192 Interviewende, die die Befragten durch den Fragebogen führten. Dieser wurde im Projektteam der HBS entwickelt und war auf eine durchschnittliche Befragungsdauer von 30 Minuten konzipiert. In einem Pretest an 15 Befragten wurde er vorab getestet und dann nochmals gekürzt, um die durchschnittliche Interviewzeit von 40 Minuten zu reduzieren. In der Haupterhebung lag diese dann bei 31 Minuten. Die RR3-Ausschöpfungsquote der Studie liegt bei 4,2 Prozent, wobei es lediglich zu 320 Abbrüchen während der Interviews kam.

Im Anschluss an die Erhebung wurden die Daten vor ihrer Auswertung einer Gewichtung unterzogen.[5] Die Notwendigkeit hierfür ergab sich zum einen durch die disproportionale Stichprobenziehung. Zum anderen treten bei der Erhebung von quantitativen Umfragedaten auch unbeabsichtigte Verzerrungen auf, die sich dadurch ergeben, dass nicht alle Personengruppen in Befragungen gleichermaßen zu erreichen sind. Wie bei der Festlegung der Quotenmerkmale wurden die Gewichtungsvorgaben für Alter, Geschlecht, höchster Schulabschluss und Erwerbstätigkeit aus dem Tageszeitungsdatensatz der Arbeitsgemeinschaft Media-Analyse 2019 gezogen. Die Daten für die Raumordnungsregionen stammen hingegen aus der amtlichen Statistik.

Die folgende Tabelle zeigt, dass die realisierte Stichprobe zwar die Geschlechter relativ adäquat abgebildet hat, jedoch bezüglich des Alters jüngere Befragte und bezüglich des Schulabschlusses Befragte mit niedriger Bildung deutlich unterrepräsentiert. Dies wird mit den oben erläuterten Gewichtungen korrigiert. Zu bedenken ist hier zudem, dass die Spalten nicht exakt vergleichbar sind, da die Grundgesamtheit die deutsche Bevölkerung ab 16 Jahren zeigt, die Nettostichprobe jedoch explizit eine Übergewichtung Erwerbstätiger (70 Prozent) vorsah.

5 Als Standardgewichtungsprozedur bei Ipsos gilt die IPF-Wichtung (Iterative Proportional Fitting nach Deming) aus dem Quantum-Programmpaket. Anhand dieses Gewichtungsverfahrens wurde die Ist-Verteilung der Stichprobe sukzessiv an die vorgegebenen Soll-Zahlen der Gewichtungsvariablen angepasst. Dazu wurde für jede Zelle ein bestimmter Gewichtungsfaktor berechnet, der über den Quotienten aus Ist- und Soll-Zahlen gebildet wurde. Diese so berechneten Gewichtungsfaktoren bildeten dann den Ausgang für die Anpassung des folgenden Merkmals. Diese Berechnung erfolgte iterativ, bis schließlich alle Variablen an die vorgegebenen Soll-Zahlen angepasst waren.

Tabelle 1: Vergleich: Grundgesamtheit und Nettostichprobe nach Alter, Geschlecht, Bildung und Erwerbstätigkeit in Prozent

	Grundgesamtheit	**Nettostichprobe***
Alter		
16–29 Jahre	19,0	9,2
30–49 Jahre	30,1	30,3
50–64 Jahre	26,7	39,9
65 Jahre und älter	24,2	20,6
Geschlecht		
männlich	49,4	50,0
weiblich	50,8	49,9
divers	0,0	0,1
Höchster allgemeiner Schulabschluss		
Niedrig	35,0	15,8
Mittel	32,4	29,0
Hoch	32,6	55,2
Berufstätigkeit der Befragten		
berufstätig	54,0	71,8
nicht berufstätig	46,0	28,2

Quelle: IPSOS 2021
*Anmerkung: *disproportionaler Ansatz Erwerbstätigkeit 70 %*

In den Abschnitten 3.1 und 3.2 betrachten wir für die Analysen die Gesamtstichprobe (N = 4.116). In den darauffolgenden Abschnitten 3.3 und 3.4 fokussieren wir dann auf die Erwerbstätigen, sodass wir hier auf eine Stichprobengröße von N = 2.956 zurückgreifen können. Mit einem zusätzlichen speziellen Gewichtungsfaktor für diese Substichprobe wird auch diese Stichprobe an die Erwerbsbevölkerung hinsichtlich der Verteilung nach Alter, Geschlecht und höchstem Schulabschluss angepasst und bildet diese damit repräsentativ ab.

3. Anti-demokratische Einstellungen

Wir untersuchen in diesem Working Paper anti-demokratische Einstellungen, die sich aus rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen zusammensetzen. Fokussierend auf ein explizit liberales Demokratieverständnis bezeichnen wir die Einstellungen deshalb als anti-demokratisch, da rechtspopulistische oder menschenfeindliche Einstellungen liberal-demokratische Prinzipien der Gleichheit aller Bevölkerungsgruppen widersprechen und Bevölkerungsgruppen der Feindseligkeit aussetzen, einen anti-demokratischen – da anti-pluralen – „Volks"-Begriff zugrunde legen sowie die Schwächung und Aushebelung demokratischer Institutionen anstreben.

Es ist dabei wichtig zu betonen, dass es hier nicht darum geht, das gesamte Spektrum potenziell anti-demokratischer Einstellungen zu erfassen, sondern insbesondere rechtsoffene, illiberal-autoritäre Einstellungen. Weniger ein prozedurales Demokratieverständnis, bei dem es etwa um Mehrheitsverhältnisse geht oder ein soziales Demokratieverständnis, bei dem es um Fragen der Verteilungsgerechtigkeit geht, stehen hier im Mittelpunkt als eines, das explizit darauf abzielt, Demokratie und ihre Institutionen auszuhöhlen und zu beschädigen.

So zeigen sich rechtspopulistische und menschenfeindliche Einstellungen in den Daten auch eng verknüpft mit der Ablehnung der Aussage „Demokratie ist die beste Staatsform" (signifikante negative Korrelation von $r = –0{,}34$ bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit ≤ 0,1 %), wobei r Werte von –1 bis +1 annehmen kann) und der Ablehnung der Aussage, dass „die deutsche Demokratie im Großen und Ganzen ganz gut funktioniert" ($r = –0{,}40$ bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit ≤ 0,1 %).

Wie attraktiv die AfD als parlamentarische Option für Befragte ist, die diese Einstellungen teilen, zeigen die folgenden Werte: 94 Prozent der Befragten, die bei der Sonntagsfrage der Parteiwahl die AfD angeben, stimmen den rechtspopulistischen Aussagen im Durchschnitt zu (58 Prozent den Aussagen zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit).

Zudem müssen solch anti-liberal-demokratische Einstellungen nicht zwangsläufig mit einem anti-sozialen oder anti-prozeduralen Demokratieverständnis im Einklang stehen. So zeigt sich beispielsweise, dass sich diejenigen, die rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen zustimmen, besonders häufig mehr direkte Formen der Demokratie wie Volksabstimmungen wünschen.

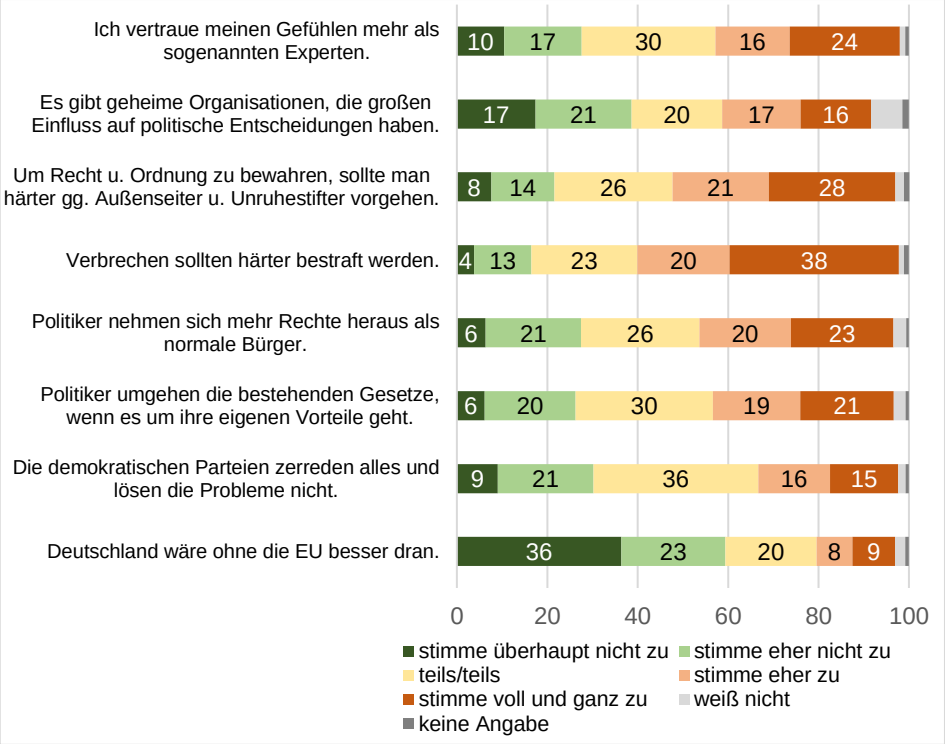
Zunächst stellen wir im Folgenden die Konzepte „rechtspopulistische Einstellungen" und „Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit" und ihre Verbreitung in der Bevölkerung dar.

3.1 Verbreitung

3.1.1 Rechtspopulistische Einstellungen

Konzeptionell wird davon ausgegangen, dass rechtspopulistische Einstellungen aus verschiedenen thematischen Dimensionen besteht (vgl. Zick & Küpper 2021a). In der vorliegenden Befragung konnten wir davon folgende Dimensionen berücksichtigen: EU-Gegnerschaft, Politiker- und Parteienmisstrauen, rechtsgerichteter Autoritarismus sowie Verschwörungsmythen. Abbildung 1 und 2 zeigen die konkreten Aussagen und stellen das Antwortverhalten aller Befragten sowie nur der Erwerbstätigen dar.

Abbildung 1: Antwortverhalten aller Befragten: rechtspopulistische Einstellungen (N = 4.116)



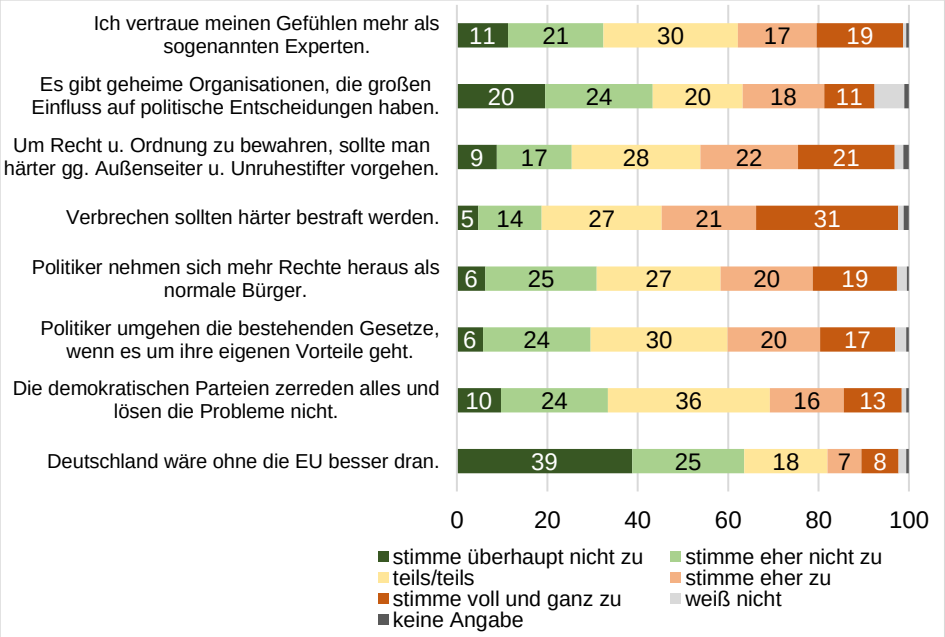
Rund 17 Prozent aller Befragten glaubt, dass Deutschland ohne die EU „besser dran wäre“. Deutlich größer ist die Zustimmung zum Politiker- und Parteienmisstrauen. Hier sind es 31 Prozent, die angeben, dass die demokratischen Parteien die Probleme nicht lösen, 40 Prozent glauben,

dass Politiker die bestehenden Gesetze umgehen, wenn es um ihre eigenen Vorteile geht und 43 Prozent geben an, dass Politiker sich mehr Rechte herausnehmen als normale Bürger. Den Aussagen stimmen mehr Befragte zu als dass sie von ihnen abgelehnt werden.

Nochmals höher sind die Zustimmungen zu den Aussagen, mit denen rechtsgerichteter Autoritarismus erhoben wird. Über die Hälfte aller Befragten (58 Prozent) möchte, dass Verbrechen härter bestraft werden, während lediglich 17 Prozent dies ablehnen. Ein härteres Vorgehen gegen „Außenseiter und Unruhestifter“ „um Recht und Ordnung zu bewahren“ wird ebenfalls von deutlich mehr Befragten gefordert, als dass es abgelehnt wird (48 Prozent vs. 22 Prozent). Die Aussagen zu konspirativen Verschwörungsmythen erhalten ebenfalls viel Zuspruch: 33 Prozent geben an, dass es geheime Organisationen gibt, die großen Einfluss auf politische Entscheidungen haben und 40 Prozent vertrauen eher ihren Gefühlen als „sogenannten Experten“.

Betrachtet man die Zustimmungshäufigkeit lediglich für die Stichprobe der Erwerbstätigen (Abb. 2), so zeigen sich durchgehend etwas geringere Zustimmungswerte.

Abbildung 2: Antwortverhalten Erwerbstätige: rechtspopulistische Einstellungen (N = 2.956)



Es zeigt sich für nahezu alle Aussagen, dass erwerbstätige Befragte das geringste Ausmaß an rechtspopulistischen Einstellungen äußern. Auffäl-

lig sind hier zudem die Rentner:innen mit durchgehend deutlich höherer Zustimmung als Erwerbstätige. Besonders eklatant wird dies bei den Aussagen zum rechtsgerichteten Autoritarismus, denen knapp zwei Drittel der Rentner:innen zustimmt sowie den Aussagen zu den Verschwörungsmythen, die ebenfalls von rund der Hälfte der Rentner:innen geteilt wird. Hier spielen sicherlich auch oft bestätigte Alters- und Generationeneffekte eine Rolle (z. B. Zick, Mokros & Berghan 2020; Gorodzeisky & Semyonov 2018; Schotte & Winkler 2018), jedoch erweisen sich die Zustimmungswerte der Erwerbstätigen auch im Vergleich zu Nicht-Erwerbstätigen, Nicht-Rentner:innen wie Hausmänner/-frauen oder Arbeitssuchenden als weitgehend niedriger – mit Ausnahme der Verschwörungsmythen und der EU-Gegnerschaft.

3.1.2 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (kurz Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit) erfasst feindselige und abwertende Einstellungen gegenüber verschiedenen Gruppen in der Gesellschaft, die als schwach, abweichend, fremd oder nicht normal markiert werden (Heitmeyer 2002). Diesen Gruppen werden also aufgrund von zugewiesenen und meist sozial konstruierten Merkmalen Partizipation, Gleichwertigkeit und Zugehörigkeit versagt. Von der Markierung als ungleich und als abweichend von der eigenen Gruppe ist der Weg zur Ausgrenzung, Diskriminierung und letztlich auch zur Gewalt nicht weit, wie zahlreiche Studien mit dem Konzept gezeigt haben (vgl. Heitmeyer 2011; Zick 2021).

Die Einstellungen der Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit können sich offen und subtil, als kognitive Stereotype oder Ressentiments, emotional als Antipathien oder Hass oder aber auch verhaltensleitend in Diskriminierungsabsichten ausdrücken. Es wird vom „Syndrom“ Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit gesprochen, da die Feindseligkeit gegenüber einer bestimmten Gruppe in der Regel mit hoher Wahrscheinlichkeit mit Feindseligkeiten gegen andere Gruppen einhergeht. Die Verbindung der verschiedenen Abwertungsfacetten der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit untereinander zeigt sich empirisch dadurch, dass beispielsweise Personen mit fremdenfeindlichen Einstellungen auch vermehrt zu sexistischen Meinungen oder zu abwertenden Meinungen gegenüber Muslimen tendieren (Zick et al. 2008; Zick, Hövermann & Krause 2012).

Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit weist einen gemeinsamen Kern auf, der sich als Ideologie der Ungleichwertigkeit beschreiben lässt. Diese Behauptung der Ungleichwertigkeit verschiedener Gruppen kann als Fundament anti-demokratischer Einstellungen betrachtet werden, da

sich diese Ungleichwertigkeit nicht mit dem Grundsatz der Gleichwertigkeit in Demokratien verträgt. Mit Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit und der damit verknüpften Ungleichwertigkeit lassen sich zudem ungleiche gesellschaftliche Hierarchien rechtfertigen.

Zur Erfassung von Vorurteilen im Sinne des Konzepts der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit (Heitmeyer 2002) wurde sich im Folgenden auf Vorurteile gegenüber bestimmten Gruppen konzentriert. Erfasst wurde in der Studie die Fremdenfeindlichkeit (oder auch Xenophobie), der Sexismus, Antisemitismus sowie die Muslimenfeindlichkeit.

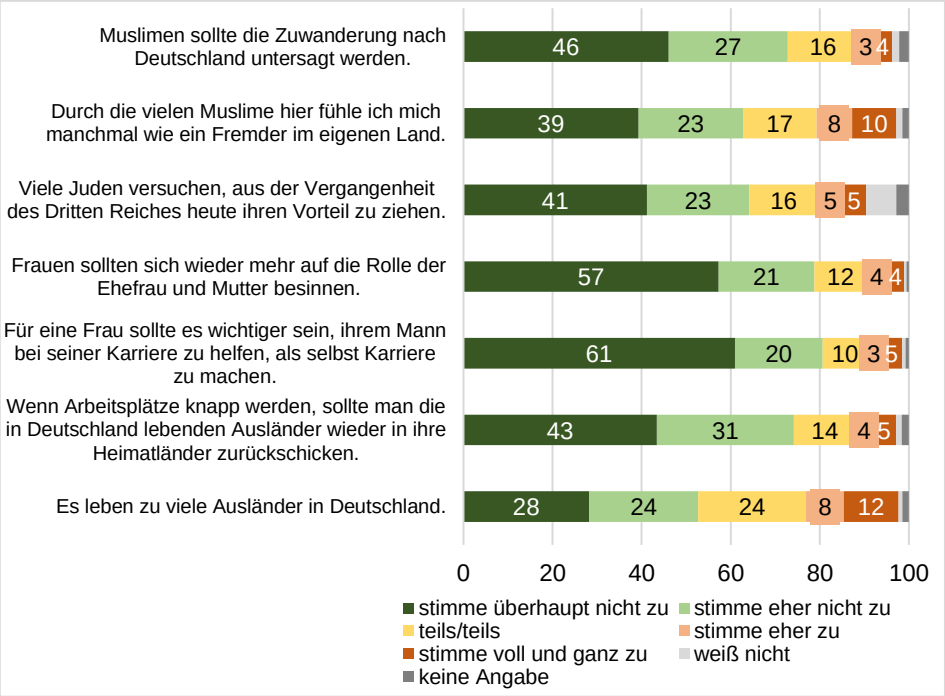
Aus Abbildung 3, die die Aussagen auflistet und das Antwortverhalten aller Befragten darstellt, wird deutlich, dass diesen teilweise sehr scharf formulierten Aussagen weniger Befragte zustimmen als den Aussagen zu rechtspopulistischen Einstellungen. Dennoch sind die Zustimmungswerte teilweise erheblich: 20 Prozent aller Befragten findet, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben – weitere 24 Prozent sagen „teils/teils“. Dass Ausländer „wieder in ihre Heimatländer“ zurückgeschickt werden sollten, wenn Arbeitsplätze knapp werden, wird immerhin von 9 Prozent bejaht.

Ähnlich viele Befragte stimmen den sexistischen Aussagen zu, dass es für eine Frau wichtiger sein sollte, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen oder dass Frauen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen sollten. Bezüglich der sexistischen Aussagen ist jedoch die Ablehnung mit rund 80 Prozent deutlich größer als noch bei den fremdenfeindlichen Aussagen.

Der antisemitischen Aussage, dass viele Juden es heute versuchen, aus der Vergangenheit des „Dritten Reiches“ ihren Vorteil zu ziehen, stimmen 10 Prozent zu, während 64 Prozent sie ablehnen. Bei dieser Aussage fällt zudem der relativ hohe Wert (7 Prozent) der Befragten auf, die mit „weiß nicht“ antworteten.

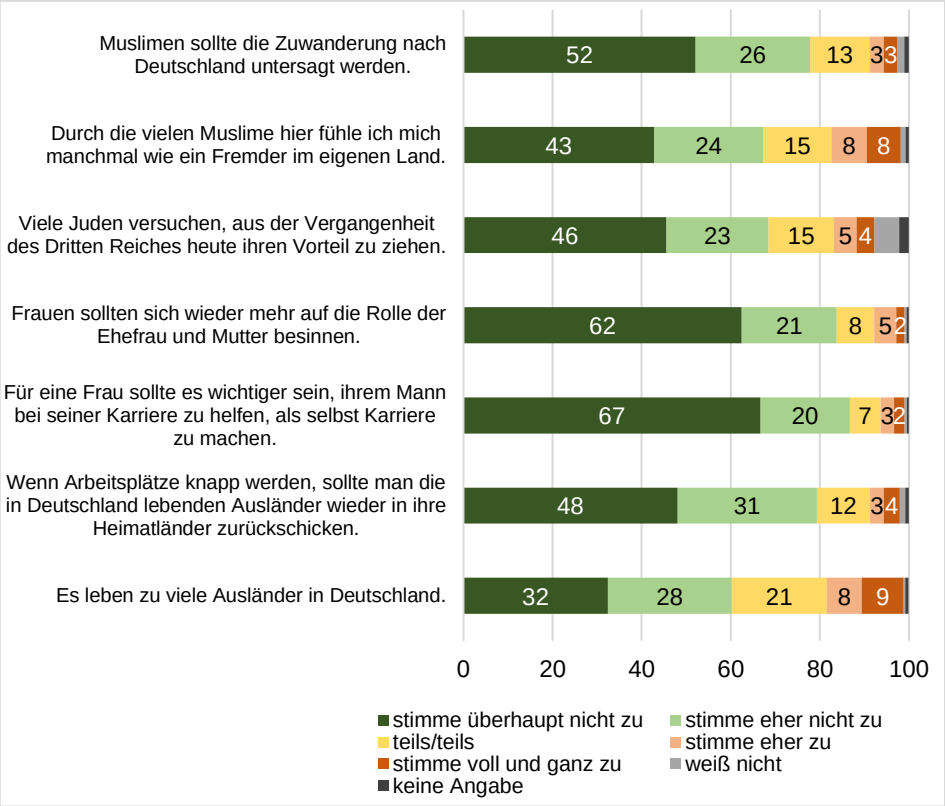
Die Zustimmung zu den Aussagen der Muslimenfeindlichkeit ergibt sich wie folgt: 18 Prozent äußern, dass sie sich „durch die vielen Muslime hier“ manchmal wie ein „Fremder im eigenen Land“ fühlen – 52 Prozent verneinen dies. Schließlich stimmen 7 Prozent der rigorosen Aussage zu, dass Muslimen generell die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden sollte.

Abbildung 3: Antwortverhalten aller Befragten: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (N = 4.116)



Betrachtet man die Aussagen von Erwerbstätigen (vgl. Abb. 4), zeigen sich auch hier durchgehend geringere Zustimmungsraten als für alle Befragten.

Abbildung 4: Antwortverhalten Erwerbstätiger: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (N = 2.956)



Dies wird erneut auch im Vergleich der Gruppen deutlich, bei dem Erwerbstätige auf nahezu alle Items die geringsten Zustimmungswerte zeigen – Ausnahmen sind hier lediglich das Antisemitismus-Item und das rigorose Muslimfeindlichkeits-Item, denen auch Nicht-Erwerbstätige Nicht-Rentner:innen besonders selten zustimmen. Ähnlich wie bei den rechtspopulistischen Aussagen stimmen auch den Aussagen zu Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit besonders häufig Rentner:innen zu. Beispielsweise glaubt unter ihnen jede:r Vierte, dass „zu viele Ausländer in Deutschland leben“ und dass man sich manchmal „durch die vielen Muslime hier wie ein Fremder im eigenen Land“ fühle. Auch der antisemitischen Aussage wird von Rentner:innen rund doppelt so häufig zugestimmt wie von Erwerbstätigen oder anderen Nicht-Erwerbstätigen.

3.1.3 Anti-demokratische Einstellungen

Für die folgenden Analysen fassen wir rechtspopulistische Einstellungen und Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit zu einem Index „anti-demokratische Einstellungen“ zusammen, um das *kombinierte* Antwortverhalten zu all den Aussagen zu erfassen.

Die Zusammenfassung dieser beiden Elemente ist sowohl empirisch als auch theoretisch sinnvoll. Die beiden Konzepte anti-demokratischer Einstellungen zeigen sich in den Daten hochgradig positiv korreliert ($r = 0{,}60$ bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit $\leq 0{,}1$ %), sodass Befragte mit rechtspopulistischen Einstellungen auch überdurchschnittlich häufig menschenfeindlichen Einstellungen zustimmen. Die Verbreitungsanalysen in den vorherigen Abschnitten zeigten aber, dass die Zustimmung zu den häufig krasser und offener formulierten menschenfeindlichen Aussagen geringer ist als zu den rechtspopulistischen Aussagen.

Erneut teilen wir die Befragten anhand ihres Antwortverhaltens zu allen 13 Aussagen der anti-demokratischen Einstellungen in drei Gruppen auf: Befragte, die auf den 5-stufigen Skalen mindestens einen Wert von 3,5 aufweisen, bekommen ein „hohes Ausmaß“ zugewiesen, da sie im Schnitt den Aussagen stärker zustimmen als sie ablehnen. Analog bekommen Befragte mit Skalenwerten kleiner 2,5 ein „geringes Ausmaß“ zugewiesen, da sie die Aussagen im Schnitt eher ablehnen. Befragte mit durchschnittlicher Zustimmung zwischen 2,5 und 3,5 äußern ein „mittleres Ausmaß“.[6]

Es ist hier nochmal zu betonen, dass es also *nicht* um das Antwortverhalten auf einzelne Aussagen geht: es bedarf einer durchschnittlichen Zustimmung auf alle Aussagen, um ein „hohes Ausmaß“ zugewiesen zu bekommen, oder anders formuliert: mit einer einzelnen Zustimmung kann man problemlos noch dem „geringen Ausmaß“ zugeordnet werden.

So ergeben sich folgende Verteilungen (vgl. Abb. 5): Unter allen Befragten teilen 14 Prozent ein hohes Ausmaß anti-demokratische Einstellungen. Weiteren 41 Prozent wird ein mittleres Ausmaß zugewiesen.

6 Hier ist es wichtig zu betonen, dass die Festlegung der Grenzwerte letztlich Definitionssache ist. Man hätte die Grenze mit einer anderen Argumentation bspw. auch bei „4“ legen können und geringere Anteile „hohes Ausmaß“ erhalten. Entsprechend ist der *Anteil* der Befragten mit hohem Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen maßgeblich von dieser Definition abhängig. Es erscheint also als weniger sinnvoll und hilfreich, nun von 32 Prozent Anti-Demokrat:innen unter den Erwerbstätigen zu sprechen. Diese Werte sind deutlich sinnvoller zu interpretieren, wenn die Unterschiede zwischen den Gruppen betrachtet werden – wenn also – wie hier geschehen – unter Erwerbstätigen 10 Prozent ein hohes Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen teilen und unter Nicht-Erwerbstätigen 20 Prozent. Auf die folgenden Zusammenhangsbefunde hat die Grenzwertdefinition jedoch so gut wie keinen Einfluss.

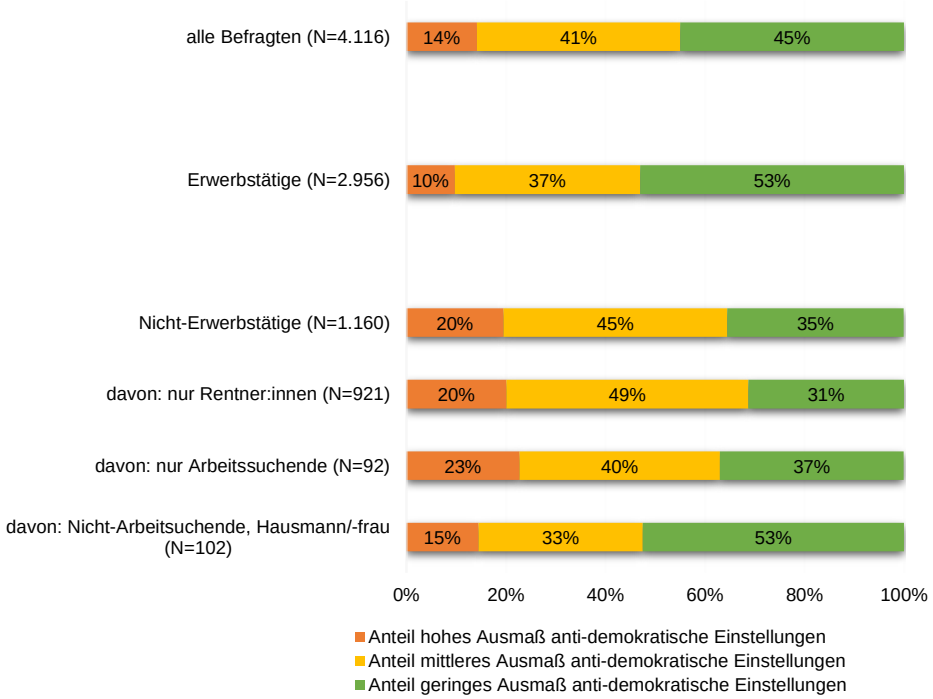
Etwas weniger als die Hälfte der Befragten zeigen ein niedriges Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen.

Es wird zudem ersichtlich, dass Erwerbstätige in geringerem Maße anti-demokratische Einstellungen teilen als Nicht-Erwerbstätige. Der Anteil der Erwerbstätigen, die ein hohes Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen äußern, ist nur halb so groß wie der Anteil der Nicht-Erwerbstätigen. Dies geht insbesondere auf die große Differenz Erwerbstätiger zu Rentner:innen und Arbeitsuchenden zurück, die mit deutlich erhöhten Werten auffallen. Diese Differenzen sind statistisch signifikant[7] und deuten darauf hin, dass bereits die reine Integration in den Arbeitsmarkt in einem gewissen Maße vor anti-demokratischen Einstellungen schützt.

Komplexere multivariate Analysen zeigen hier zudem, dass der Unterschied zwischen Erwerbstätigen und Nicht-Erwerbstätigen auch dann noch bestehen bleibt, wenn der unter Nicht-Erwerbstätigen häufigere niedrige formale Bildungsstand berücksichtigt wird.

7 Die Gruppenunterschiede stellen nicht zwangsläufig auch statistisch signifikante Unter-schiede dar. Statistisch signifikante Unterschiede implizieren, dass mit einer hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgegangen werden kann, dass diese Unterschiede nicht nur in unserer Stichprobe, sondern auch in der gesamten Bevölkerung Deutschlands vorliegen.
Ob sich Gruppen in ihren Aussagen signifikant voneinander unterscheiden und damit auch mit hoher Wahrscheinlichkeit in der Bevölkerung Deutschlands, zeigen wir nach der Konvention hier und im Folgenden anhand von Sternchen: Irrtumswahrscheinlichkeiten bis zu 5 Prozent werden mit einem * markiert, bis zu 1 Prozent mit ** und bis zu 0,1 Prozent mit ***. Unterschiede mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von über 5 Prozent gelten im Folgenden als statistisch nicht signifikant („n. s.“).
Anhand von Duncan-Tests können wir schließen, bei welchen Gruppen anti-demokratischen Einstellungen signifikant stärker zugestimmt wird als bei anderen Gruppen. Die Ergebnisse des Duncan-Tests stehen immer unter den Abbildungen. So bedeutet beispielsweise im Fall des Vergleichs hier die Angabe „Erwerbstätige < Nicht-Erwerbstätige: Nicht-Arbeitsuchende, Hausmann/-frau < Rentner:innen, Arbeitsuchende“, dass Erwerbstätige signifikant geringere Zustimmungswerte äußern als Nicht-Erwerbstätige: Nicht-Arbeitsuchende, Hausmann/-frau, welche wiederum signifikant geringere Zustimmungswerte äußern als Rentner:innen und Arbeitsuchende.

Abbildung 5: Antwortverhalten nach Erwerbstätigkeit



*Signifikanzen: Erwerbstätige < Nicht-Erwerbstätige: Nicht-Arbeitsuchende, Hausmann/-frau < Rentner:innen, Arbeitsuchende*** (***: p ≤ 0,001)*

3.2 Soziale Lebenslagen

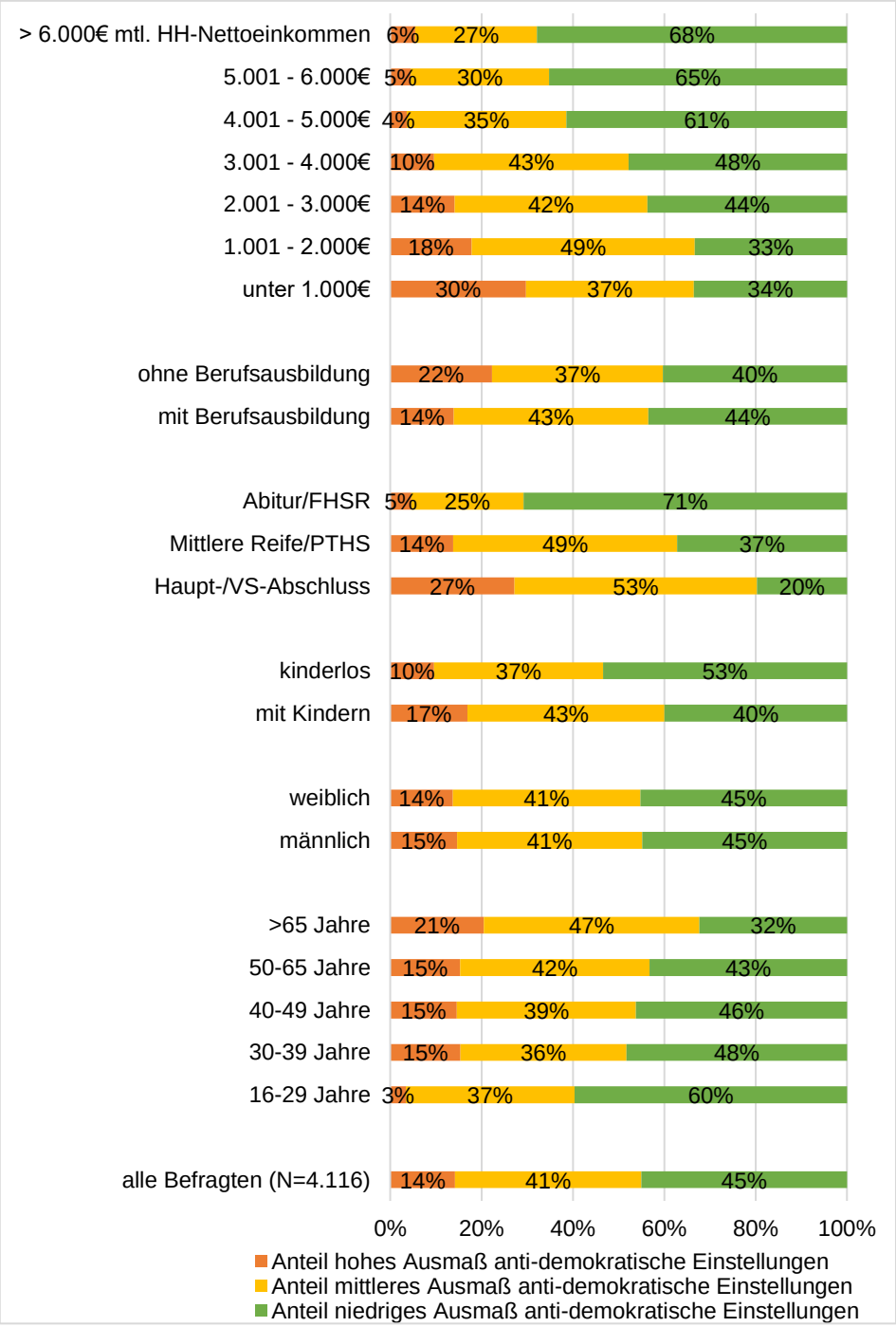
3.2.1 Soziodemographische Differenzen

Im nächsten Schritt analysieren wir, wie weit anti-demokratische Einstellungen in verschiedenen demographischen Subpopulationen verbreitet sind. Hierzu fokussieren wir das Geschlecht, das Alter, den Schul- und Berufsbildungsstand, das Einkommen und ob die Befragten Kinder haben (vgl. Abb. 6).

Bezüglich des Alters äußern die jüngsten Befragten klar das geringste Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen. Bemerkenswerterweise gilt für sieben der acht Subdimensionen, dass diese jüngste Altersgruppe signifikant niedrigere Werte aufweist als alle anderen Altersgruppen (einzige Ausnahme Sexismus, wobei auch hier die Werte der jüngsten unter den niedrigsten sind).

Im Gegensatz dazu – und wie bereits durch die oben erläuterten Rentner:innen-Befunde zu erwarten war – antwortete die älteste Befragtengruppe über 65 Jahren klar am stärksten anti-demokratisch. Ihr Antwortverhalten liegt signifikant höher als für alle anderen Altersgruppen für den rechtsgerichteten Autoritarismus, die Verschwörungsmythen, die Fremdenfeindlichkeit, den Sexismus und die Muslimenfeindlichkeit. In den Altersgruppen zwischen 30 und 65 Jahren lassen sich jedoch nur vergleichsweise geringe Differenzen aufzeigen.

Abbildung 6: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach soziodemographischen Faktoren (N = 4.116)



*Signifikanzen: 16–29 < 30–39, 40–49, 50–65 < ü65***; weiblich/männlich n. s.; kinderlos < mit Kindern***; Abitur < mittlere Reife < Hauptschulabschluss***; mit Berufsausbildung < ohne Berufsausbildung**; ü4.000 € < 2.001–4.000 € < 1.001–2.000 € < u1.000 €***; Abkürzungen: FHSR: Fachhochschulreife, PTHS: Polytechnische Hochschule, VS=Volksschule (***: p ≤ 0,001, **: p ≤ 0,01, n. s.: nicht signifikant)*

Ein uneinheitliches Bild ergibt sich, wenn man die Aussagen von Männern und Frauen vergleicht. Das Ausmaß an Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit ist unter Männern leicht, jedoch signifikant höher, bei der Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen gibt es kaum Differenzen.

Betrachtet man die Subdimensionen der Konzepte im Detail, so zeigt sich, dass Frauen stärker rechtsgerichteten Autoritarismus sowie Verschwörungsmythen teilen, aber weniger stark dem Politiker-/Parteienmisstrauen zustimmen. Frauen stimmen zudem den sexistischen und antisemitischen Aussagen seltener zu als Männer. In der Zustimmung zum Gesamtindikator anti-demokratische Einstellungen verbleibt dann kein signifikanter Unterschied im Antwortverhalten zwischen Männern und Frauen.

Erstaunlich ausgeprägte Differenzen lassen sich zudem bei dem Vergleich der Befragten mit Kind vs. den kinderlosen Befragten aufzeigen. Befragte mit Kindern äußern signifikant stärker Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit sowie rechtspopulistische Einstellungen. Dies gilt ausnahmslos für alle acht Subdimensionen. Weitergehende Analysen zeigen, dass diese Differenz insbesondere auf hohe Zustimmungswerte unter jungen Eltern zurückzuführen ist. Während junge, kinderlose Befragte mit sehr geringer Zustimmung auffallen, ist die Zustimmung unter jungen Eltern deutlich erhöht und nur geringfügig geringer als die von älteren Befragten.

Ebenfalls unterscheidet sich das Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach dem Schulabschluss der Befragten, insofern als Befragte mit Abitur/Fachholschulreife deutlich die geringste Zustimmung und Befragte mit Haupt-/Volksschulabschluss die stärkste Zustimmung äußern. Dabei zeigt sich der Befund der geringsten Zustimmung für Abiturient:innen für alle Subdimensionen – der für die höchste Zustimmung von Befragten mit Haupt-/Volksschulabsolvent:innen für sechs der acht Subdimensionen – nur bei der EU-Gegnerschaft und dem Politiker-/Parteienmisstrauen liegen ähnlich hohe Werte für Befragte mit mittlerer Reife vor.

Zudem ist erwähnenswert, dass für keine hier betrachtete demographische Gruppe solch hohe Zustimmungswerte wie für die Befragten mit Haupt-/Volksschulabschluss vorliegen. Beispielsweise stimmen unter ihnen mehr als 70 Prozent den Aussagen zum rechtsgerichteten Autoritarismus zu, rund ein Drittel von ihnen findet, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben und fast 30 Prozent von ihnen stimmen der antisemitischen Aussage zu.

Vergleicht man Befragte ohne Berufsausbildung mit jenen mit Berufsausbildung, so stimmen erstere den anti-demokratischen Einstellungen stärker zu. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Befragte ohne Berufsausbildung den Aussagen zur Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit

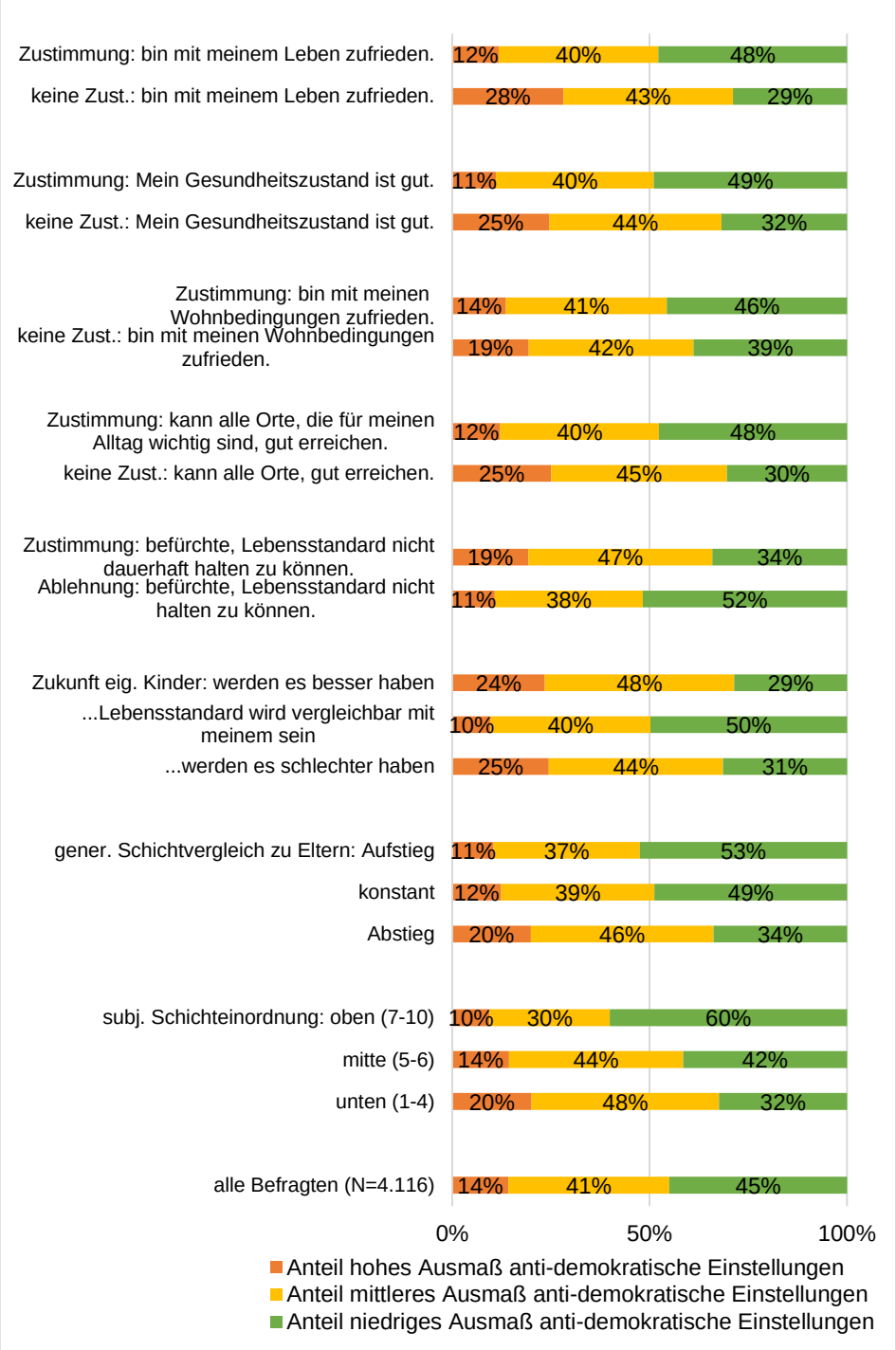
stärker zustimmen. Dies gilt insbesondere für die fremdenfeindlichen und sexistischen Aussagen, denen Befragte ohne Berufsausbildung teilweise mehr als doppelt so häufig zustimmen als Befragte mit Berufsausbildung. Für die rechtspopulistischen Aussagen lassen sich hingegen keine signifikanten Differenzen zwischen den beiden Gruppen aufzeigen.

Deutliche Differenzen zeigen sich im Vergleich der Haushaltsnettoeinkommensgruppen der Befragten. Hier sind es insbesondere Befragte in den niedrigsten Einkommensgruppen, die anti-demokratischen Einstellungen häufiger zustimmen. Die Differenz zwischen den Einkommensgruppen ist dabei für die Aussagen zu Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit noch stärker ausgeprägt als bei den rechtspopulistischen Einstellungen. Einer Mehrzahl der Aussagen zu Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit stimmen Befragte mit niedrigen Einkommen drei oder vier Mal so häufig zu wie Befragte mit hohen Einkommen. Auffällig ist zudem, dass in den höheren Einkommensgruppen ab 4.000 Euro monatlichem Haushaltsnettoeinkommen die Zustimmungsraten deutlich unter dem Gesamtschnitt aller Befragten liegen.

3.2.2 Weitere Schicht- und Lebenslagenindikatoren

Betrachten wir weitere Indikatoren der Schicht und der sozialen Lebenslage (Abb. 7), lassen sich erneut Differenzen im Ausmaß der anti-demokratischen Einstellungen auffinden. Im Einklang mit den Einkommensbefunden zeigt sich bei der subjektiven Schichtzuordnung, dass diejenigen Befragten, die sich selbst auf einer zehnstufigen Skala eine eher niedrige Schicht zugeordnet haben (1–4) signifikant häufiger anti-demokratische Einstellungen teilen als Befragte mit höheren Schichtzuordnungen. Gleichzeitig zeigen Befragte, die sich den höchsten Schichtwerten (7–10) zugeordnet haben, die signifikant geringste Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen und Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit.

Abbildung 7: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Lebenslage (N = 4.116)



*Signifikanzen: Lebenszufriedenheit***; Gesundheitszustand***; Wohnzufriedenheit**; Mobilität***; Zukunft Kinder vergleichbar < Zukunft Kinder besser, schlechter***; subjektive Schicht oben < Mitte < unten***; generationale Mobilität: Aufstieg < konstant < Abstieg*** (***: p ≤ 0,001, **: p ≤ 0,01)*

Als ebenfalls wichtig erscheint der generationale Schichtvergleich. Hier haben wir erhoben, wie die Befragten ihre eigene Schicht im Vergleich zu der ihrer Eltern einstufen – und zwar verglichen mit der Zeit, in der die Eltern selbst Kind waren. Insbesondere diejenigen Befragten, die hier einen generationalen Abstieg äußern – sich also selbst einer niedrigeren Schicht als ihren Eltern zuordnen – stimmen den anti-demokratischen Aussagen auffallend häufig zu.

Interessanterweise sind die Befunde für den zukünftigen generationalen Schichtvergleich etwas anders. Hier haben wir die Befragten mit eigenen Kindern gefragt, wie sie den zukünftigen Lebensstandard ihrer eigenen Kinder einschätzen. Hier äußern diejenigen, die einen ähnlichen Lebensstandard für die eigenen Kinder erwarten, das geringste Ausmaß an anti-demokratischen Einstellungen. Sowohl Befragte, die glauben, dass ihre eigenen Kinder es *schlechter* haben werden, als auch Befragte, die glauben, dass ihre eigenen Kinder es *besser* haben werden als man selbst, fallen hier mit überdurchschnittlichen Zustimmungswerten auf. Ersteres mag in fehlender generationaler Aufstiegsperspektive und letzteres in gegenwärtiger eigener Benachteiligung begründet sein.

Deutlich klarer sind die Differenzen, wenn die eigene Abstiegsangst betrachtet wird. Hier äußern Befragte, die befürchten, ihren Lebensstandard nicht dauerhaft halten zu können, deutlich häufiger anti-demokratische Einstellungen als Befragte, die diese Angst nicht teilen.

Eindeutig sind auch die Differenzen der weiteren Lebenslagenindikatoren, die Mobilität, Wohn- und Lebenszufriedenheit und Gesundheit erfassen, die in bisherigen Studien eher seltener als Prädiktoren anti-demokratischer Einstellungen aufgefallen sind (vgl. Onraet/van Hiel/Dhont 2013): Befragte, die hier Unzufriedenheit, Beschränkungen oder Mängel äußern, stimmen rechtspopulistischen Einstellungen und Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit häufiger zu als Befragte, die hier zufrieden sind.

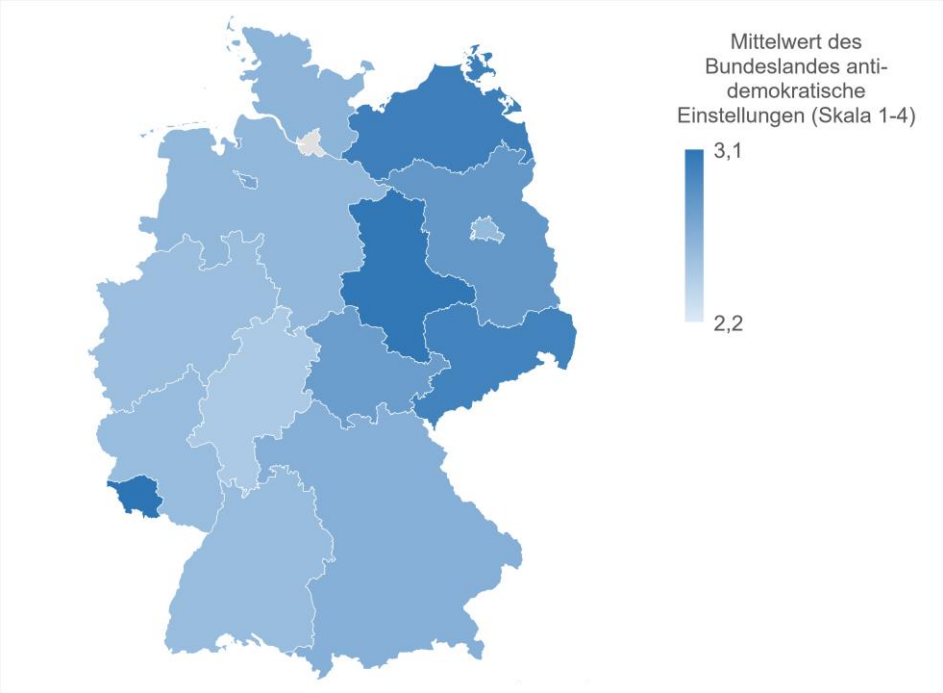
3.2.3 Regionale Indikatoren

Auch regionale Faktoren spielen eine Rolle, wie in diesem Abschnitt gezeigt wird. Die Betrachtung der Verbreitung nach Bundesland (Abb. 8) zeigt zweierlei. Zum einen fallen die fünf ostdeutschen Bundesländer mit hohen durchschnittlichen Zustimmungswerten auf – dies gilt im Übrigen sowohl für rechtspopulistische als auch menschenfeindliche Einstellungen. Dieser Befund ist alles andere als neu und zeigt sich bereits seit Jahrzehnten immer wieder in Studien.

Zum anderen zeigen sich in den westdeutschen Bundesländern lediglich für das Saarland und Bremen (jedoch hier bei nur geringen Fallzah-

len) höhere Zustimmungswerte, die das Niveau der ostdeutschen Bundesländer erreichen oder ihnen ähneln.

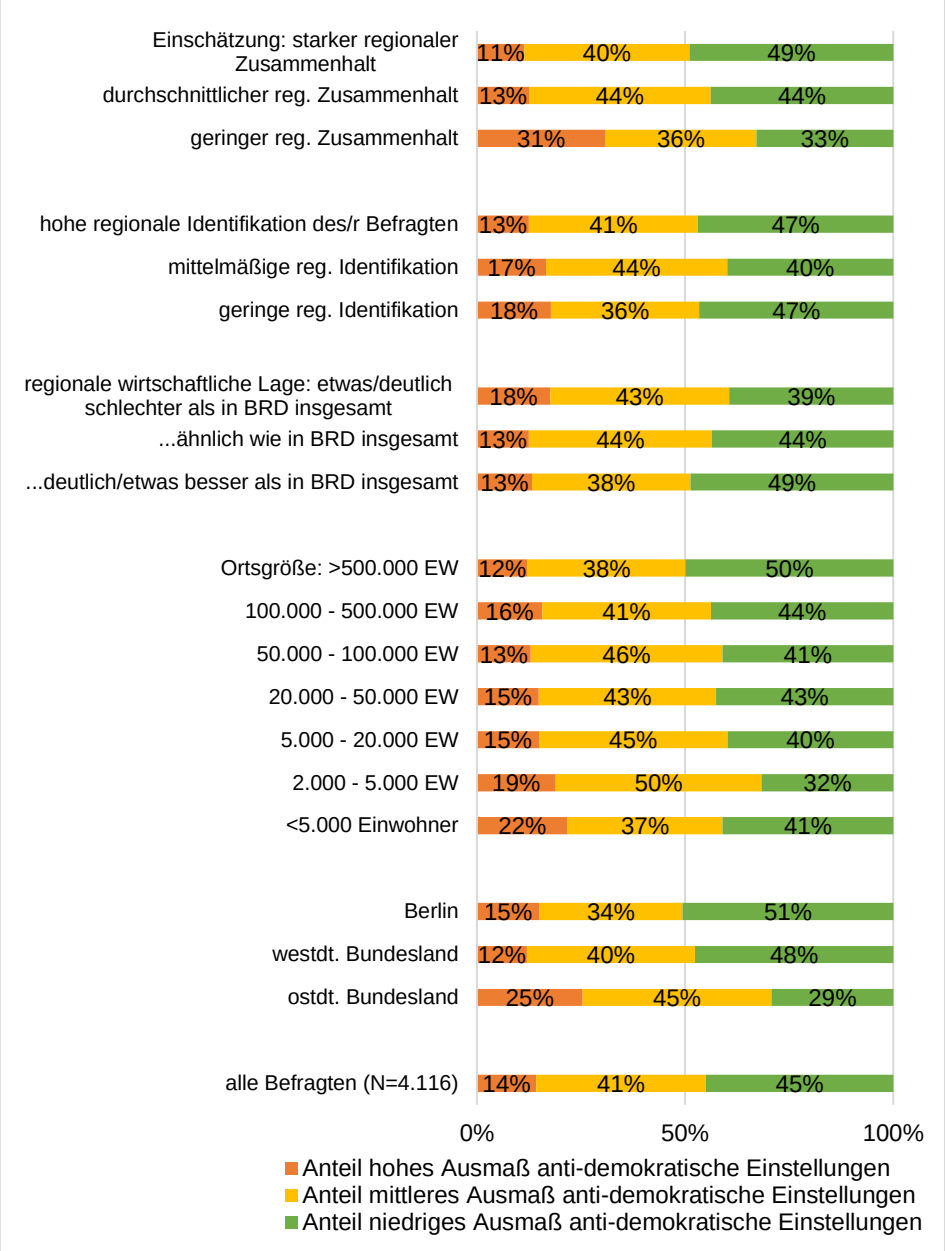
Abbildung 8: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen im Bundeslandvergleich (N = 4.116)



Signifikanzen: HH < HE < BW, NRW, RP, B, NS, BY, SH < TH < HB < BRA < MV < SACA < SAC < SAAR

Für weitere regionale Indikatoren sind ebenfalls Differenzen vorhanden (Abb. 9). Die Ortsgröße der Befragten spielt eine Rolle für das Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach dem Muster: je bevölkerungsreicher der Wohnort, desto geringer die Zustimmung. In Orten mit 2.000 bis 5.000 Einwohnern ist der Anteil der Befragten, die nur ein niedriges Ausmaß an Zustimmung angeben, besonders gering. In den noch kleineren Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern gibt es zwar mehr Befragte, die ein geringes Ausmaß äußern, jedoch auch klar den höchsten Anteil an Befragten mit hohem Ausmaß rechtspopulistischer und menschenfeindlicher Einstellungen.

Abbildung 9: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach regionalen Faktoren (N = 4.116)



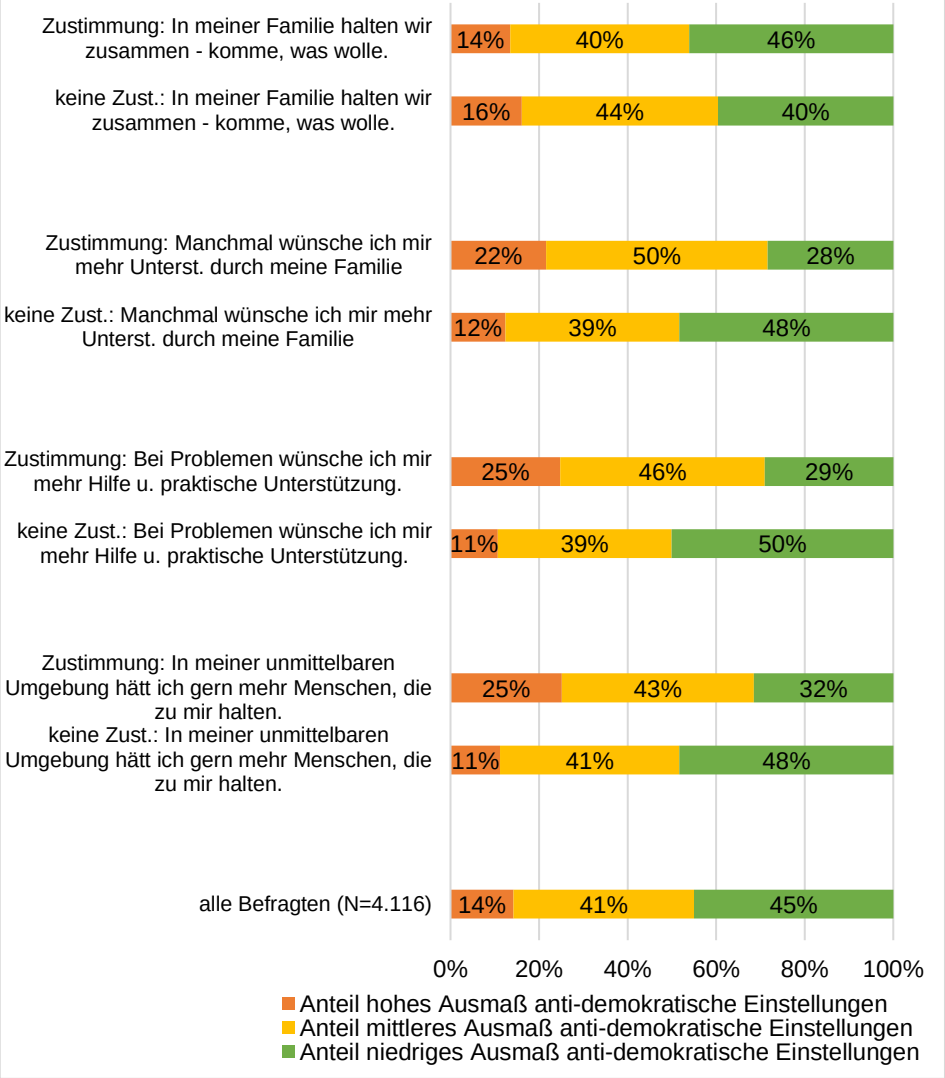
*Signifikanzen: West, Berlin < Ost***; hohe reg. Identifikation < geringe reg. Identifikation***; starker Zusammenhalt < durchschnittlicher Zusammenhalt < geringer Zusammenhalt***; Ortsgröße ü500.000 < 5.000–500.000 < u2000 < 2000–5000***; überdurchschnittliche wirtschaftliche Lage < durchschn. wirtschaftliche Lage < unterdurchschnittliche wirtschaftliche Lage*** (***: p ≤ 0,001, **: p ≤ 0,01)*

Zudem haben wir die Befragten gebeten, die Region, in der sie leben, bezüglich der wirtschaftlichen Lage, des regionalen Zusammenhalts und der eigenen Identifikation mit der Region zu bewerten. Hier zeigt sich, dass Befragte, die die wirtschaftliche Lage der Region als unterdurchschnittlich einschätzen, und vor allem auch Befragte, die den regionalen Zusammenhalt als gering bewerten, mit erhöhtem Zuspruch auf. Unterdurchschnittlich ist das Zustimmungsausmaß bei Befragten, die eine hohe regionale Identifikation angeben.

3.2.4 Soziale Unterstützung

Als ebenfalls relevant erscheint das Thema der wahrgenommenen sozialen Unterstützung der Befragten, der bereits im Kontext der Theorie sozialer Desintegration (Anhut & Heitmeyer 2005) als geringe „emotionale Anerkennung“ eine der drei Quellen sozialer Anerkennung darstellt und sich als eng mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpft zeigt: Diejenigen, die angaben, dass sie sich in ihrer unmittelbaren Umgebung, bei Problemen oder durch ihre Familie mehr Unterstützung wünschen würden, stimmen signifikant häufiger den rechtspopulistischen Aussagen und den Aussagen der Gruppenbezogenen Menschfeindlichkeit zu als Befragte, die hier keinen Mangel erleben (Abb. 10). Ein bedingungsloses Zusammenhalten innerhalb der Familie ist hingegen eher mit höherer Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen verknüpft.

Abbildung 10: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach sozialer Unterstützung (N = 4.116)



*Signifikanzen: In meiner Familie halten wir zusammen – komme, was wolle**; alle anderen Aussagen*** (***: p ≤ 0,001)*

3.3 Arbeit und Erwerbstätigkeit

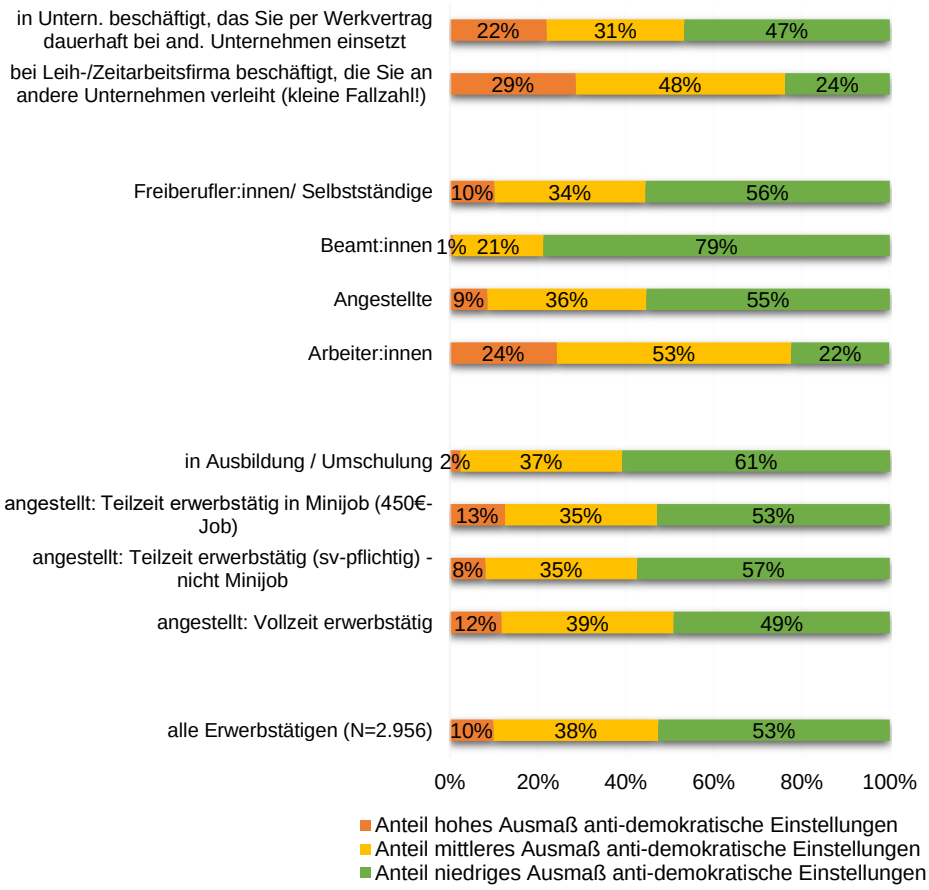
Für die folgenden Analysen fokussieren wir uns auf die Erwerbstätigen in der Stichprobe, sodass sich die Fallzahl von 4.116 auf 2.956 Befragte reduziert. Im Folgenden werden in einem ersten Schritt Unterschiede im Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen zwischen Befragten mit verschiedenen Erwerbsbedingungen dargestellt. Zudem wurden die Einstellungen der Erwerbstätigen zu den zwei Studien-Fokusthemen „Digitali-

sierung“ und „sozial-ökologischer Wandel“ erfasst, die in einem zweiten Schritt vorgestellt und ebenfalls in Bezug zu anti-demokratischen Einstellungen gesetzt werden.

3.3.1 Berufsgruppen, Erwerbsbedingungen und Branchen

Zunächst der Vergleich verschiedener Berufsgruppen und Erwerbssituationen (Abb. 11): Zwischen Vollzeit- und Teilzeitangestellten lassen sich kaum Unterschiede aufzeigen. Ein etwas geringeres Ausmaß an anti-demokratischen Einstellungen zeigt sich für selbstständig/freiberuflich tätige Personen sowie für Befragte in Ausbildung/Umschulung.

Abbildung 11: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Formen der Erwerbstätigkeit (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: in Ausbildung < angestellt (alle)***; Beamt:innen < Angestellte, Freiberufl./Selbst. < Arbeiter:innen***; Leiharb./Zeitarb.***; mit Werkvertrag*** (***: p ≤ 0,001)*

Deutlich markanter sind die Differenzen nach Berufsstatus, da hier Arbeiter:innen mit den deutlich höchsten und Beamt:innen mit den deutlich geringsten Zustimmungswerten auffallen. Die Differenzen zwischen diesen beiden Gruppen sind enorm. Schließlich zeigen sich auch für prekär beschäftigte Befragte, die per Werkvertrag bei einem Unternehmen eingesetzt werden oder bei einer Leih-/Zeitarbeitsfirma beschäftigt sind und an andere Unternehmen verliehen werden überdurchschnittlich hohe Zustimmungswerte.[8]

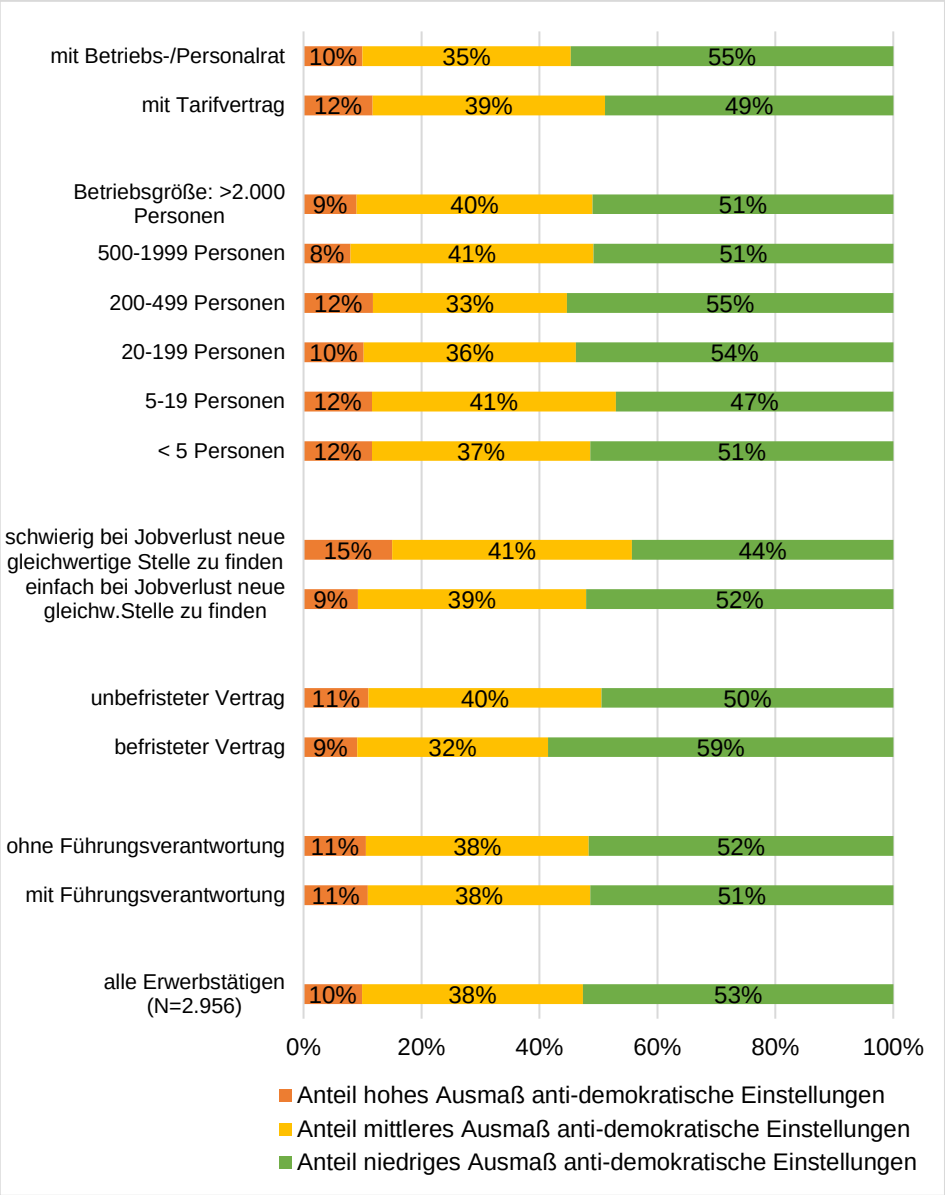
Weitere Indikatoren der objektiven Arbeitsbedingungen haben indes weniger Relevanz (Abb. 12). Ob die Befragten in ihrem Beruf Führungsverantwortung haben oder nicht oder wie groß der Betrieb ist, in dem sie arbeiten, hat keinen Einfluss. Ob die Befragten einen unbefristeten oder befristeten Vertrag haben, spielt für das Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen ebenfalls eine untergeordnete Rolle: im absoluten Ausmaß stimmen sogar Befragte mit unbefristetem Vertrag häufiger zu als Befragte mit befristetem Vertrag.

Dies geht jedoch auf deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung der Gruppen „Befristete“ und „Unbefristete“ zurück. Die kleinere Gruppe der „Befristeten“ setzt sich stärker aus sehr jungen und sehr alten Erwerbstätigen zusammen und hat im Durchschnitt deutlich höhere Bildungsabschlüsse aufzuweisen als die „Unbefristeten“. Allein die statistische Kontrolle der Bildungsabschlüsse lässt die Differenzen zwischen „Befristeten“ und „Unbefristeten“ verschwinden – oder anders formuliert: bei gleichem Schulabschluss zeigen sich keine signifikanten Differenzen zwischen Befragten mit und ohne Befristung im Zustimmungsausmaß zu anti-demokratischen Einstellungen.

Als relevant erscheint indes, wie schwierig es für die Befragten wäre, bei Jobverlust eine neue gleichwertige Stelle zu finden. Befragte, die dies als schwierig einstufen, stimmen häufiger Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und rechtspopulistischen Einstellungen zu als Befragte, die dies als eher leicht einstufen würden.

8 Hier gilt es jedoch zu beachten, dass die Fallzahlen für letztere Gruppe zu klein sind, als dass verlässliche Aussagen getätigt werden können.

Abbildung 12: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach weiteren Erwerbstätigkeitsindikatoren (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Führungsverantwortung n. s.; befristet < unbefristet**; neuen Job finden nicht schwierig < schwierig***; Betriebsgröße n. s.; ohne TV < mit TV***; mit BR/PR < ohne BR/PR*** (***: p ≤ 0,001, **: p ≤ 0,01, n. s.: nicht signifikant)*

Bei den Befunden zum Vorhandensein eines Betriebs-/Personalrats oder eines Tarifvertrags lohnt ein genauer Blick. Befragte mit Betriebs-/Personalrat äußern seltener anti-demokratische Einstellungen als Befragte ohne Betriebs-/Personalrat. Dieser Befund deutet in die Richtung, dass

Interessenvertretungen im Betrieb gelebte Betriebsdemokratie darstellen und die Einstellungen der Belegschaft positiv beeinflussen können.

Zwar zeigen die Ergebnisse auch, dass Befragte mit Tarifvertrag häufiger anti-demokratische Einstellungen teilen als Befragte ohne Tarifvertrag, jedoch geht dieser Befund auf die unvorteilhafte, da auch sonst stärker benachteiligte Zusammensetzung der Gruppe „Befragte mit Tarifvertrag“ zurück, die sich häufiger aus Befragten mit niedrigen Einkommen und/oder niedrigen Bildungsabschlüssen zusammensetzt. Sobald statistisch für diese Variablen kontrolliert wird, verschwindet der Effekt des Tarifvertrags auf anti-demokratische Einstellungen. In anderen Worten: wenn Befragte mit und ohne Tarifvertrag mit gleicher Bildung und gleichem Einkommen verglichen werden, zeigen sich keine Unterschiede in dem Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen.

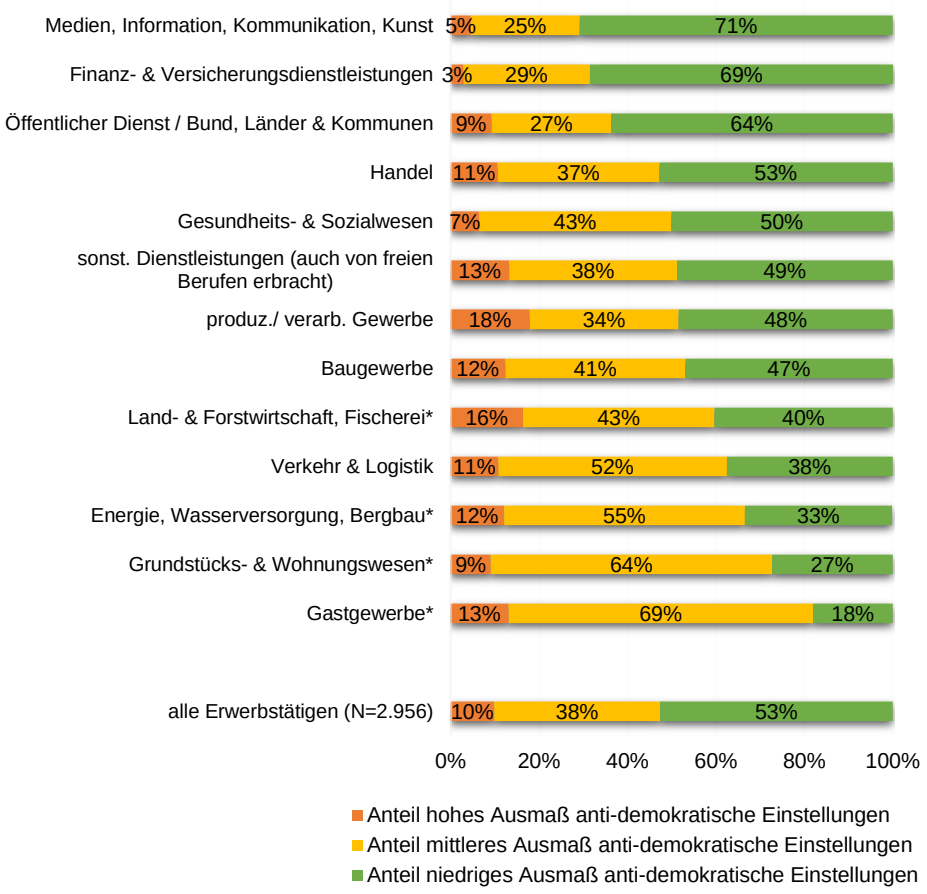
Zudem zeigen komplexere Pfadanalysen, dass das Vorhandensein eines Betriebs-/Personalrats oder eines Tarifvertrags mit besseren Arbeitsbedingungen assoziiert ist, was wiederum mit geringerer Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängt. Anders gesagt: häufig (jedoch nicht immer) ist das Vorhandensein von Betriebs-/Personalräten oder Tarifverträgen mit besseren Arbeitsbedingungen verknüpft. In diesen Fällen gelingt es dann auch häufig mit demokratischen Betriebskulturen und guten Arbeitsbedingungen, Belegschaften vor anti-demokratischen Einstellungen zu schützen.

Auch lassen sich Differenzen nach Branche aufzeigen (Abb. 13). Befragte im öffentlichen Dienst, der Medien-, Informations-, Kommunikations- und Kulturbranche, aber auch der Finanz- und Versicherungsdienstleistungsbranche fallen mit unterdurchschnittlicher Zustimmung auf, während Befragte in der Verkehr- und Logistikbranche überdurchschnittlich häufig den anti-demokratischen Einstellungen zustimmen.[9]

Sobald für die in den Branchen ungleich verteilten demographischen und Lebenslagenfaktoren in komplexeren Modellen kontrolliert wird, verbleiben folgende Effekte: Befragte im zuletzt in der Corona-Pandemie stark betroffenen Gastgewerbe stimmen stärker rechtspopulistischen Einstellungen zu – nicht jedoch menschenfeindlichen Einstellungen. Für Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit fallen Befragte in der Medien-, Informations-, Kommunikations- und Kulturbranche mit geringerer Zustimmung auf – auch unter Berücksichtigung zahlreicher weiterer Lebenslagenindikatoren.

9 Hier ist zu erwähnen, dass für einige weitere Branchen die Fallzahl im Datensatz zu klein ist, um verlässliche Aussagen über die Mittelwerte zu tätigen.

*Abbildung 13: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Branchen (N = 2.956, nur Erwerbstätige, *=kleine Fallzahlen)*

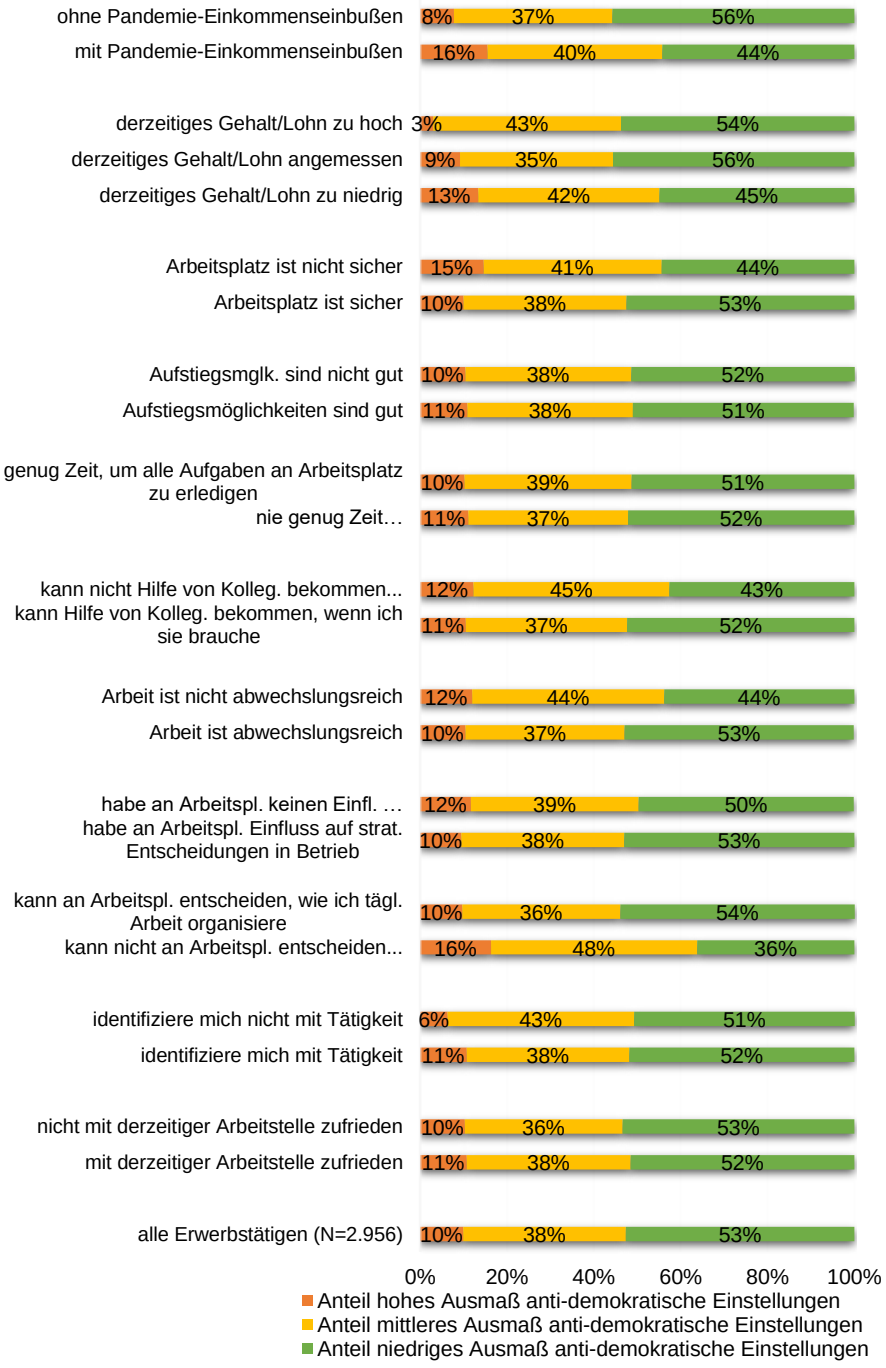


*Signifikanzen: MIKK, Fin. u. Ver. < Ges. u. Soz., Handel < sonst. DL, Bau, Prod. u. verarb. Gewerbe < Gastgewerbe*** (***: p ≤ 0,001)*

Betrachtet man die Erwerbsbedingungen im Detail (Abb. 14), lassen sich weitere Differenzen im Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen aufzeigen. Konkret erlebte Mitbestimmung, Abwechslung und Arbeitsplatzsicherheit spielen eine Rolle, da Befragte, die dies für ihre Arbeit angeben, geringere Zustimmungswerte aufzeigen. Auch eine subjektiv empfundene zu geringe Entlohnung ist mit stärkerer Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen verknüpft.

Zudem zeigen sich signifikante Differenzen zwischen Befragten, die zuletzt während der Pandemie Einkommenseinbußen im Haushalt hinnehmen mussten im Vergleich zu denen, die keine Einbußen hatten. Befragte ohne Einbußen stimmen seltener anti-demokratischen Einstellungen zu als Befragte mit Einbußen. Keine signifikanten Unterschiede lassen sich für die Zufriedenheit und Identifikation mit der Tätigkeit und beim Zeitstress und den Unterstützungsmöglichkeiten erkennen.

Abbildung 14: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach weiteren Erwerbsbedingungen (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Einbußen***; Gehalt zu hoch, angemessen < zu niedrig***; sicher***; Aufstiegsmöglichkeiten n. s.; Zeitstress n. s.; Hilfe*; abwechslungsreich*; Einfluss auf strateg, Entscheidungen*; tägliche Arbeit organisieren***; Identifikation n. s.; Zufriedenheit n. s. (***: $p \leq 0{,}001$, *: $p \leq 0{,}05$, n. s.: nicht signifikant)*

3.3.2 Erwerbsklassen, Arbeitslogiken und Berufsprestige

Im Folgenden werden anhand des Erwerbsklassenschemas von Oesch (2006) verschiedene Berufsgruppen in ihrer Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen unterschieden. Oeschs Schema unterteilt nicht nur in vier hierarchische Qualifikationsränge, sondern darüber hinaus auch noch in vier horizontale Arbeitslogiken (vgl. Abb. 15). Auf diese Art und Weise entstehen 16 Erwerbsklassen, die wir mit den Daten anhand der zugewiesenen ISCO-Berufscodierung abbilden können. Für die Abbildung aller 16 Erwerbsklassen sind jedoch einige Klassen nur mit geringen Fallzahlen unter 100 Befragten gefüllt, sodass es sich anbietet, ein reduziertes ebenfalls von Oesch (2006) vorgeschlagenes Acht-Klassen-Schema zu betrachten, bei dem jedoch in allen acht Klassen über 100 Befragte vorhanden sind.

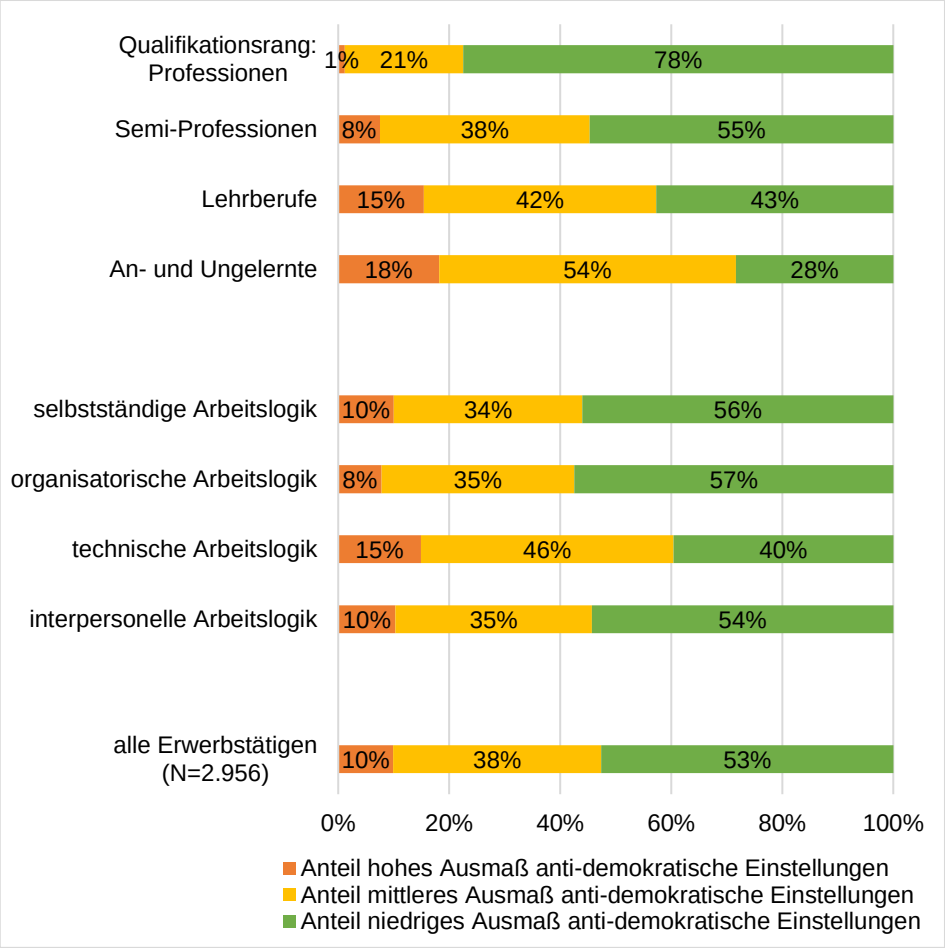
Abbildung 15: Schematische Übersicht der 16 Erwerbsklassen mit eingetragenen acht reduzierten Klassen

	Arbeitnehmer			Selbstständige
Qualifikationsrang	**Gesellschaftlich notwendige Dienstleitungen** Interpersonelle Arbeitslogik	**Industrie, Handwerk, Landwirtschaft** Technische Arbeitslogik	**Öffentliche und privatwirtschaftliche Verwaltuing** Organisatorische Arbeitslogik	Selbstständige Arbeitslogik
Professionen (Berufe mit Hochschulausbildung - 'akademische Berufe')	**Soziokulturelle Experten** Höhere Bildungs-, Medizin-, Kultur- und Publizistikberufe **Sozio-kulturelle Spezialist:innen**	**Technische Experten** Ingenieur-, Informatik- und Architekturberufe **Technische Spezialist:innen**	**Oberes Management** Höhere Verwaltungs-, Finanz- und Vermarktungsberufe **Manager:innen**	***Grosse u. mittl. Unternehmer*** *Industrie, Handel, Finanzen* ***Freie Berufe*** *Rechts-, Medizin, Technikberufe usw* **Traditionelle Bourgeoisie**
Semiprofessionen (Berufe mit höherer Fachausbildung - 'halbakademische Berufe')	**Soziokulturelle Semi-professionen** Erziehungs-, Sozialarbeits- und Therapiefachberufe	**Technische Semi-professionen** Computer-, Elektro- und Überwachungstechniker	**Unteres Management** Verwaltungs-, Buchhaltungs- und Rechtsberufe	**Kleingewerbe mit (1-9) Beschäftigten** In *Handel, Gastronomie*, Handwerk, Landwirtschaft
Lehrberufe (Berufe mit Fachlehre – ‚skilled employees')	**Qualifizierte Dienstleistende** Verkaufs-, Ordnungs-, Gastronomie-, Pflege-, Betreuungs- und Schönheitsberufe **Dienstleistungsarbeiter:innen**	**Qualifizierte Facharbeiter und Fachhandwerker** Facharbeiter-, Elektro- , Mechaniker- und Handwerksberufe **Qualifizierte techn. Fachkräfte in Land- und Fortstwirtschaft**	**Qualifizierte Büro- und Verwaltungs-fachkräfte** Büro-, Finanz-, und Sekretariats-fachkräfte	**Kleingewerbe ohne Beschäftigte** In *Handel, Gastronomie*, Handwerk, Landwirtschaft **Kleingewerbe**
An- und Ungelernte (gering qualifizierte. Arbeitskräfte – ‚routine employees')	**Gering qualifizierte Dienstleistende** Verkaufs- und Dienstpersonal	**Gering quali-fizierte Arbeiter** in Pro-duktion. Transport **Gering quali-fizierte Arbeiter** in Land- u. Forst-wirtschaft **Produktions-arbeiter:innen**	**Gering qualifizierte Verwaltungskräfte** Kassierer-, Büro-, Boten- und Lagerberufe **Bürokräfte**	./.

Quelle: Oesch 2006; eigene Erweiterung der Darstellung

Betrachten wir zunächst, inwieweit sich Befragte nach ihrem Qualifikationsrang und ihrer Arbeitslogik im Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen unterscheiden, ergibt sich folgendes Bild (Abb. 16): Bei der Unterscheidung nach Arbeitslogiken fallen nur geringe Differenzen auf. Einzig die Befragten, die der technischen Arbeitslogik zugeordnet werden, fallen sowohl mit signifikant stärkerer Zustimmung zu rechtspopulistischen als auch menschenfeindlichen Aussagen auf. Deutlich markanter sind die Differenzen bezüglich des Qualifikationsrangs: je niedriger dieser ist, desto stärker die Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen. Besonders gering ist demnach die Zustimmung im Qualifikationsrang der Professionen.

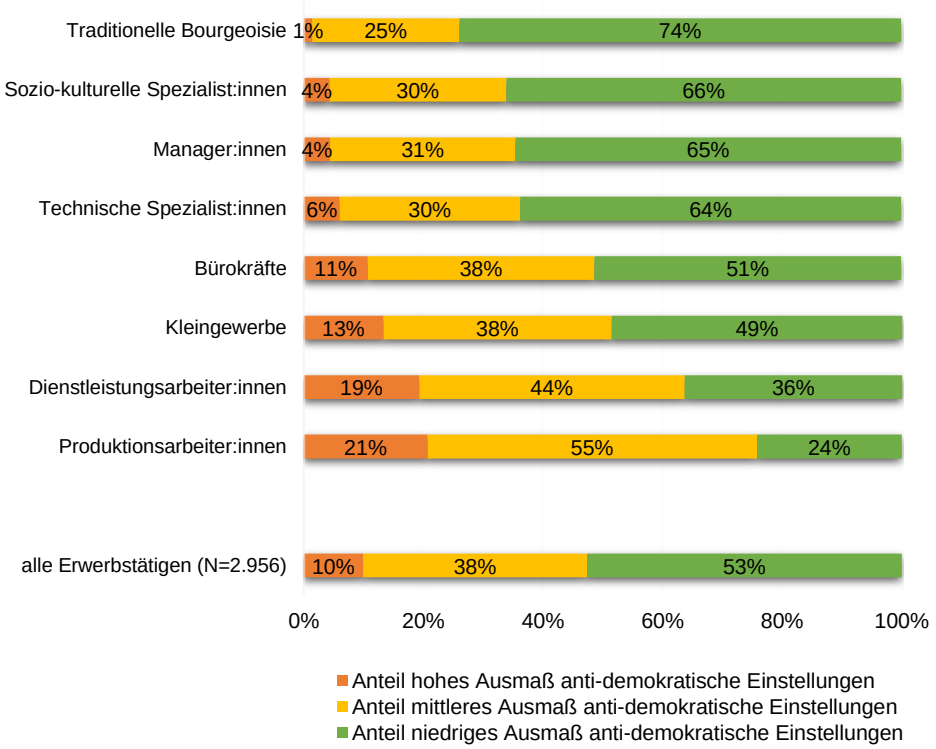
Abbildung 16: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Qualifikationsrang (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Professionen < Semi-Professionen < Lehrberufe < An- u. Ungelernte***; organisatorische, selbstständige, interpersonelle Arbeitslogik < technische Arbeitslogik*** (***: p ≤ 0,001)*

Betrachten wir die acht Erwerbsklassen separat (Abb. 17) fallen die Dienstleistungs- sowie die Produktionsarbeiter:innen mit klar der höchsten Zustimmung auf. Hingegen weisen alle vier Klassen der Professionen (Sozio-kulturelle und technische Spezialist:innen, sowie Manager:innen und traditionelle Bourgeoisie) eindeutig die geringsten Zustimmungswerte auf.

Abbildung 17: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen in acht Erwerbsklassen (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Traditionelle Bourgeoisie < Technische Spezialist:innen < Bürokräfte, Kleingewerbe < Dienstleistungsarbeiter:innen < Produktionsarbeiter:innen*** (***: p ≤ 0,001)*

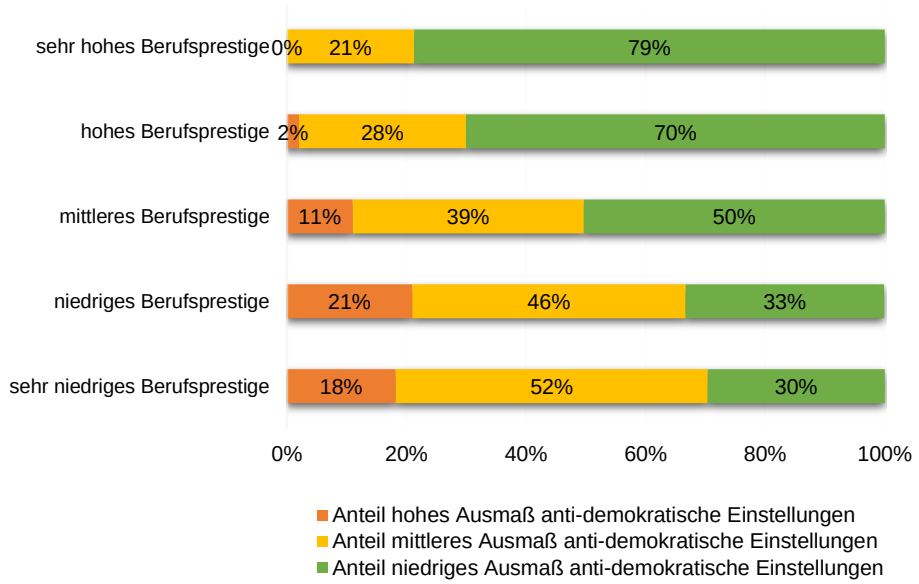
Abschließend wird in diesem Abschnitt das Berufsprestige betrachtet. Hierzu verwenden wir die Treiman-Berufsprestigeskala (Ganzeboom & Treiman, 2003; Treiman, 1977) – eine standardisierte berufliche Prestigeskala, die ursprünglich in 55 Ländern entwickelt wurde, indem Befragte aufgefordert wurden, Berufsbezeichnungen hinsichtlich ihres sozialen Ansehens zu beurteilen und eine Rangreihe zu bilden. Aus diesen Rangreihen wurde eine Skala zur Messung des Prestiges entwickelt, nach der jeder ISCO-codierten Berufsangabe ein entsprechender Prestige-Wert

zugeordnet werden kann. Diese Prestige-Werte haben wir dann nochmal in fünf Stufen unterteilt nach sehr niedrigem bis sehr hohen Berufsprestige.

Abbildung 18 zeigt, dass hier weitgehend ein linearer Zusammenhang mit anti-demokratischen Einstellungen vorliegt: je höher das Berufsprestige der Befragten, desto geringer die Zustimmung. Lediglich Befragte mit niedrigem oder sehr niedrigem Berufsprestige unterscheiden sich nicht signifikant in ihrem Zustimmungsausmaß. Der Einfluss des Berufsprestiges bleibt auch dann noch bestehen, wenn berücksichtigt wird, dass Befragte mit hohem Berufsprestige auch generell vorteilhaftere Lebenslagen, also höhere Einkommen und bessere Bildungsabschlüsse aufweisen.

Somit erweist sich hier der gesellschaftlich zugewiesene Berufsstatus als zusätzlich zum individuellen sozioökonomischen Status der Person relevant: Wenn Befragte einem Beruf nachgehen, der von der Gesellschaft wenig geschätzt wird, ist dies eng mit anti-demokratischen Einstellungen verknüpft. Eine verwehrte gesellschaftliche „positionale Anerkennung“ wird bereits im Kontext der Theorie sozialer Desintegration (Anhut & Heitmeyer 2005) als einer der drei Anerkennungsquellen genannt, welche sich als zentral für die Ausprägung anti-demokratischer Einstellungen erweisen.

Abbildung 18: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Berufsprestige (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: sehr hoch < hoch < mittel < niedrig, sehr niedrig*** (***: p ≤ 0,001)*

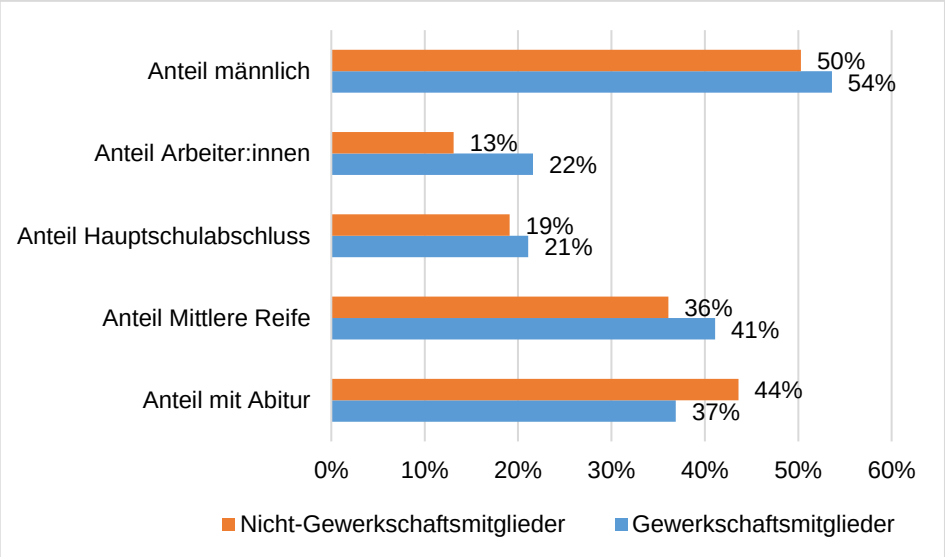
3.3.3 Gewerkschaftsmitgliedschaft

Der Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmitgliedschaft und rechtsextremen oder auch rechtspopulistischen Einstellungen wurde in der Vergangenheit mit der „Spiegelthese“ beschrieben (Stöss 2007), die besagt, dass sich in Gewerkschaften politische Einstellungen der Breite der Gesellschaft wiederfinden, sodass auch rechtspopulistische oder gar rechtsextreme Einstellungen unter Mitgliedern ähnlich verteilt sind wie unter Nicht-Mitgliedern.

Frühere Studien zu rechtspopulistischen Einstellungen bestätigten auch meist diesen Befund, indem sie z. B. zeigten, dass sich das Ausmaß rechtsextremer Einstellungen (Kiess & Schmidt 2020) oder dem AfD-Wahlpotenzial (Hilmer et al. 2017) nicht zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern unterschied. Bezogen auf menschenfeindliche Einstellungen zeigte sich zudem teilweise der Befund, dass Befragte, die Mitglied in einer Gewerkschaft sind, eher häufiger zu Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit neigen als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder (z. B. Zick, Mokros & Berghan 2019).

Bei den meisten dieser Studien wird jedoch nicht berücksichtigt, dass sich Gewerkschaftsmitglieder auch spezifisch zusammensetzen. Dies wird auch in unseren Daten deutlich: rund 18 Prozent der befragten Erwerbstätigen äußerten, dass sie Mitglied in einer Gewerkschaft sind. Einige Gruppen sind hier aber teilweise deutlich überrepräsentiert (vgl. Abb. 19).

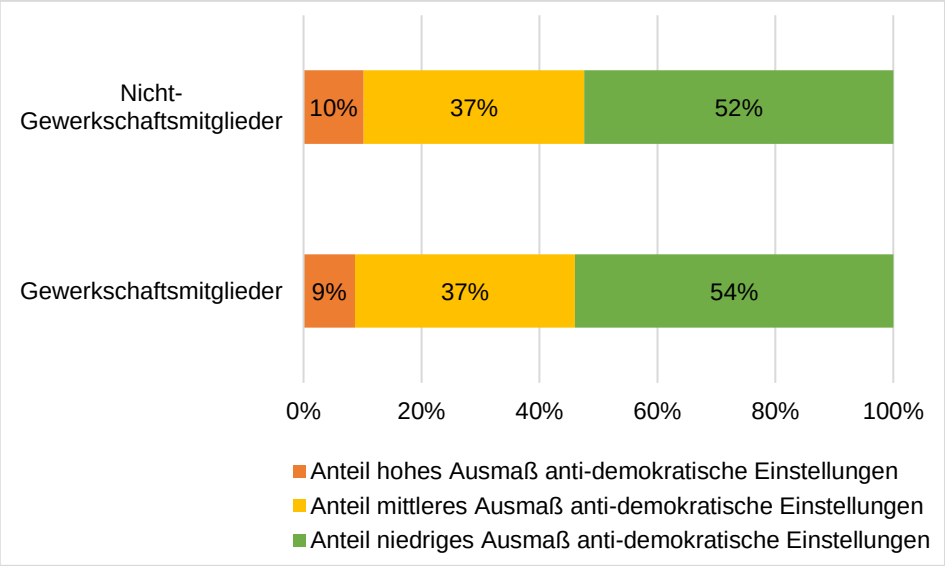
Abbildung 19: Vergleich Zusammensetzung „Gewerkschaftsmitglieder“ vs. Nicht-Gewerkschaftsmitglieder unter Erwerbstätigen



Im Fall der in Abbildung 19 abgetragenen Gruppen handelt es sich, wie die bisherigen Analysen gezeigt haben, um Gruppen, die auch sonst eher mit höherer Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen auffallen. Konkret setzen sich erwerbstätige Gewerkschaftsmitglieder also überdurchschnittlich häufig aus Männern, Arbeiter:innen und Befragten mit eher niedrigeren Schulabschlüssen zusammen.

Vergleicht man nun die Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Gewerkschaftsmitgliedern zeigt sich Folgendes (vgl. Abb. 20):

Abbildung 20: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Gewerkschaftsmitgliedschaft (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



Signifikanzen: Gewerkschaftsmitgliedschaft nicht signifikant

Unter Gewerkschaftsmitgliedern ist der Zuspruch zu anti-demokratischen Einstellungen minimal kleiner. Diese Differenz erweist sich jedoch als statistisch nicht signifikant.

Sobald jedoch die bezüglich der Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen eher nachteilige soziodemographische Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigt wird, zeigen sich signifikante Differenzen insofern, als Gewerkschaftsmitglieder beispielsweise bei gleichem Bildungsstand in geringerem Ausmaß anti-demokratische Einstellungen zustimmen als Nicht-Gewerkschaftsmitglieder. Dies gilt sowohl für die Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen als auch für die Zustimmung zu Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit. In zusätzlichen Analysen zeigt sich dieser Befund zudem genauso für die Wahlpräferenz AfD.

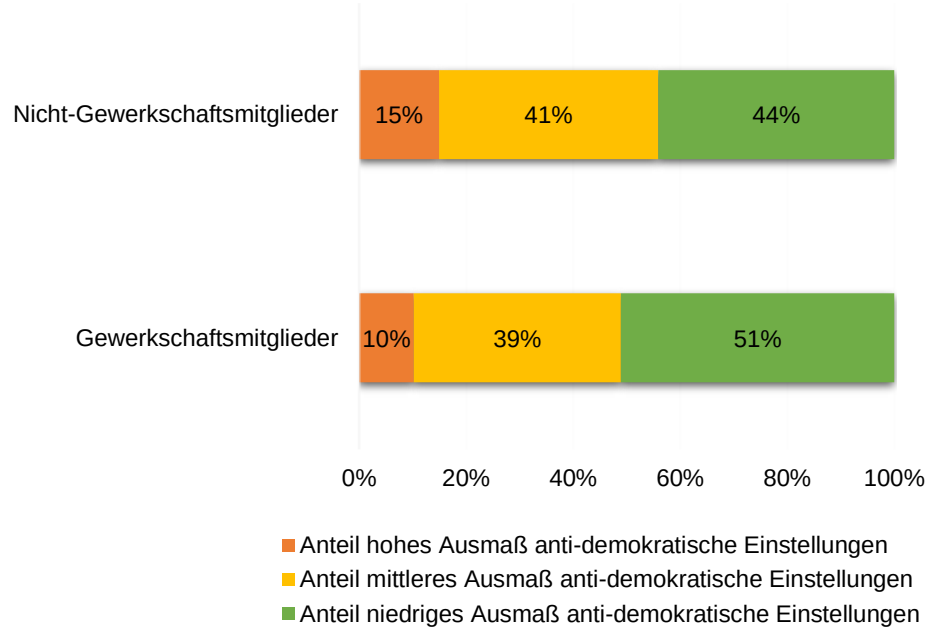
Diese zu bisherigen Studien z. T. abweichenden Befunde sind auch vor dem Hintergrund zu sehen, dass hier nur die erwerbstätige Bevölkerung berücksichtigt wurde. Betrachten wir daher im Folgenden die gesamte Stichprobe (also inklusive der Nicht-Erwerbstätigen), die die Bevölkerung Deutschlands ab 16 Jahren repräsentativ abbildet, so zeigt sich Folgendes.

Zunächst lässt sich sagen, dass der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder sich ein wenig im Vergleich zur Erwerbstätigenstichprobe verringert

auf 14 Prozent. Bezüglich der Differenzen in der Zusammensetzung zeigen sich auch in dieser umfassenderen Stichprobe der Gesamtbevölkerung weitestgehend die in Abbildung 19 dargestellten Muster.

Vergleicht man nun das Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen nach Gewerkschaftsmitgliedschaft (vgl. Abb. 21) zeigt sich hier eine statistisch signifikante Differenz, insofern als Gewerkschaftsmitglieder seltener anti-demokratischen Einstellungen zustimmen als Nicht-Mitglieder. Dies zeigt sich sowohl für Gruppenbezogene Menschfeindlichkeit als auch für rechtspopulistische Einstellungen und wird nur noch verstärkt, wenn zusätzlich für die soziodemographische Zusammensetzung in den Gruppen kontrolliert wird.

Abbildung 211: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Gewerkschaftsmitgliedschaft (N = 4.115, alle Befragten)



*Signifikanzen: Gewerkschaftsmitglieder < Nicht-Gewerkschaftsmitglieder*** (***: p ≤ 0,001)*

Die dargestellten Befunde bezüglich der Gewerkschaftsmitgliedschaft lassen sich also wie folgt zusammenfassen: Unter Erwerbstätigen zeigt sich zunächst keine Differenz im Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nicht-Mitgliedern. Wird die soziodemographisch eher nachteilige Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder berücksichtigt – vergleicht man also beispielsweise Gewerkschaftsmitglieder und Nicht-Mitglieder mit gleichem Schulabschluss – so

stimmen erwerbstätige Mitglieder signifikant seltener anti-demokratischen Einstellungen zu.

Betrachtet man die Gesamtbevölkerung ist der Befund eindeutiger. Hier muss nicht die weiterhin nachteilige Zusammensetzung der Gewerkschaftsmitglieder hinzugezogen werden, um Gruppendifferenzen aufzuzeigen. Vergleicht man die Gewerkschaftsmitglieder mit den Nicht-Mitgliedern in der Bevölkerung, so stimmen die Mitglieder signifikant seltener anti-demokratischen Einstellungen zu.

3.4 Transformation

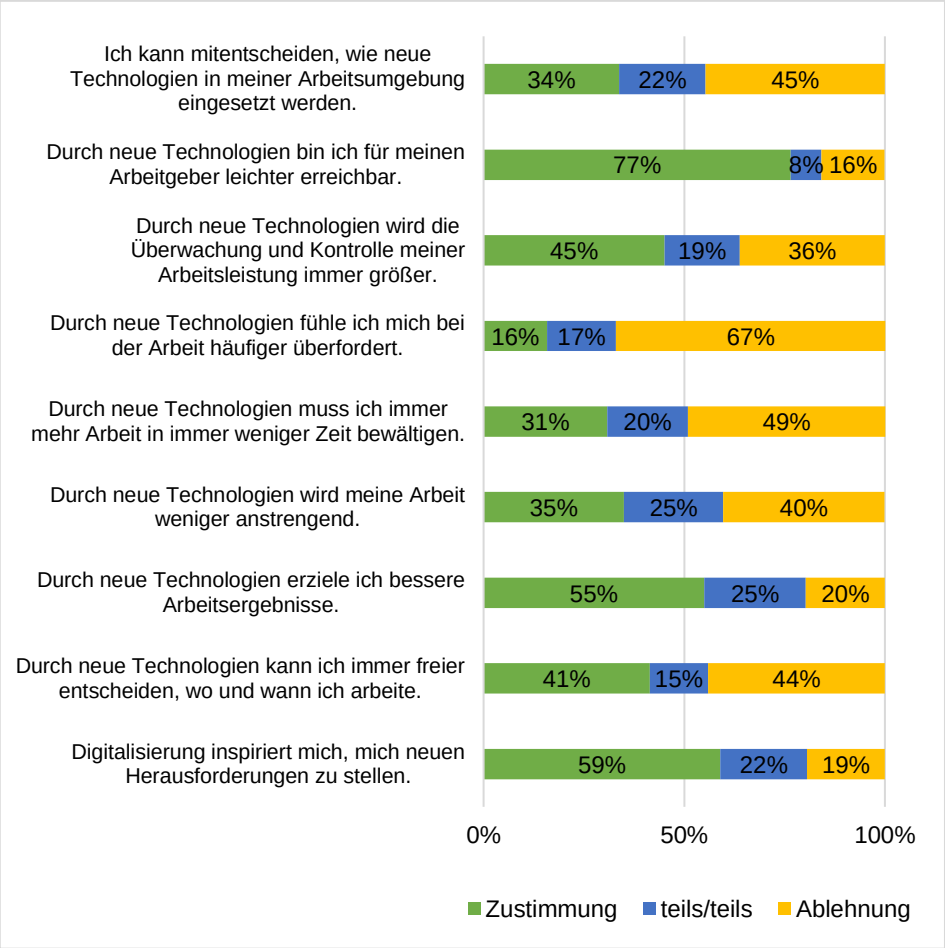
Im Folgenden werden nun zwei Themenkomplexe der Transformation fokussiert: zum einen die Digitalisierung und der Einsatz neuer Technologien am Arbeitsplatz und zum anderen der Klimawandel und der damit verbundene sozial-ökologische Wandel der Gesellschaft. Zu beiden Themenkomplexen wurde die Zustimmung zu einigen Aussagen erhoben. Ob und wie nun die Einstellung zu diesen Themen mit anti-demokratischen Einstellungen einhergeht, zeigen die folgenden Analysen.

3.4.1 Digitalisierung

Die Erwerbstätigen wurden zunächst gefragt, ob in den letzten Jahren an ihrer Arbeit „immer häufiger digitale, neue Technologien zum Einsatz kamen“. Knapp ein Drittel der Erwerbstätigen verneinte dies und wird im Folgenden als Gruppe „keine Digitalisierung am Arbeitsplatz“ aufgeführt. In dieser Gruppe ohne berichtete Digitalisierungsprozesse lassen sich auffällig häufig ältere Erwerbstätige auffinden sowie Befragte mit deutlich unterdurchschnittlichen Bildungs- und Einkommensniveaus.

Den weiteren rund 70 Prozent der Erwerbstätigen, die Digitalisierungsprozesse am Arbeitsplatz angaben, wurden anschließend sieben Aussagen vorgelegt, in denen positive und negative Aspekte der Digitalisierung individuell bewertet werden konnten (siehe Abb. 22). Diese Aspekte umfassten eine höhere Produktivität (54 Prozent Zustimmung), geringere Anstrengung (30 Prozent), mehr Freiheiten (45 Prozent), mehr Inspirationen für Herausforderungen (61 Prozent) bei den Vorteilen und größere Arbeitsverdichtung (30 Prozent Zustimmung), mehr Überwachung und Kontrolle (42 Prozent) und mehr Überforderung (15 Prozent) bei den Nachteilen.

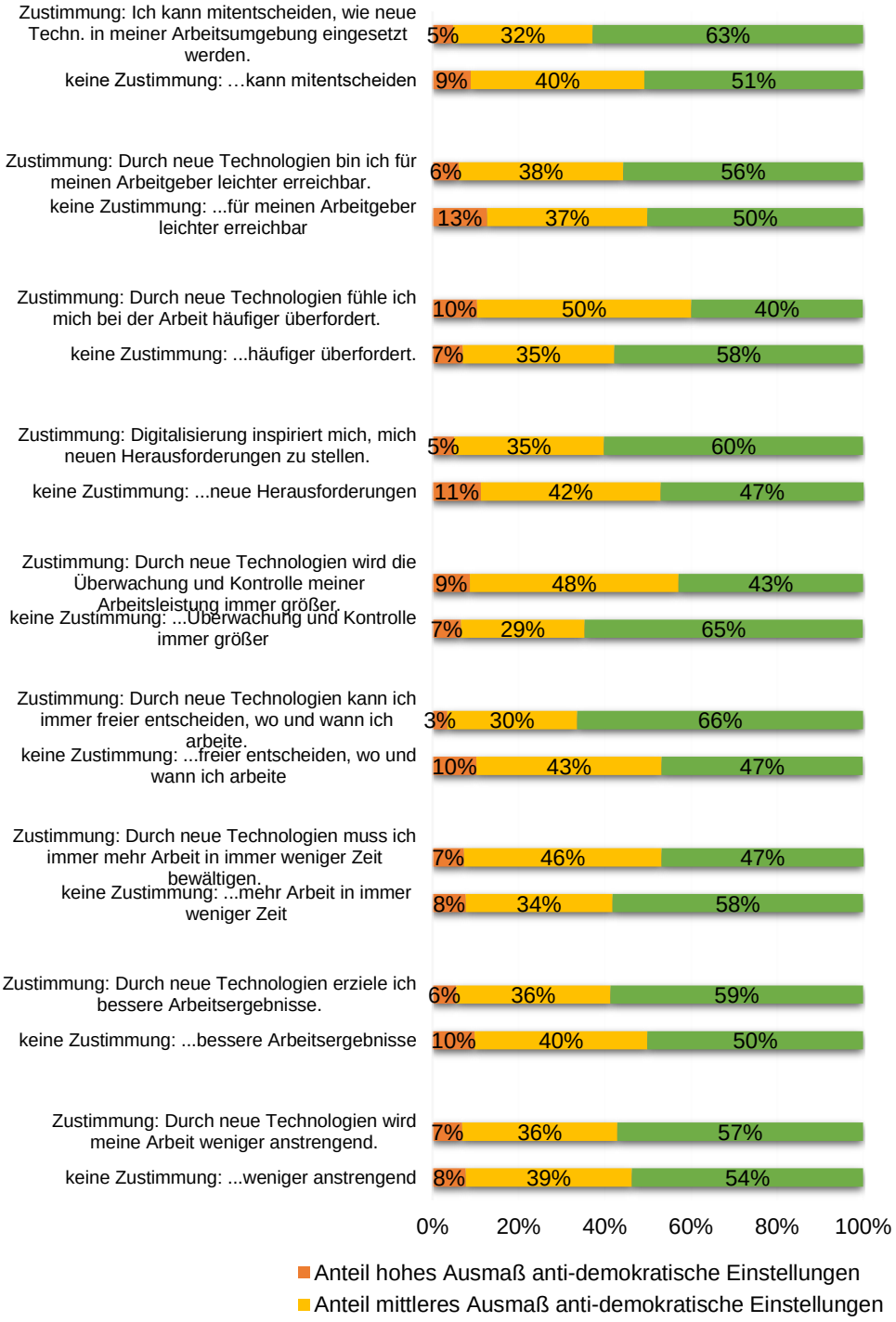
Abbildung 222: Zustimmungswerte zu Digitalisierungserfahrungen in der Arbeit (nur Erwerbstätige mit Digitalisierungserfahrung; N = 2.063)



Betrachtet man in einem ersten Schritt die einzelnen abgefragten Vor- und Nachteile der Digitalisierungsprozesse und ihren Zusammenhang mit anti-demokratischen Einstellungen (Abb. 23), zeigt sich, dass Befragte, die die Nachteile – und hier insbesondere die Überforderung sowie Kontrolle und Überwachung – wahrnehmen, auch eher rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen zustimmen.

Befragte, die hingegen Digitalisierungsvorteile betonen – und hier insbesondere die dadurch entstehenden größeren Freiheiten und Möglichkeiten, sich neuen Herausforderungen zu stellen und die besseren erzielten Arbeitsergebnisse – stimmen eher selten anti-demokratischen Einstellungen zu. Ebenso zeigen sich signifikante Differenzen zwischen Befragten, die angeben, dass sie mitentscheiden können, wie neue Technologien in ihrer Arbeitsumgebung eingesetzt werden und denen, die dies nicht können. Mitbestimmung bei Digitalisierungsprozessen ist somit mit geringeren anti-demokratischen Einstellungen verknüpft.

Abbildung 23: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Vor- und Nachteilen Digitalisierung (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: mitentscheiden***; leichter erreichbar**; überfordert***; inspiriert***; Überwachung u. Kontrolle***; freier entscheiden***; Zeitstress**; bessere Ergebnisse***; weniger anstrengend n. s. (***: p ≤ 0,001, **: p ≤ 0,01, n. s.: nicht signifikant)*

Anhand des jeweiligen Antwortverhaltens der Befragten zur Einschätzung dieser Vor- und Nachteile konnten die Erwerbstätigen in sechs Gruppen – oder Cluster – eingeteilt werden (Abb. 24, Tab. 1).[10] Anhand dieser Zuordnung lassen sich bestimmte, besonders verbreitete Einstellungskombinationen aus Vor- und Nachteilen identifizieren.

Von allen Erwerbstätigen lassen sich bezüglich der Digitalisierungsprozesse an ihrer Arbeit rund 6 Prozent als „sehr Positive“ einstufen. Diese Gruppe sieht sehr große Vorteile in der Digitalisierung und kaum Nachteile. In der Gruppe lassen sich überwiegend jüngere, männliche Erwerbstätige finden sowie Erwerbstätige mit eher hohem Schulabschluss und hohem Einkommen.

Das andere Extrem bildet die Gruppe der „Negativen“, der rund 10 Prozent der Erwerbstätigen aufgrund ihres Antwortverhaltens zugeordnet werden. Hier werden kaum Vorteile, dafür aber zahlreiche Nachteile der Digitalisierungsprozesse wahrgenommen. Zu nennen ist hier vor allem die höhere Kontrolle und Verdichtung der Arbeit, die hier besonders häufig als Nachteile genannt werden. Die Befragten, die hier zugeordnet werden, sind überdurchschnittlich alt, häufig weiblich und haben unterdurchschnittliche Bildungs- und Einkommensniveaus.

Zwei weitere Cluster lassen sich als den Digitalisierungsprozessen eher positiv eingestellt bezeichnen: die „Positiven“ (17 Prozent) und die „Positiven ohne Freiheitszugewinn“ (13 Prozent). Die Befragten in beiden Gruppen nennen kaum Nachteile und sehen dafür aber stärker die Vorteile der Digitalisierungsprozesse, jedoch bei weitem nicht so stark ausgeprägt wie bei den „sehr Positiven“. Hauptunterschied zwischen den beiden Gruppen ist – wie die Benennung schon andeutet – dass die „Positiven ohne Freiheitszugewinn“ in nur sehr geringem Ausmaß dem Vorteil zugestimmt haben, „immer freier entscheiden zu können, wo und wann ich arbeite“.

Beiden Gruppen werden überdurchschnittlich häufig jüngere Erwerbstätige und Männer zugeordnet sowie Befragte mit eher höheren Einkommen. Jedoch werden auch bei der soziodemographischen Besetzung der beiden Cluster Unterschiede ersichtlich, insofern als sich die „Positiven“ deutlich häufiger aus Befragten mit höheren Bildungsabschlüssen zusammensetzen als die „Positiven ohne Freiheitszugewinn“ (Tab. 1).

Rund 11 Prozent der Erwerbstätigen werden dem Cluster der „Unbeeinflussten“ zugeordnet, da sie zwar angaben, dass Digitalisierungs-

10 Diese Einteilung erfolgte anhand der statistischen Methode der Clusteranalysen. Dabei werden Gruppen/Cluster erstellt, für die Unterschiede innerhalb einer Gruppe möglichst minimal und zwischen den Gruppen möglichst maximal sind. Befragte, die demselben Cluster zugeordnet werden, ähneln sich also in ihrem Antwortverhalten – in diesem Fall in ihrer Einschätzung der Vor- und Nachteile der Digitalisierungsprozesse an der Arbeit.

prozesse an ihrer Arbeit in den letzten Jahren stattgefunden haben, dies jedoch offenbar nur in geringem Maße zu Vor- oder Nachteilen für ihre Arbeit geführt hat. Hier wurden überdurchschnittlich häufig Ältere und Frauen zugeordnet sowie Befragte mit leicht überdurchschnittlichem Einkommen und Bildungsabschlüssen.

Schließlich ergibt sich ein weiteres Cluster – das der „Kritischen" (5 Prozent), die besonders stark Nachteile der Digitalisierungsprozesse äußern. Gleichzeitig nehmen sie jedoch – im Gegensatz zu den Negativen – auch zahlreiche Vorteile wahr. Diese Befragten sind häufig jünger und haben ein unterdurchschnittliches Einkommen.

Auffällig ist hier also bezüglich der soziodemographischen Zuordnung, dass zum einen eher Männer positivere Digitalisierungserfahrungen berichten. Zum anderen wird deutlich, dass positivere Digitalisierungserfahrungen eng mit höheren Bildungsabschlüssen und höheren Einkommen verknüpft sind. Besonders deutlich wird letzteres, wenn berücksichtigt wird, dass das Drittel der Befragten, an denen die Digitalisierungsprozesse an der Arbeit bisher vorbeigegangen sind, das deutlich geringste Bildungs- und Einkommensniveau aufweisen.

Abbildung 24: Cluster der Digitalisierungserfahrungen (N = 2.956, nur Erwerbstätige)[11]

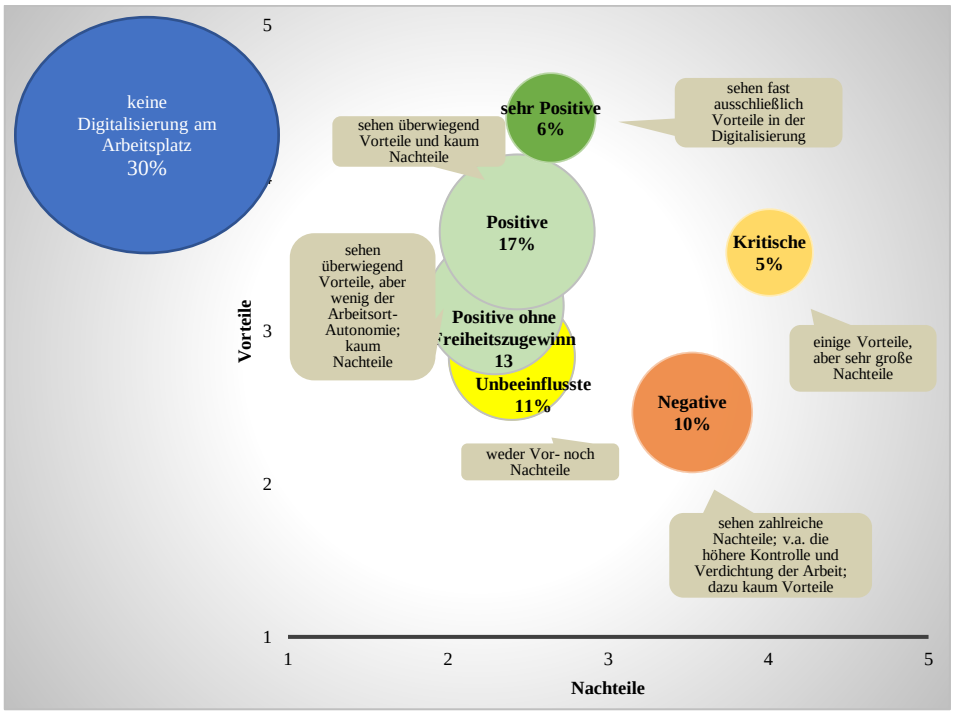


Tabelle 1: Profile der Digitalisierungscluster (N = 2.956, nur Erwerbstätige)

	keine Digitalisierung am Arbeitsplatz	Negative	Kritische	Unbeeinflusste	Positive ohne Freiheitszugewinn	Positive	sehr Positive
Alter	+	++	–	+	–	–	– –
Geschlecht *(w+, m–)*	–	++	○	+	–	–	–
Einkommen	– –	–	–	+	+	++	++
Bildung	– –	–	○	+	○	++	++

Beschreibung: ++ sehr hohe Ausprägung, ○ mittlere Ausprägung, – – sehr niedrige Ausprägung

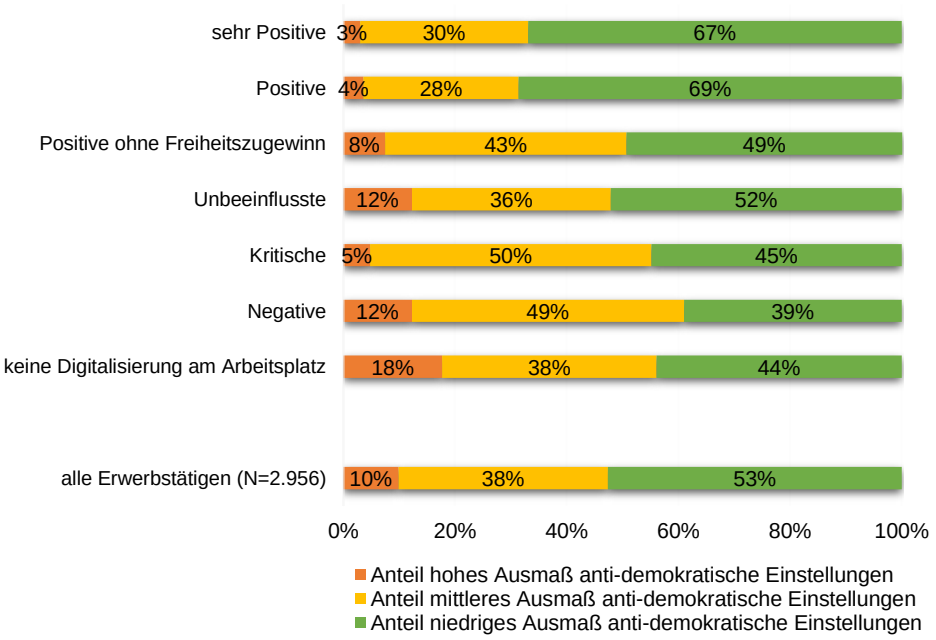
11 Die summiert auf 100 % fehlenden Prozentwerte ergeben sich durch nicht zu den Clustern zuzuordnende Erwerbstätige. Dies haben wir in einer vorherigen Publikation (Hövermann, Kohlrausch & Voss 2021) anders dargestellt. Dies hatte lediglich Auswirkungen auf die Clustergrößen, nicht jedoch auf die sonstigen Befunde.

Betrachten wir im Folgenden, ob sich die dargestellten Gruppen der Digitalisierungseinstellungen auch im Ausmaß ihrer anti-demokratischen Einstellungen unterscheiden, so lassen sich auch hier deutliche Differenzen aufzeigen (Abb. 25). Insbesondere die Gruppen der „Kritischen“ und „Negativen“ fallen mit überdurchschnittlicher Zustimmung zu rechtspopulistischen Einstellungen und Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit auf.

Hingegen sind die beiden Gruppen der positivsten Digitalisierungseinstellungen auch im geringsten Ausmaß rechtspopulistischen Einstellungen und Gruppenbezogener Menschfeindlichkeit zugeneigt. Interessant ist zudem, dass auch in der großen Gruppe der Erwerbstätigen, die keine Digitalisierung am Arbeitsplatz berichtet hat, überdurchschnittlich häufig anti-demokratische Einstellungen Anklang finden.

Die dargestellten Differenzen gehen auch nicht allein auf die je spezifische Zusammensetzung der Cluster zurück, sondern bleiben auch dann noch bestehen, wenn die soziodemographischen Zusammensetzungen in komplexeren Modellen berücksichtigt werden, sodass hier positive Digitalisierungserfahrungen und -einstellungen am Arbeitsplatz einen eigenständigen Effekt auf geringere Zustimmung zu rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen haben.

Abbildung 25: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Digitalisierungscluster (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Positive, sehr Positive < Positive ohne Freiheitszugewinn, Unbeeinflusste, Kritische < Negative, keine Digitalisierung*** (***: p ≤ 0,001)*

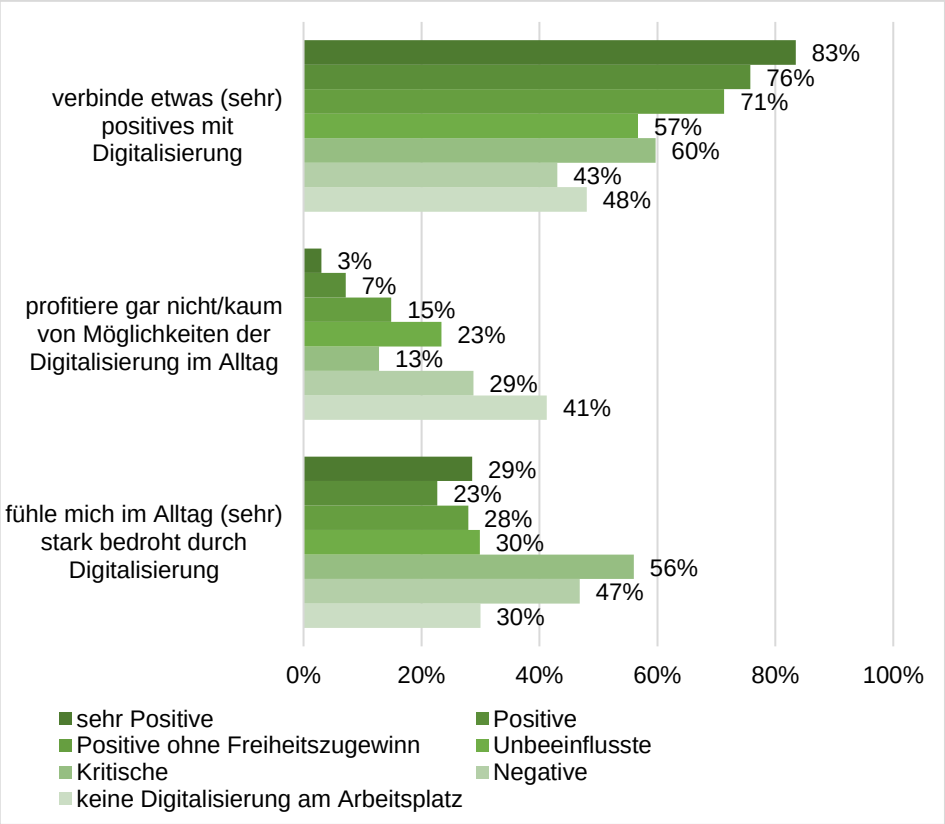
Schließlich haben wir zusätzlich ganz generell – unabhängig vom Arbeitskontext – die Digitalisierungseinstellung erfragt und den Einfluss der Digitalisierung im Alltag bewerten lassen. Ein Großteil der Erwerbstätigen bewertet hier die Digitalisierung als etwas Positives (63 Prozent vs. 28 Prozent neutral und 9 Prozent negativ) und gibt an, im Alltag „stark“ oder gar „sehr stark“ davon zu profitieren (79 Prozent vs. 18 Prozent „kaum“ und 3 Prozent „gar nicht“). Über 70 Prozent der Befragten gibt zudem an, dass man sich „kaum“ oder „gar nicht“ durch die Digitalisierung im Alltag bedroht fühlt – 29 Prozent geben jedoch eine „starke“ oder gar „sehr starke“ Bedrohung an.

Diese generellen Digitalisierungseinstellungen sind im Einklang mit den vorgestellten Clustern zu den wahrgenommenen Vor- und Nachteilen der Digitalisierungsprozesse am Arbeitsplatz (Abb. 25). So zeigt sich, dass in den drei Clustern der positiv Eingestellten 70 bis 80 Prozent der Befragten auch generell etwas positives mit Digitalisierung verbinden, während dieser Wert bei den Negativen lediglich 43 Prozent und bei den Befragten ohne Digitalisierung am Arbeitsplatz 48 Prozent beträgt.

Analog zeigt sich, dass Befragte in Clustern, die mehr Vorteile der Digitalisierung am Arbeitsplatz wahrnehmen, auch häufiger im Alltag generell von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren: bei den „sehr Positiven“ geben dies 41 Prozent an, während dies bei den „Negativen“ und denen, die keine Digitalisierung am Arbeitsplatz erlebten, lediglich 7 bzw. 3 Prozent angeben.

Auch hängt die Bedrohungswahrnehmung durch Digitalisierung mit den Digitalisierungserfahrungen am Arbeitsplatz zusammen. Je negativer hier die Erfahrungen und je stärker Nachteile wahrgenommen werden, desto stärker auch die generelle Bedrohungswahrnehmung durch Digitalisierung im Alltag. Interessanterweise fallen hier Befragte ohne Digitalisierungserfahrungen am Arbeitsplatz ebenfalls mit einer eher geringen Bedrohungswahrnehmung auf. Dies ist möglicherweise dadurch zu erklären, dass hier besonders häufig auch privat eher seltener digitale Angebote genutzt werden und so weniger bedrohliche Berührungspunkte auftreten.

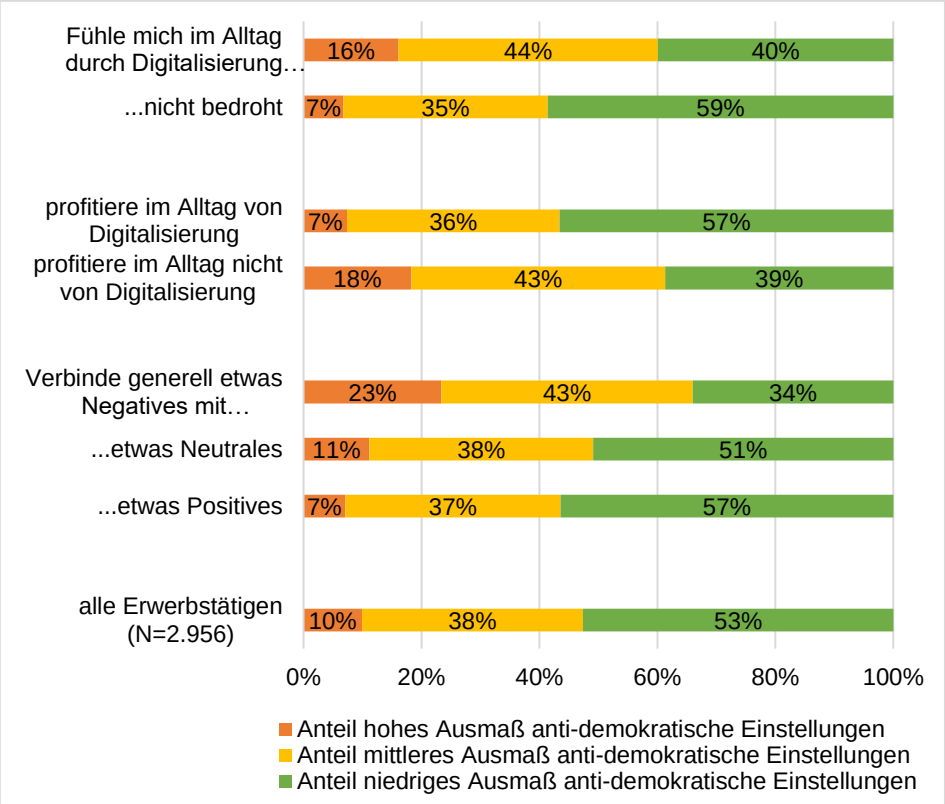
Abbildung 26: Zustimmungswerte zur generellen Digitalisierungseinstellung (nur Erwerbstätige; N = 2.956)



*Signifikanzen: Bedrohung: Positive, Positive oFzg, sehr Positive, Unbeeinflusste, keine Digitalisierung < Negative < Kritische***; Profitieren: keine Digitalisierung < Negative, Unbeeinflusste < Positive oFzg, Kritische < sehr Positive***; Generell positive Digitalisierungseinstellung: Negative, keine Digitalisierung < Kritische, Unbeeinflusste < Positive oFzg, Positive < sehr Positive*** (***: p ≤ 0,001)*

Betrachtet man, wie diese generellen Einstellungsaussagen mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen (Abb. 27) zeigt sich, dass je negativer die generelle Digitalisierungseinstellung ist, je weniger im Alltag von der Digitalisierung profitiert wird und je stärker man sich von der Digitalisierung im Alltag bedroht fühlt, desto eher werden anti-demokratischen Einstellungen zugestimmt.

Abbildung 27: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Digitalisierungsaussagen (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: positiv < neutral < negativ***; profitiere***; bedroht*** (***: p ≤ 0,001)*

Die Befunde zeigen, dass Digitalisierungseinstellungen auch eng mit anti-demokratischen Einstellungen korrelieren. Wie zuvor erwähnt, können wir an dieser Stelle aufgrund der vorhandenen Daten keine kausalen Aussagen tätigen – also beispielsweise nicht daraus herleiten, dass Abwertungserfahrungen durch Digitalisierungsprozesse an der Arbeit zu anti-demokratischen Einstellungen *führen*. Dies ist aber *eine* mögliche Interpretation der Befunde. Eine weitere wäre, dass anti-demokratische Einstellungen teilende Befragte auch größere Vorbehalte gegenüber Digitalisierungsprozessen hegen und somit diese negativer wahrnehmen.

Der Befund der stärkeren anti-demokratischen Einstellungen unter Befragten, bei denen es zuletzt zu keinen Digitalisierungsprozessen an der Arbeit kam, könnte vermutlich dadurch zu erklären sein, dass insbesondere bestimmte, häufig eher geringfügig bezahlte Tätigkeiten von Digitalisierung ausgespart wurden. Bereiche, die wenig von Digitalisierung betroffen sind, könnten somit auch insgesamt wenig zukunftsträchtiger

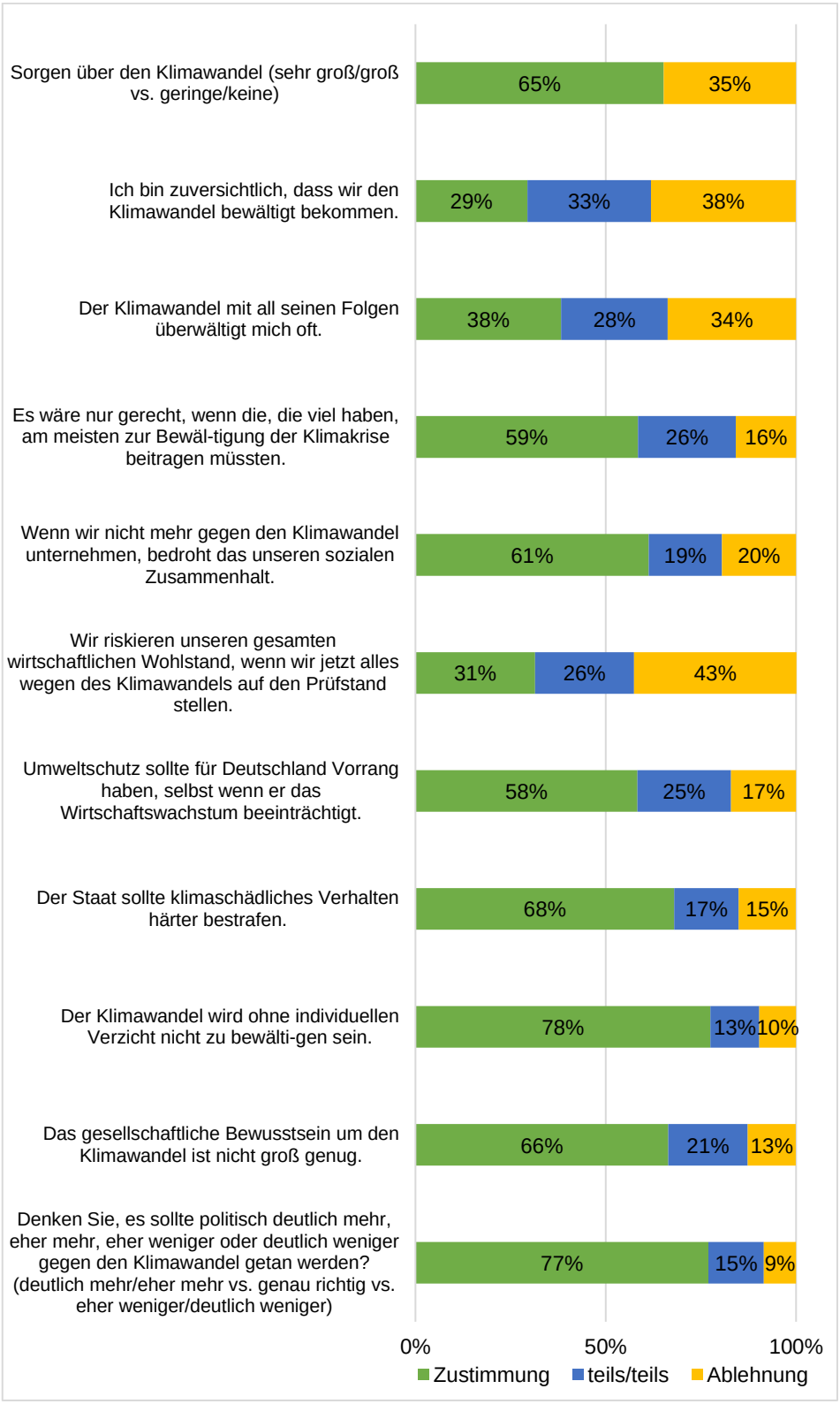
ausgerichtet und somit von Deprivation gekennzeichnet sein – einem relevanten Treiber rechtspopulistischer Einstellungen.

3.4.2 Sozial-ökologischer Wandel

Auch die Thematik des Klimawandels und des damit einhergehenden sozial-ökologischen Wandels der Gesellschaft wurde in der Erhebung fokussiert und anhand von elf Aussagen erfasst (Abb. 28). Darunter z. B. Fragen, ob man sich über den Klimawandel sorgt (65 Prozent Zustimmung), ob das gesellschaftliche Bewusstsein um den Klimawandel groß genug ist (13 Prozent), ob politisch mehr gegen den Klimawandel getan werden sollte (77 Prozent), ob mehr individueller Verzicht nötig ist (77 Prozent), ob klimaschädliches Verhalten staatlich stärker sanktioniert werden sollte (68 Prozent) und ob selbst auch auf Klimawandel gesetzt werden sollte, wenn dies den wirtschaftlichen Wohlstand riskiert (58 Prozent).

Zudem umfassten die Aussagen, ob der Klimawandel den sozialen Zusammenhalt gefährdet, wenn nicht mehr gegen ihn unternommen wird (61 Prozent Zustimmung) und ob es gerecht wäre, wenn Reichere mehr zur Bewältigung der Klimakrise beitragen müssten (58 Prozent). Abschließend beinhaltet das Fragenset, ob man zuversichtlich hinsichtlich der Bewältigung des Klimawandels ist (19 Prozent) und ob man vom Klimawandel und all seinen Folgen oft überwältigt ist (38 Prozent).

Abbildung 28: *Zustimmungswerte zu Aussagen zum sozial-ökologischen Wandel (Erwerbstätige: N = 2.956)*

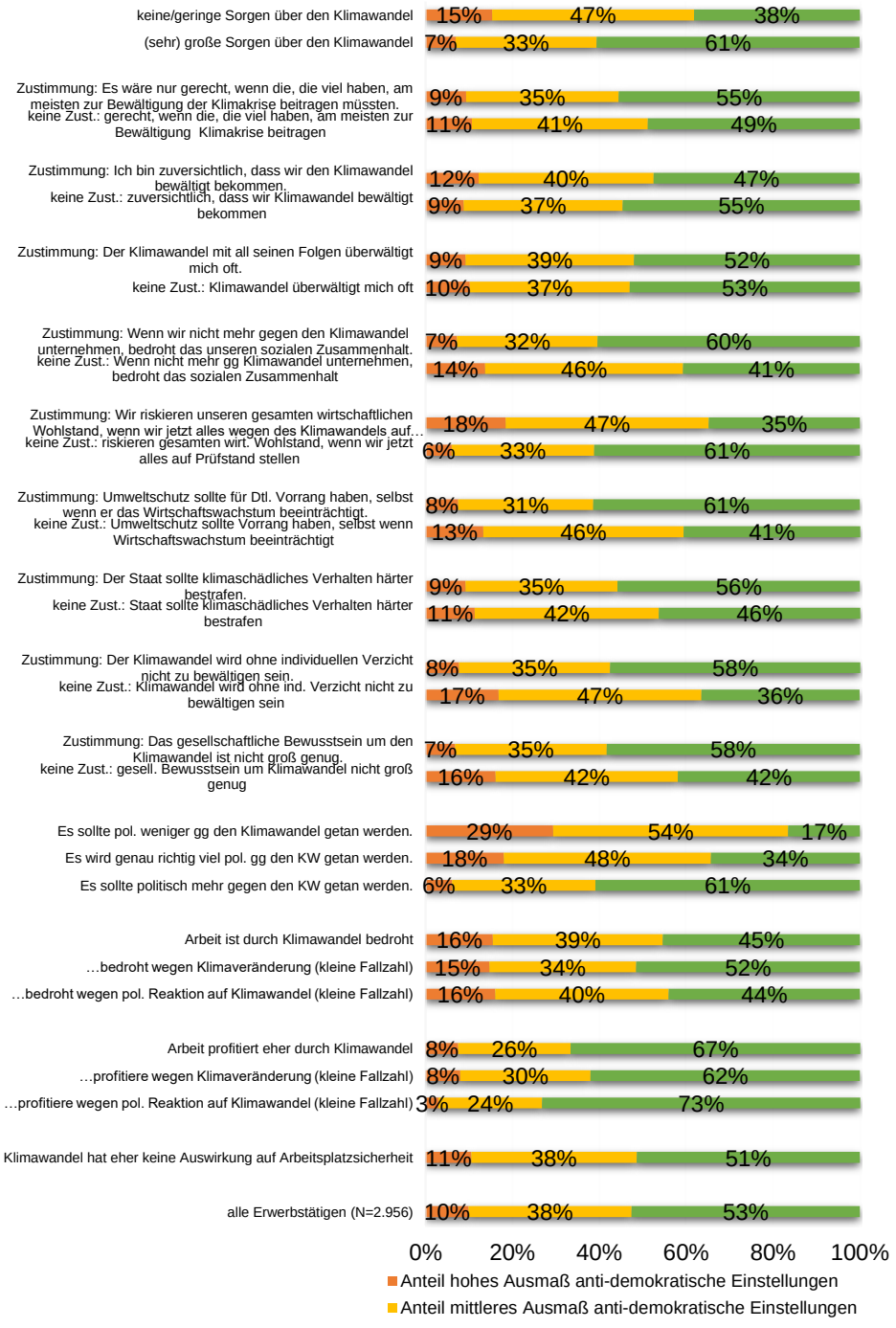


Wenn diese einzelnen Aussagen und ihre Zusammenhänge mit anti-demokratischen Einstellungen in einem ersten Analyseschritt betrachtet werden (Abb. 29), zeigen sich einige engere Zusammenhänge. Je eher geäußert wird, dass politisch weniger gegen den Klimawandel getan werden sollte und je stärker zugestimmt wird, dass wir unseren gesamten wirtschaftlichen Wohlstand riskieren, „wenn wir jetzt alles wegen des Klimawandels auf den Prüfstand stellen“, desto eher werden auch rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Aussagen zugestimmt.

Ebenso zeigt sich, dass Befragte, die sich über den Klimawandel sorgen, größeren individuellen Verzicht für nötig halten, eine Bedrohung des sozialen Zusammenhalts erwarten oder ein nicht ausreichend großes gesellschaftliches Bewusstsein um den Klimawandel beklagen, mit eher geringeren Zustimmungen zu anti-demokratischen Aussagen auffallen.

Interessant sind zudem die Befunde zur Zuversicht und Überwältigung bezüglich des Klimawandels, da diese konträr zu sonstigen Zusammenhängen von gesellschaftlichen Ängsten und anti-demokratischen Einstellungen liegen: diejenigen, die zuversichtlich sind, den Klimawandel bewältigt zu bekommen, teilen ein *höheres* Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen als diejenigen, die hier wenig zuversichtlich sind. Signifikante Unterschiede zwischen denen, die eine Überwältigung durch den Klimawandel äußern und denen, die dies nicht tun, zeigen sich nicht.

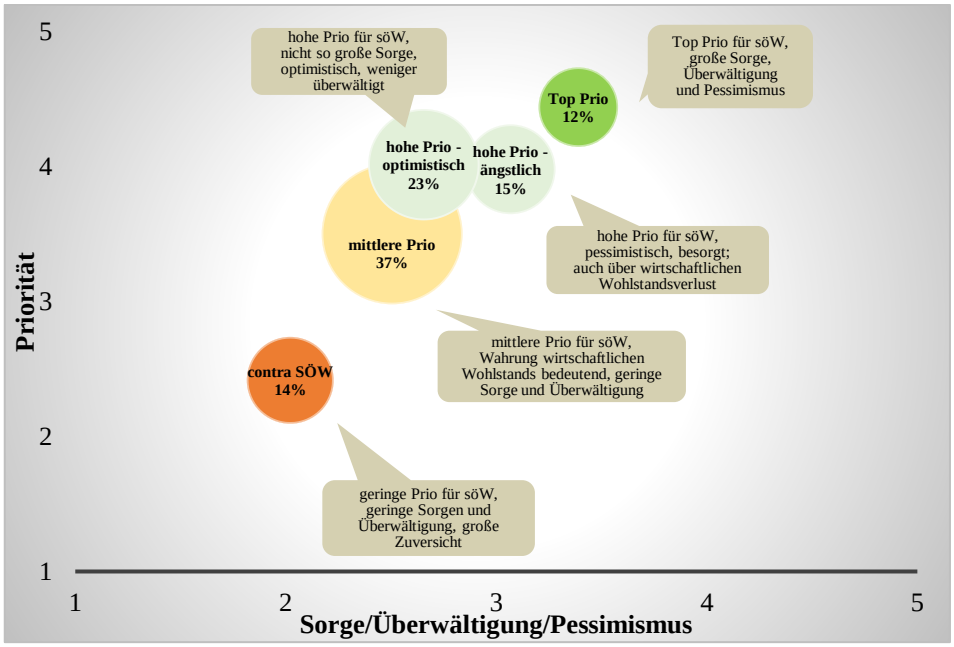
Abbildung 29: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Zustimmung zu Aussagen zum Klima- und sozial-ökologischen Wandel (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Sorgen***; Reiche zahlen**; zuversichtlich***; überwältigt n. s.; Zusammenhalt***; Prüfstand***; Vorrang***; bestrafen***; Verzicht***; Bewusstsein***; politisch sollte mehr < genau richtig < weniger getan werden*** (***: p ≤ 0,001, **: p ≤ 0,01, n. s.: nicht signifikant)*

Erneut wurden die Erwerbstätigen anhand ihres Antwortverhaltens Gruppen zugeteilt, um das kombinierte Antwortverhalten zu erfassen.[12] Hierbei ergaben sich folgende fünf Cluster der Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel unter Erwerbstätigen (Abb. 30). In der Abbildung ist einerseits die Priorisierung des Klimawandels auf der politischen Agenda abgetragen und zum anderen das Ausmaß an Sorge, Überwältigung und Zuversicht bzw. Pessimismus, die das Thema sozial-ökologischer Wandel bereitet.

Abbildung 30: Cluster von Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel der Gesellschaft (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



12 Diese Einteilung erfolgte erneut anhand der statistischen Methode der Clusteranalyse, bei der Gruppen/Cluster erstellt werden, für die Unterschiede innerhalb einer Gruppe möglichst minimal und zwischen den Gruppen möglichst maximal sind.

Tabelle 2: Profile der Cluster zum sozial-ökologischen Wandel (N = 2.956, nur Erwerbstätige)

	niedrige Prio – contra söW	mittlere Prio	hohe Prio – ängstlich	hohe Prio – optimistisch	Top Prio
Alter	–	○	++	– –	– –
Geschlecht (w+, m–)	– –	○	++	○	+
Einkommen	–	+	–	+	+
Bildung	– –	–	–	++	++

Beschreibung: ++ sehr hohe Ausprägung, ○ mittlere Ausprägung, – – sehr niedrige Ausprägung

Drei Cluster, der exakt die Hälfte der Erwerbstätigen zugeordnet werden, fordern für den sozial-ökologischen Wandel eine sehr hohe politische ○Priorisierung. Darunter ist eine Gruppe – rund 12 Prozent der Erwerbstätigen – die klar durch ihre Antworten zu erkennen gibt, dass wir keine Wahl mehr haben, als den sozial-ökologischen Wandel zu unserer Top-Priorität zu machen. Hier sind die Sorgen über den Klimawandel sehr groß, das Gefühl der Überwältigung weit verbreitet, während die Zuversicht, dass der Klimawandel bewältigt werden kann, gering ist. In dieser Gruppe finden sich überdurchschnittlich häufig Frauen sowie Erwerbstätige mit höheren Einkommen und überwiegend hohen Bildungsabschlüssen wieder. Sehr häufig vertreten ist hier die jüngste Altersgruppe der 16- bis 25-Jährigen, aber auch die 50- bis 65-Jährigen.

Ebenfalls eine sehr hohe Priorität für den sozial-ökologischen Wandel äußert eine zweite Gruppe, der 23 Prozent der Befragten zugeordnet werden, und die mit dem Label „hohe Prio – optimistisch“ versehen wird. Hier ist die Sorge über den Klimawandel jedoch nicht so stark ausgeprägt, wie in der „Top-Prio“-Gruppe und zudem noch deutlich mehr Zuversicht und weniger Überwältigung vorhanden. Dieser Gruppe werden häufig jüngere Erwerbstätige zugeordnet sowie Befragte mit überdurchschnittlichem Einkommen und Bildungsstand.

Eine dritte Gruppe, der rund 15 Prozent der Erwerbstätigen zugeordnet werden, weist dem sozial-ökologischen Wandel zwar ebenfalls eine sehr hohe Priorität zu, jedoch ist dies verknüpft mit großer Sorge und Überwältigung und geringer Zuversicht („hohe Prio – pessimistisch“). Anders als in der „Top-Prio“-Gruppe wird sich jedoch hier schwerer getan, auch auf Kosten des Wirtschaftswachstums auf den Umweltschutz zu setzen und es herrscht eine deutlich größere Sorge, dass der wirtschaftliche Wohlstand riskiert wird, wenn „jetzt alles wegen des Klimawandels auf den

Prüfstand gestellt wird“. Diese Gruppe setzt sich überdurchschnittlich häufig aus Frauen und Erwerbstätigen über 50 Jahren sowie aus Befragten mit eher unterdurchschnittlichen Einkommens- und Bildungsniveaus zusammen.

Die größte Gruppe, der sich mehr als ein Drittel der Erwerbstätigen zuordnen lassen, fassen wir unter dem Label „mittlere Prio“ zusammen. Die Bedeutung, die dem sozial-ökologischen Wandel in dieser Gruppe beigemessen wird, ist ebenfalls nicht gering, jedoch deutlich niedriger als in den ersten drei Gruppen. Insbesondere werden hier deutlich seltener staatliche Sanktionen bei klimaschädlichem Verhalten gefordert und der wirtschaftliche Wohlstand nicht als nachrangig betrachtet. Die Sorge und Überwältigung sind eher gering ausgeprägt, während die Zuversicht hoch ist. Befragte mit mittleren Einkommen und zwischen 30 und 49 Jahren sind hier überdurchschnittlich häufig vertreten.

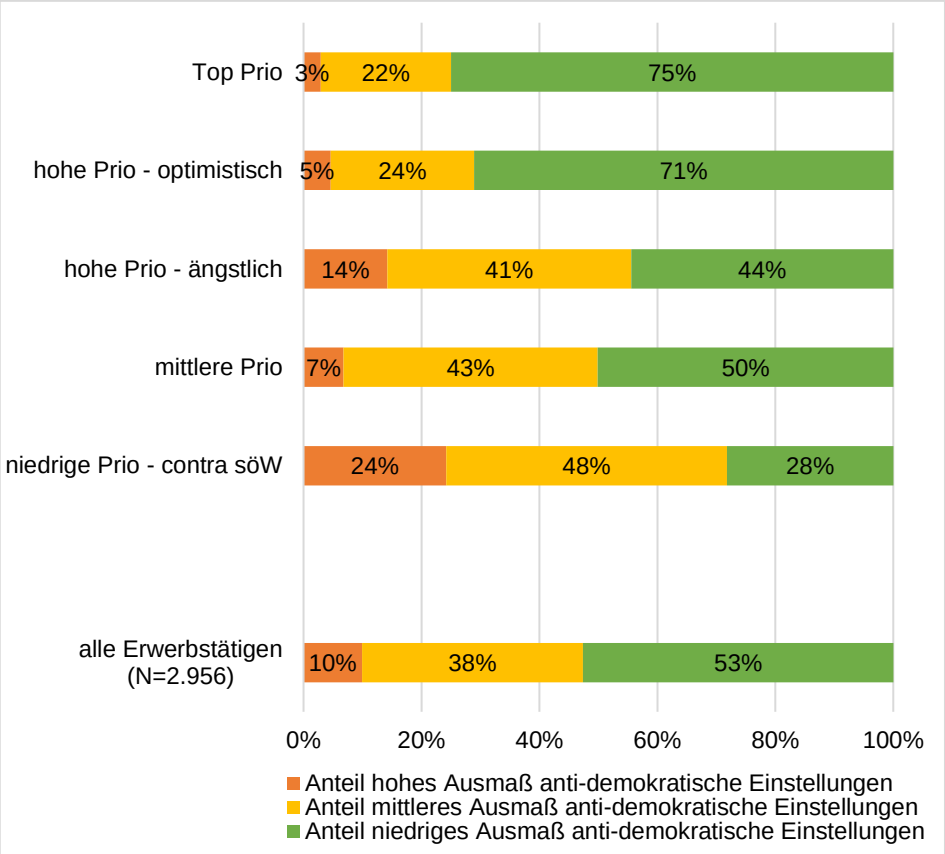
Schließlich lassen sich weitere 14 Prozent der Erwerbstätigen anhand ihrer Einstellungen zu dem Cluster „niedrige Prio – contra sozial-ökologischer Wandel“ zusammenfassen. In dieser Gruppe wird dem Klimawandel eine untergeordnete Rolle beigemessen, und dementsprechend niedrig wird der sozial-ökologische Wandel priorisiert. Die Sorgen über den Klimawandel sind hier sehr gering genau wie die Überwältigung, während die Zuversicht überwiegt. Auffällig häufig sind hier Männer vertreten (66 Prozent) sowie Erwerbstätige im mittleren Alter (30–49 Jahre) und mit geringem Bildungsstand und unterdurchschnittlichem Einkommen.

Soziodemographisch lässt sich für die Zuordnung also festhalten, dass eine hohe Priorisierung der Thematik eher mit vorteilhaften Einkommens- und Bildungssituationen einhergeht. Deutliche generelle Zusammenhänge mit dem Geschlecht, wie sie für die Digitalisierungseinstellungen auftraten, können hier jedoch nicht gefunden werden.

In einem nächsten Analyseschritt betrachten wir nun, ob sich die Einstellungscluster zum sozial-ökologischen Wandel auch in ihren anti-demokratischen Einstellungen unterscheiden (Abb. 31). Es zeigt sich, dass die Befragten in zwei Clustern klar in geringstem Ausmaß anti-demokratischen Einstellungen zustimmen: die Befragten, die dem sozial-ökologischen Wandel die Top-Priorisierung zuweisen und die Befragten, die eine sehr hohe Priorisierung mit weniger Pessimismus und Überwältigung verbinden.

Klar die anti-demokratischsten Einstellungen lassen sich für das Cluster „contra-söW“ aufzeigen, in dem rund jede:r Vierte ein hohes Ausmaß äußert. Hier zeigt sich, dass viele Klimawandel-relativierende Einstellungen eng mit rechtspopulistischen und menschenfeindlichen Einstellungen verknüpft sind.

Abbildung 30: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Cluster zur Einstellung zum Klima- und sozial-ökologischen Wandel (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



*Signifikanzen: Top Prio, hohe Prio – optimistisch < mittlere Prio < hohe Prio – ängstlich < niedrige Prio – contra söW*** (***: p ≤ 0,001)*

In der Tendenz äußern also Befragte, die sich eine hohe politische Priorisierung für den sozial-ökologischen Wandel wünschen, auch eher seltener anti-demokratische Einstellungen. Dass jedoch kein trivialer linearer Zusammenhang im Sinne von `je positiver die Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel, desto seltener werden anti-demokratische Einstellungen geteilt´ vorliegt, wird durch die Gruppe „sehr hohe Prio – ängstlich“ deutlich. Hier wird dem sozial-ökologischen Wandel zwar eine hohe Priorität zugewiesen, jedoch verbunden mit damit verknüpften Sorgen um wirtschaftlichen Wohlstand. Dieses Cluster äußert statistisch signifikant überdurchschnittlich häufig anti-demokratische Einstellungen.

Diese Differenzen im Ausmaß anti-demokratischer Einstellungen verschwinden jedoch, sobald die spezifische soziodemographische Zusam-

mensetzung dieses Clusters berücksichtigt wird, da es überdurch-schnittlich häufig von älteren und einkommensschwachen Befragten besetzt ist. Die Differenzen in den Einstellungen gehen also eher auf die besondere anti-demokratische Einstellungen befürwortende Clusterzusammensetzung zurück als auf die spezifischen Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel.

Schließlich wurde zusätzlich erfragt, ob der Klimawandel den Arbeitsplatz der Befragten bedroht (10 Prozent Zustimmung), ob ihre Arbeit durch den Klimawandel profitiert (7 Prozent) oder ob der Klimawandel eher keine Auswirkungen auf die Arbeit hat (81 Prozent). In einem zweiten Schritt wurde dann je nach Antwort auf obige Frage gefragt, ob dies eher auf die politische Reaktion auf den Klimawandel oder auf Veränderungen des Klimas selbst zurückzuführen ist.

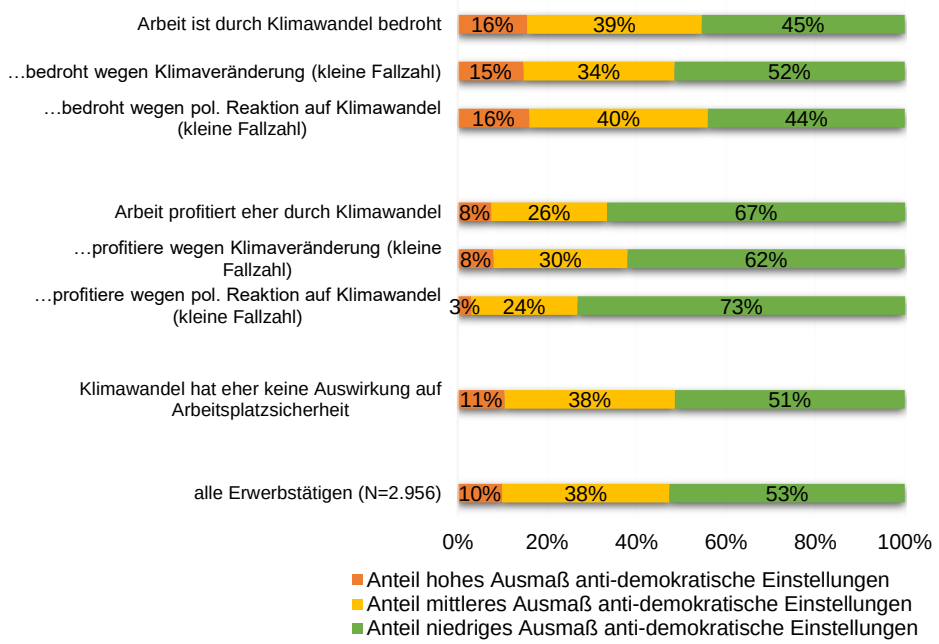
Von denen, die angaben, ihre Arbeit profitiere eher durch den Klimawandel, gaben 29 Prozent an, dass dies auf Veränderungen des Klimas selbst zurückgeht, während 58 Prozent sagten, es ist in der politischen Reaktion auf den Klimawandel begründet – 7 Prozent sagten, beides treffe gleichermaßen zu. Von denen, die angaben, ihre Arbeit sei durch den Klimawandel bedroht, begründeten 29 Prozent dies durch die Veränderung des Klimas selbst und 63 Prozent durch die politische Reaktion auf den Klimawandel – 5 Prozent sagten, beides treffe gleichermaßen zu.

Inwieweit der Einfluss des Klimawandels auf die Arbeit mit der Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen einhergeht, wird im abschließenden explorativen Analyseschritt ersichtlich (Abb. 32). Aufgrund der Filterführung sind hier leider die Fallzahlen gering, sodass die Befunde weitgehend nicht statistisch signifikant sind und daher nur explorativ und mit großer Vorsicht zu interpretieren sind.

Die Befunde deuten jedoch zum einen darauf hin, dass Befragte, die angaben, dass der Klimawandel ihre Arbeit bedroht, eher anti-demokratischen – insbesondere menschenfeindlichen – Einstellungen zustimmen. Dies gilt vor allem für diejenigen, die diese Bedrohung auf die politische Reaktion auf den Klimawandel zurückführen.

Zum anderen zeigt sich, dass Befragte, deren Arbeit durch den Klimawandel profitiert, seltener anti-demokratischen Einstellungen zustimmen. Auch hier ist dieser Zusammenhang insbesondere bei denjenigen Befragten ausgeprägt, die dies auf die politische Reaktion zurückführen. Befragte, die angaben, dass der Klimawandel keine Auswirkungen auf ihre Arbeit hat, äußerten ein durchschnittliches Ausmaß an anti-demokratischen Einstellungen.

Abbildung 31: Ausmaß anti-demokratische Einstellungen nach Einfluss Klima- und sozial-ökologischer Wandel auf eigene Arbeit (N = 2.956, nur Erwerbstätige)



Signifikanzen: bedroht wegen: n. s.; profitiere wegen pol. Reaktion < beides trifft zu (*p ≤ 0,05, n. s.: nicht signifikant)*

Die Analysen zeigen, dass auch die Einstellungen zum und die Bewältigung des sozial-ökologischen Wandels eng mit anti-demokratischen Einstellungen zusammenhängen. Es wurde deutlich, dass insbesondere eine abwehrende, das Problem ignorierende Haltung hier mit hohen Werten auffällt. Die Einstellungen zum sozial-ökologischen Wandel zeigen hier einen eigenständigen Effekt, der nicht allein auf die spezifische sonstige Zusammensetzung zurückzuführen ist.

Zudem erweist sich in unseren abschließenden explorativen Analysen die konkrete Arbeitsplatzbedrohung oder das Profitieren durch den Klimawandel als relevanter Faktor. Es deutet sich mit aller Vorsicht an, dass dies vor allem *dann* eine Rolle spielt, wenn dies auf politische Gründe zurückgeführt wird. Anti-demokratische Einstellungen werden besonders häufig geteilt, wenn die Arbeit durch den Klimawandel bedroht ist und dies durch die politische Reaktion auf den Klimawandel erklärt wird – zugespitzt formuliert: wenn man sich also als politisch verursachte:r Verlierer:in der Wandelprozesse wahrnimmt. Hingegen werden sie seltener geteilt, wenn die Arbeit durch den Klimawandel profitiert und dies ebenfalls in der

politischen Reaktion auf den Klimawandel begründet wird – erneut zugespitzt formuliert: wenn man sich also als politisch verursachte:r Gewinner:in der Wandelprozesse sieht.

4. Diskussion und Fazit

Das vorliegende Working-Paper zeigt, wie unterschiedlich die Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen in verschiedenen Lebenslagen ausfällt. Es fallen sowohl objektive Benachteiligungen wie ein geringes Einkommen, Pandemie-Einkommenseinbußen, ein generationaler Abstieg, ein niedriger Bildungsstand als auch subjektiv empfundene Bedrohungen wie Abstiegsängste als bedeutend für das Abwenden von demokratischen Prozessen auf. Darüber hinaus zeigen sich auch hier, wie in zahlreichen anderen Studien (für eine Übersicht s. Zick & Küpper 2021b), insbesondere für ostdeutsche Bundesländer erhöhte Werte.

Neben schlechteren ökonomischen Bedingungen, geringerer Anbindung an Zentrumsregionen und geringeren Intergruppenkontaktmöglichkeiten werden vor allem auch ein weit verbreitetes Gefühl der relativen Deprivation – also der Benachteiligung – sowie einer spezifischen politischen Sozialisation und Aufarbeitung des Nationalsozialismus als Gründe für die Differenzen herangezogen.

Nennenswert ist zudem, dass sich auch erweitere Lebenslagenindikatoren als eng mit der Zustimmung zu anti-demokratischen Einstellungen assoziiert zeigen: dies gilt für schlechte Wohnbedingungen, mangelnde Mobilität, schlechter Gesundheitszustand oder aber auch eine generell niedrige Lebenszufriedenheit. Benachteiligungen treten häufig in sich addierenden Ausprägungen auf und äußern sich dann in den Einstellungen zur Politik, Demokratie und in abwertenden Einstellungen zu anderen gesellschaftlichen Gruppen. Dieser Befund ist nicht neu (vgl. z. B. Hilmer et al. 2017), scheint aber in der Corona-Pandemie deutlich zu Tage zu kommen.

Zudem haben wir uns in diesem Working-Paper mit dem Zusammenhang von anti-demokratischen Einstellungen, die sich aus menschenfeindlichen und rechtpopulistischen Einstellungen zusammensetzen, und dem Arbeitskontext befasst. Die forschungsleitende Annahme unserer Analyse hier war, dass der Arbeitskontext ein wesentlicher Ort sozialer Integration ist. Hier konnten wir generell zeigen, dass die Integration in den Arbeitsmarkt an sich bereits einen gewissen Schutz vor anti-demokratischen Einstellungen bietet. Der Arbeitskontext spielt für die subjektive und objektive soziale Verortung von Menschen eine große Rolle. Dabei geht es einerseits um materielle Sicherheiten, die sich beispielsweise an der Höhe des Gehaltes oder der Arbeitsplatzsicherheit festmachen.

Soziale Integration bedeutet aber nicht nur materielle Sicherheit und Anerkennung, sondern auch die Möglichkeit zur Partizipation, also die eigene Tätigkeit bis zu einem gewissen Grad autonom gestalten zu können, und im Arbeitskontext sozial integriert zu sein. In der Theorie sozialer

Desintegration (Anhut & Heitmeyer 2000) wird betont, dass diese objektiven Dimensionen sozialer Integration auch jeweils eine subjektive Dimension haben, die als Formen sozialer Anerkennung erlebt werden. So ist nicht nur die Höhe des Gehalts von Bedeutung, sondern auch, dass dies für die erbrachte Leistung bzw. die Tätigkeit und das Qualifikationsniveau im Vergleich zu dem Gehalt anderer Personen als angemessen erlebt wird. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber eben auch, dass auch Anerkennungsverluste im Arbeitskontext erlebt und verarbeitet werden.

Im Rückgriff auf die Argumentation der Theorie sozialer Desintegration, die Anerkennungsbedrohungen und Anerkennungsverluste als einen bedeutsamen Faktor für die Entstehung rechtspopulistischer Einstellungsmuster ausmacht, konnten wir zeigen, dass die Auswirkungen des Klimawandels und der Digitalisierung zu ebensolchen Anerkennungsverlusten führen können und dass der Arbeitskontext für das konkrete Erleben und die subjektive Verarbeitung dieser Transformationsprozesse und den damit einhergehenden Anerkennungsbedrohungen -und Verlusten eine relevante Rolle spielt.

Viele Menschen erleben bereits heute, dass sich ihre Erwerbsarbeit durch die Digitalisierung und den Klimawandel ändert oder sie sogar bedroht ist. Rund zwei Drittel der erwerbstätigen Befragten gab an, dass sie am Arbeitslatz von Digitalisierungsmaßnahmen betroffen sind. Bei 38 Prozent überwiegen die positiven Erfahrungen, bei 17 Prozent die Nachteile und 12 Prozent erleben Vor- und Nachteile als etwa gleichgewichtig.

Im Alltagsempfinden ist die positive Bewertung der Digitalisierung sogar noch stärker ausgeprägt: rund 4 von 5 Befragten geben an, auch im Alltag von der Digitalisierung zu profitieren, während sich ein knappes Drittel im Alltag durch die Digitalisierung bedroht fühlt. Hier zeigt sich, dass Digitalisierung als ambivalente Erfahrung wahrgenommen wird, weil positive und negative Erfahrungen gleichzeitig stattfinden.

Im Hinblick auf den Klimawandel gaben zum Zeitpunkt der Befragung nur 10 Prozent der Befragten an, dass ihre Arbeit durch den Klimawandel bedroht sei, 7 Prozent gingen davon aus, dass ihre Arbeit durch den Klimawandel profitiert und der überwiegende Teil von 80 Prozent der Befragten gaben an, dass der Klimawandel keine Auswirkungen auf ihre Arbeit hat. Somit wird die Digitalisierung viel stärker im konkreten Arbeitskontext erlebt als der Klimawandel.

Dennoch zeigt sich, dass der Klimawandel sehr viele Menschen besorgt und sogar überwältigt. Differenzierungen zeigen sich eher bei der Frage, inwieweit bei der Bewältigung des Klimawandels auch auf ökonomische und soziale Fragen Rücksicht genommen werden sollte. Während Erwerbstätige mit eher hohem Einkommen und Bildungsstand häufiger

zur Gruppe der Erwerbstätigen gehören, für die die Bekämpfung des Klimawandels „um jeden Preis“ eine hohe Priorität hat, finden sich mittlere Einkommensgruppen eher in Clustern, bei denen sich die große Sorge um den Klimawandel mit Sorgen um den Wohlstand mischt. Nur ein kleiner Teil der Erwerbstätigen (14 Prozent) misst der Bewältigung des Klimawandels eine geringe Priorität bei.

In zusätzlichen multivariaten Analysen zeigte sich, dass Personen, die in der Tendenz positive Erfahrungen mit dem Einsatz digitaler Technologien am Arbeitsort machen, unabhängig von sozio-demographischen Merkmalen seltener zu rechtspopulistischen Einstellungen und zu Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit neigen. Personen, die den Klimawandel nicht als Bedrohung sehen, neigen häufiger zu anti-demokratischen Einstellungen, während Personen, die den Klimawandel als große Bedrohung empfinden, gleichzeitig aber auch sehr besorgt sind, dass Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels den Wohlstand gefährden könnten, häufiger zu rechtspopulistischen Einstellungen neigen.

Diese Befunde zeigen, dass die Frage, ob die Digitalisierung oder der sozio-ökonomische Wandel als Bedrohung für Wohlstand oder als Bereicherung der Ausgestaltung der Erwerbsarbeit empfunden werden, im Zusammenhang mit rechtspopulistischen Einstellungen und Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit stehen. Die Frage, ob Digitalisierungsprozesse als Möglichkeit zur Erweiterung individueller Handlungsspielräume (wie bei der Digitalisierung) oder als Bedrohung materiellen Wohlstands (wie beim Klimawandel) empfunden werden, ist somit für die Erklärung anti-demokratischer Einstellungen relevant.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, dass diejenigen, die sowohl einerseits im Klimawandel eine große Bedrohung für die Menschheit sehen als auch andererseits in den Maßnahmen dagegen eine große Bedrohung für den Wohlstand sehen, häufiger zu rechtspopulistischen Einstellungen neigen. Hier zeigt sich die große Bedeutung der Frage, ob die politischen Herausforderungen, die mit gesellschaftlichen Transformationsprozessen einhergehen, gestaltbar sind oder nicht.

Insbesondere in Zeiten von Veränderungen bleibt es daher eine zentrale Aufgabe, Arbeit so zu gestalten, dass sie ein Ort für demokratische Integration bleibt bzw. wieder wird. Dafür geht es um mehr als materielle Absicherung: Es geht um die demokratische Gestaltung des Arbeitsumfeldes, um langfristige Sicherheitsperspektiven und um die Anerkennung von Leistung und Werten, die Erwerbstätige mit ihrer Arbeit verbinden.

Die zentrale Aufgabe besteht in den kommenden Jahren deswegen darin, Transformationsprozesse sozial so zu gestalten, dass Menschen gesellschaftlich integriert bleiben. Arbeit ist und bleibt dabei ein wichtiger

Schlüssel, um Menschen auf dem Weg in eine veränderte Welt Perspektiven für die Gestaltung ihres eigenen Lebens zu geben.

Die anstehenden Herausforderungen der Transformation bergen somit ein erhebliches weiteres Polarisierungspotenzial in sich. Zum einen droht hier, dass sich weitere Gruppen vom demokratischen Diskurs abwenden. Zum anderen werden die kaum zu vereinbarenden enormen inhaltlichen Differenzen bei den Transformationsthemen immer wieder gesellschaftliche Konflikte hervorbringen. Vor dem Hintergrund, dass bereits jetzt antidemokratische Einstellungen bis tief in die Mitte der Bevölkerung Verbreitung finden, erscheinen die anstehenden Herausforderungen somit als Herkulesaufgabe für den gesellschaftlichen Zusammenhalt.

Literatur

Anhut, R., Heitmeyer, W. (2005): Desintegration, Anerkennungsbilanzen und die Rolle sozialer Vergleichsprozesse für unterschiedliche Verarbeitungsmuster. In: Heitmeyer W., Imbusch P. (Hrsg.) Integrationspotenziale einer modernen Gesellschaft. Analysen zu gesellschaftlicher Integration und Desintegration. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 75–100.

Anhut, R., Heitmeyer, W. (2000): Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, W., Anhut, R. (Hrsg.), Bedrohte Stadtgesellschaft. Gesellschaftliche Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim: Juventa. S. 17–75.

BKA (2021): Politisch motivierte Kriminalität im Jahr 2020 – Bundesweite Fallzahlen. Bericht des Bundeskriminalamts – Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat. Abrufbar unter: https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4 (letzter Zugriff 2.9.2021).

Decker, O., Brähler, E. (2020): Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag.

Ganzeboom, H.B.G., De Graaf, P.M., Treiman, D.J. (1992): A Standard International Socio-Economic Index of Occupational Status. Social Science Research 21 (1), S. 1–56.

Ganzeboom, H. B. G., Treiman, D. J. (2003): Three internationally standardised measures for comparative research on occupational status. In: Hoffmeyer-Zlotnik, J. H. P., Wolf, C. (Hrsg.), Advances in cross-national comparison. A European working book for demographic and socio-economic variables. New York: Kluwer Academic/Plenum Publishers. S. 159–193.

Gorodzeisky, A., Semyonov, M. (2018): Competitive threat and temporal change in anti-immigrant sentiment: Insights from a hierarchical age-period-cohort model. Social Science Research 73, S. 31–44.

Heitmeyer, W. (2002): Deutsche Zustände: Folge 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

Heitmeyer, W. (2011): Deutsche Zustände: Folge 10. Berlin: Suhrkamp.

Hilmer, R., Kohlrausch, B., Müller-Hilmer, R., Gagné, J. (2017): Einstellung und soziale Lebenslage. Eine Spurensuche nach Gründen für rechtspopulistische Orientierung, auch unter Gewerkschaftsmitgliedern. Working Paper der HBS-Forschungsförderung 44. https://www.boeckler.de/pdf/p_fofoe_WP_044_2017.pdf (letzter Zugriff 14.2.2022).

Hövermann, A. (2021): Sommer 2021: Inzidenzen sinken, Corona-Zweifel und Verschwörungsmythen bleiben. Aktuelle Befunde der 5. Welle der HBS-Panel-Erwerbspersonenbefragung 2020/21. WSI Policy Brief 61. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008114/p_wsi_pb_61_2021.pdf (letzter Zugriff 14.2.2021).

Hövermann, A., Kohlrausch, B., Voss, D. (2021): Anti-demokratische Einstellungen. Der Einfluss von Arbeit, Digitalisierung und Klimawandel. Policy Brief der HBS Forschungsförderung 7. https://www.boeckler.de/fpdf/HBS-008105/p_fofoe_pb_007_2021.pdf (letzter Zugriff 14.2.2021).

Humpert, F., Kadelke, P., Möstl, C., Schad, M., Sommer, B. (2021): Auf Kosten des Volkes. Rechtspopulistische Positionen zu Klima und Umwelt. PONN, Technische Universität Dortmund und Europa-Universität Flensburg. Abrufbar unter: https://www.uni-flensburg.de/fileadmin/content/zentren/nec/dokumente/projekte/210625-aufkostendesvolkes-komplett-ansichtsdatei-doppelseiten.pdf (letzter Zugriff 5.11.2021).

IPSOS (2021): Methodenbericht Soziale Lebenslagen und demokratische Integration.

Kiess, J., Schmidt, A. (2020): Beteiligung, Solidarität und Anerkennung in der Arbeitswelt: industrial citizenship zur Stärkung der Demokratie. In: Decker, O., Brähler, E. (Hrsg.) Autoritäre Dynamiken. Alte Ressentiments – neue Radikalität. Gießen: Psychosozial-Verlag. S. 119–148.

Küpper, B., Berghan, W., Zick, A., Rump, M. (2021): Volkes Stimme – antidemokratische und populistische Einstellungen. In: Zick, A., Küpper, B. (Hrsg.) Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. S. 43–74.

Lamberty, P., Rees, J. (2021): Gefährliche Mythen: Verschwörungserzählungen als Bedrohung für die Gesellschaft. In: Zick, A., Küpper, B. (Hrsg.) Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. S. 283–300.

Oesch, Daniel (2006): Redrawing the Class Map. Stratification and Institutions in Britain, Germany, Sweden and Switzerland, Basingstoke: Palgrave Macmillan.

Onraet, E., Van Hiel, A., Dhont, K. (2013): The relationship between right-wing ideological attitudes and psychological well-being. Personality and Social Psychology Bulletin, 39 (4), S. 509–522.

Reusswig, F., Küpper, B., Rump, M. (2021): Propagandafeld: Klima. In: Zick, A., Küpper, B. (Hsg.) Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. S. 262–281.

Schotte, S., Winkler, H. (2018): Why are the elderly more averse to immigration when they are more likely to benefit? Evidence across countries. International Migration Review, 52 (4), S. 1250–1282.

Stöss, R. (2007): Rechtsextremismus im Wandel. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Treiman, D. J. (1977): Occupational prestige in comparative perspective. New York: Academic Press.

Zick, A. (2021): Herabwürdigung und Respekt gegenüber Gruppen in der Mitte. In: Zick, A., Küpper, B. (Hsg.) Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz. S. 181–212.

Zick, A., Berghan, W., Mokros, N. (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. In: Zick, A., Küpper, B., Berghan, W. (Hsg.) Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Bonn: Dietz. S. 53–116.

Zick, A., Berghan, W., Mokros, N. (2020): Jung, feindselig, rechts!? Menschenfeindliche, rechtspopulistische und -extreme Orientierungen im intergenerationalen Vergleich. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft, 23, S. 1149–1178.

Zick, A., Hövermann, A., Krause, D. (2012): Die Abwertung von Ungleichwertigen. Erklärung und Prüfung eines erweiterten Syndroms der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. In: Heitmyer, W. (Hrsg.) Deutsche Zustände, Folge 10. Berlin: Suhrkamp. S. 64–86.

Zick, A., Küpper, B. (2021a): Die geforderte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2020/21. Herausgegeben für die Friedrich-Ebert-Stiftung von Franziska Schröter. Bonn: Dietz.

Zick, A., Küpper, B. (2021b): Zusammenwachsen in Feindseligkeit? Deutschland Archiv, 17.09.2021, abrufbar unter: www.bpb.de/340317 (letzter Zugriff 5.11.2021).

Zick, A., Wolf, C., Küpper, B., Davidov, E., Schmidt, P., Heitmeyer, W. (2008): The syndrome of group-focused enmity: The interrelation of prejudices tested with multiple cross-sectional and panel data. Journal of Social Issues, 64 (2), S. 363–383.

Autor und Autorinnen

Andreas Hövermann, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Projekt „Soziale Lebenslagen und demokratische Integration“ der Hans-Böckler-Stiftung.
andreas-hoevermann@boeckler.de

Bettina Kohlrausch, Prof. Dr., ist Direktorin des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung.
bettina-kohlrausch@boeckler.de

Dorothea Voss, Dr., leitete die Abteilung Forschungsförderung in der Hans-Böckler-Stiftung. Sie ist Vorstandsmitglied Personal und Nachhaltigkeit bei Emschergenossenschaft und Lippeverband.

ISSN 2509-2359